

Die Arbeit

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde

1926

HERAUSGEBER: THEODOR LEIPART, BERLIN
REDAKTEUR: LOTHAR ERDMANN, BERLIN

HEFT 1

GEWERKSCHAFTEN UND VOLK ZUM GEDÄCHTNIS VON CARL LEGIENS STERBETAG

Von THEODOR LEIPART

Ein Jahr fünf ruht Carl Legien jetzt unter der Erde. Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis mit ihren lebhaften Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Gewerkschaften für Wirtschaft und Volk bietet besondere Veranlassung, uns dessen zu erinnern, was Legien in seinen Reden und Schriften so oft während seiner langjährigen Wirksamkeit über die Gewerkschaften und ihre Bedeutung für das allgemeine Volksinteresse und für die deutsche Wirtschaft gesprochen und geschrieben hat.

So wie jeder von uns hat auch Legien die grösste Bedeutung der Gewerkschaften zunächst darin gesehen, dass sie eine Schule der Geistesbildung und der Aufklärung für die Arbeiter darstellen. In seiner Eröffnungsrede auf dem ersten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Halberstadt im Jahre 1892 erklärte Legien, dass die Gewerkschaften „nicht die Lösung der sozialen Frage herbeiführen werden, dass sie zurzeit aber wesentlich die Eanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen können. Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnet für eine *höhere geistige Auffassung* und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die *geschichtliche Aufgabe*, welche dem Arbeiterstand zufällt, lösen zu können“.

Noch schärfer betonte er den *erzieherischen* Charakter der Gewerkschaften in einem Aufsatz, den das „Sozialpolitische Zentralblatt“ nach dem Halberstädter Kongress aus seiner Feder veröffentlichte. Darin führte Legien aus:

„Die gewerkschaftlichen Organisationen sind gleichsam als *eine Schule* der Arbeiter zu betrachten, und jede Stärkung der Organisation muss diese *erzieherische* Wirksamkeit erhöhen. Der Lohnkampf aber erzeugt und stärkt die Eigenschaften, welche dem Arbeiter eigen sein müssen, um ihn zu befähigen, eine *Umgestaltung* des heutigen *Produktionsprozesses* herbeiführen zu können. So werden die Gewerkschaftsorganisationen, die anscheinend nur zu dem Zweck gebildet worden sind, um dem Arbeiter bessere Existenzbedingungen zu verschaffen, gleichzeitig zu *einer Schule und Bildungsstätte* des Proletariats.“

Hier spricht Legien also bereits von einem dreifachen Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen: Dem Kampf um bessere Existenzbedingungen, der

Hebung des Bildungsniveaus der Arbeiter und der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionswirtschaft. Den Hauptwert legt er aber auch weiterhin auf die *geistige Bildung*, als der ersten Voraussetzung für den *Aufstieg* der Arbeiterklasse, und er hat den festen *Glauben*, dass diese erzieherische Tätigkeit der Gewerkschaften *sehr bald* zu einem dauernden Erfolg führen werde. Das geht z. B. deutlich aus folgendem Satz hervor, der sich in einem Aufsatz von Legien im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ vom Jahre 1893 befindet:

„Die *Schule*, welche die Arbeiter in den Gewerkschaften durchmachen, trägt dazu bei, dass ihr *geistiger* Horizont erweitert wird, und die Hoffnung erscheint berechtigt, dass die Arbeiterschaft *bald die Kraft gewinnen* wird, sich eine *gleichberechtigte* Stellung in der Gesellschaft nicht nur theoretisch, wie dies schon geschehen, sondern *auch praktisch zu erkämpfen*.“

Hiermit ist zugleich der Hauptzweck der Arbeiterbildung deutlich gekennzeichnet. Die *Stellung der Arbeiter* in der Gesellschaft soll gehoben werden, sie sollen sich durch die Gewerkschaften die *gleichberechtigte* Stellung in der Gesellschaft erkämpfen.

Aber die Gewerkschaften denken hierbei nicht nur an das Interesse der Arbeiter allein, sondern an das allgemeine *Volksinteresse*, an die Zukunft des deutschen Volkes.

In der Broschüre über das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter, die Legien 1899 im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften gegen die damaligen Angriffe auf das Koalitionsrecht veröffentlichte, schreibt er unter anderem:

„Ohne die Arbeiterkoalition würde die Arbeiterklasse bei der modernen Warenerzeugung auf das denkbar tiefste Niveau der Lebenshaltung und geistiger Entwicklung *herabgedrückt* und ein Zustand geschaffen werden, welcher eine Gefahr *für die Kultur* darstellt.“

Und er fährt in diesem Zusammenhange weiter fort:

„Die gewerkschaftlichen Organisationen *dienen der Kultur* nicht nur dadurch, dass sie die Lebenshaltung und damit die Bildung der Arbeiterklasse erhöhen, sondern sie wirken auch direkt günstig auf den *Geist der Arbeiter* ein. Sie erziehen sie zur *Solidarität*, und wie die besitzenden Klassen in *ausgeprägtem Selbst- und Standesbewusstsein* geistiges *Fortgeschrittensein* erblicken, so erhebt sich die vom Solidaritätsgefühl getragene Arbeiterschaft über den Standpunkt des krassen, kleinlichen *Egoismus*, der stets gleichbedeutend mit *unzureichender Bildung*, wenn auch nicht des Wissens ist.“

Und er betont auch an dieser Stelle nochmals mit starkem Nachdruck, dass das Streben der Gewerkschaften nicht nur dem eigenen Vorteil der Arbeiterschaft dienen soll, sondern zugleich auf die Wahrung der allgemeinen *Volksinteressen* gerichtet ist, wenn er schreibt: „Die Gewerkschaften *beseitigen* dadurch“, dass sie das Solidaritätsgefühl wecken, „die krassen *Auswüchse im Kampf ums Dasein*, das Streben nach *eigenem* Vorteil ohne jedwede *Rücksichtnahme auf den Nebenmenschen*. Sie erzeugen in dem Arbeiter die Anerkennung der *Gleichberechtigung* und den Gedanken, durch Wahrung der *Interessen der Gemeinschaft*, und nicht auf Kosten dieser, den eigenen Vorteil zu wahren. Sie ebnen damit dem Arbeiter

den Weg, zur *höchsten Stufe der Kultur* zu gelangen, und haben hierin mehr geleistet als je eine andere Einrichtung im Staate und der Völkergemeinschaft, welchen Namen diese auch tragen und welcher Art sie sein möge.“

Derselbe Gedanke findet sich auch schon, und zwar in einer besonders schönen und klaren Fassung, in einem Aufsatz im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ vom Jahre 1892, in dem Legien schreibt:

„Dadurch, dass die Gewerkschaften es sich angelegen sein lassen, auch für die *Bildung* ihrer Mitglieder zu sorgen, beweisen sie gleichfalls, dass sie mit dazu beitragen wollen, das *Wissen* und die *Sittlichkeit* unter der *Bevölkerung* zu heben.“

Also nicht nur die *geistige*, sondern auch die *sittliche* Bildung wollen die Gewerkschaften in der Arbeiterschaft und in der gesamten Bevölkerung pflegen und auf eine höhere Stufe heben.

Aber selbstverständlich ist das nicht der alleinige und auch nicht der Hauptzweck der Gewerkschaften. Die Schulung des Geistes ist nur die Voraussetzung für die Erfüllung der grossen Aufgaben, die die Gewerkschaften in dem grossen Klassenkampfe der Arbeiter zu verrichten haben.

Legien sagt das in einem Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“ im Jahre 1900 mit den Worten, dass die Gewerkschaften die grosse Bedeutung im Klassenkampfe dadurch erlangen, dass sie in erster Linie bestrebt sind, der Arbeiterschaft höhere Löhne und damit eine bessere Ernährung zur Erhöhung der physischen Kraft zu verschaffen sowie ihr durch Verkürzung der Arbeitszeit eine Schonung der physischen Kräfte zu ermöglichen und gleichzeitig Gelegenheit zu geben zur Schulung des Geistes. Und er folgert alsdann:

„*Physische* und *geistige* Kraft und Überlegenheit werden die heute unterdrückten, bevormundeten und ausgebeuteten Volksschichten befähigen, ihre Unterdrücker und Ausbeuter ihrer privilegierten Stellung zu entheben und *Gleichheit* in den *Rechten* und *Pflichten* herbeizuführen.“

Mit all diesen Äusserungen drückt Legien bereits die Bedeutung der Gewerkschaften nicht nur für die Arbeiterschaft selbst, sondern auch für die *Wirtschaft* und für das Volksganze, d. h. also für den *Staat* aus.

Welchen *Nutzen* bringen die Gewerkschaften der Wirtschaft und dem Staate? Legien schreibt darüber in der „Neuen Zeit“ im Jahre 1898:

„Zum nicht geringen Teile ist der gewaltige *Aufschwung* der deutschen *Industrie* der *Intelligenz* der deutschen Arbeiterklasse zu danken, einer Intelligenz, welche diese nicht durch den Schulunterricht, sondern durch Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben sowie in der *Schule der Organisation* sich erworben hat.“

Und zehn Jahre später, auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg im Jahre 1908, führte Legien in seinem Rechenschaftsbericht in ähnlichem Sinne aus:

„Wenn Deutschland heute das hervorragende *Industrieland* ist, wenn es ihm gelungen ist, selbst das älteste Industrieland, England, zum Teil auf dem Weltmarkt zu verdrängen, wenn heute deutsche Produkte auf den Märkten aller Weltteile gern gekauft werden, so verdanken wir das nicht den Rüstungen, nicht der Vermehrung der Kanonen und Kriegsschiffe, nicht dem stehenden Heere, sondern zum grössten Teil der *Intelligenz* der deutschen *Arbeiter*. Ich will die Tätigkeit

der Unternehmer durchaus nicht in den Hintergrund stellen, aber das steht ausser Zweifel: Der intelligenteste, kapitalkräftigste Unternehmer würde die Produktion nicht vollziehen können, wenn er nicht über eine *intelligente Arbeiterklasse* verfügte, und dass die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Intelligenz gekommen ist, das dankt sie nicht den Herrschenden, sondern ihrer eigenen Erziehung, *ihrer Organisation*."

Noch deutlicher hebt Legien die Bedeutung der Gewerkschaften für die Volkswirtschaft hervor in dem im Jahre 1915 erschienenen Buche „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“. Er führt darin aus, dass den Unternehmern *unorganisierte* Arbeiter, die mit jedem gebotenen Lohn zufrieden sind und auch sonst keine Beschwerden führen, sicher *angenehmer* seien als die organisierten, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu stellen. Ob aber vom *volkswirtschaftlichen* Gesichtspunkt aus betrachtet die unorganisierten, zufriedenen Arbeiter das bessere Arbeiterelement seien, wäre eine andere Frage. Denn, so sagt Legien:

„Unsere Industrie stellt in bezug auf *geistige* Befähigung heute Anforderungen an die Masse der Arbeiter wie nie zuvor. In dem *modernen Produktionsprozess* kann nur ein geistig hochstehender Arbeiter seinen Platz vollständig ausfüllen. Wenn Deutschlands Industrie heute eine vorherrschende Stellung in der Welt einnimmt, so ist dies nicht zum geringen Teil der *geistigen Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft* Deutschlands zu danken. Diese wieder nun ist eine Folge des Bestrebens, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu erhöhen.“

Mit Recht betont Legien hier wieder die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, in erster Linie die *Lebenshaltung* der Arbeiter zu heben. Aber er weist doch auch immer erneut darauf hin, dass die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften *ein Dienst* für das *Wohl des ganzen Volkes* ist.

Auf dem Gewerkschaftskongress in München im Jahre 1914, kurz vor Ausbruch des Krieges, rief er in der Debatte den Delegierten zu:

„Halten wir doch an unserem alten Grundsatz auch ferner fest: Wir organisieren *nicht nur*, um Arbeiter und Arbeiterinnen in unsere Organisation hinein-zubekommen, sondern um unserer gesamten Arbeiterschaft und dem ganzen Volk zu helfen.“

Und im Jahre 1915, in dem erwähnten Buch über die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, schreibt Legien über die Tätigkeit der Gewerkschaften während des Krieges:

„Die Gewerkschaften haben keinen Augenblick gezögert, sich in dieser schweren Zeit genau so in den *Dienst der Allgemeinheit* zu stellen, wie sie bisher den Interessen der Masse der Arbeiter zu dienen bestrebt waren. Da das, was von ihnen geleistet werden sollte, dem *bisherigen* Wesen und Wirken der Gewerkschaften entsprach, so trat mit Übernahme dieser neuen Aufgaben weder in ihrer Tendenz noch in ihrer Organisation eine Änderung ein. Es galt, soziale Arbeit zu leisten, ein Gebiet, auf dem die Gewerkschaften stets tätig waren, das ihren eigentlichen Arbeitskreis bildet.“

Ähnlich sagt Legien damals in einem Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“:

„Der Krieg hat grosse Anforderungen insbesondere an die Solidarität der Arbeiterklasse gestellt, ihr Lasten auferlegt, die nicht ertragen worden wären, hätte nicht durch die Schulung in den Arbeiterorganisationen der Gedanke in den Arbeitermassen Wurzel gefasst, dass *das Interesse der Gesamtheit jedem Sonderinteresse voranzustellen* ist.“

Und er erhebt in diesem Artikel die berechtigte Beschwerde gegen die alten Feinde der Arbeiterbewegung, dass sie noch bis wenige Wochen vor dem Krieg die Gewerkschaften als einen *Fremdkörper im Wirtschaftsleben* angesehen und bezeichnet haben. Gerade die Erfahrungen während des Krieges hätten dann auch jene Kreise überzeugt, dass ihre Beurteilung der Gewerkschaften falsch war. „Nicht als ein Hemmnis“, so schreibt Legien, „erwiesen sich die Gewerkschaften bei der Aufrechterhaltung der *Volkswirtschaft*, sondern als ein sehr bedeutender Faktor zu deren *Förderung*.“

In demselben Aufsatz kommt Legien übrigens auch auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur *Sozialdemokratischen Partei* zu sprechen, indem er ausführt:

„Man hat es den Gewerkschaftsblättern oft genug verübelt, dass sie eine *sozialistische Tendenz* zeigen. Würde ohne diese die *Erziehung* der Massen zur *Solidarität* den Erfolg gehabt haben, der sich jetzt zeigt? Der Egoismus des einzelnen würde in den Arbeiterschichten krass zum Ausdruck kommen, wenn es an der *Erziehung und Schulung durch die Organisation* gefehlt hätte.“

Ein absolut klares *Bekentnis der Gewerkschaften zum Sozialismus* hatte Legien bereits im Jahre 1892 in einem Aufsatz im „Sozialpolitischen Zentralblatt“, in dem er das Programm des 1. deutschen Gewerkschaftskongresses behandelte, mit folgendem Satz ausgesprochen:

„Die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen, welche zu diesem Kongress zusammentreten, stehen im Gegensatz zu den sogenannten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen auf dem Standpunkt, dass die Gewerkschaftsbewegung und -organisation nicht Selbstzweck, sondern Mittel seien, *um die Sozialisierung der Produktion vorzubereiten*.“

Später hat er dann in einem Aufsatz aus dem Jahre 1900 sich über das *Endziel* der gewerkschaftlichen Bewegung geäußert, als welches er die *Demokratisierung der Produktion* bezeichnet. Er führte an dieser Stelle aus, dass von der Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit und deren Folgen für die physischen und geistigen Kräfte der Arbeiterschaft die Erreichung des zweiten Zieles oder, wenn man wolle, des Endzieles der gewerkschaftlichen Bewegung abhängig sei. Und er fügte hinzu: „Ob dieses Ziel, die Demokratisierung der Produktion, ausschliesslich durch die politische Bewegung erreicht werden wird, oder ob die Gewerkschaften hieran in *entscheidendem Masse teilnehmen* werden, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, dass die Gewerkschaften *heute schon* nach dieser Richtung hin erfolgreich tätig sind. Sowenig wie im Staatsleben der Sprung vom völligen Absolutismus zur Demokratie möglich ist, sondern ein Übergangsstadium, der konstitutionelle Staat, erscheint, sowenig oder noch weniger wird

in der Produktion eine radikale Änderung erfolgen, ohne dass die erforderlichen Vorbedingungen gegeben sind. Diese zu schaffen, sind die Gewerkschaften bestrebt. . . .“

„*Tarifgemeinschaften* sind infolgedessen nicht etwa ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterorganisationen, sondern sie sind im Gegenteil ein Beweis für die Stärke derselben, denn sie sind ein sicherer Ausdruck dafür, dass die *Unternehmer* des betreffenden Berufes oder Ortes *gezwungen* worden sind, an Stelle des von ihnen gewünschten individuellen den kollektiven Arbeitsvertrag treten zu lassen.“

So sehen wir in diesen Äusserungen Legiens immer mehr die Bedeutung der Gewerkschaften wachsen. Schon vor 25 Jahren erkannte er in den damaligen Erfolgen der Gewerkschaften die Anfänge der *Wirtschaftsdemokratie*. Mit Recht, denn mit der Einführung der kollektiven Arbeitsbedingungen musste der Absolutismus im Fabrikbetriebe verschwinden.

Es hat jedoch noch lange gedauert, bis die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse grössere Fortschritte gemacht hat, und wir müssen leider gestehen, dass wir mit der Demokratisierung der Wirtschaft auch heute noch erst in den Anfängen stecken. Wir haben zwar inzwischen die *politische Demokratie*, wenigstens dem Grunde nach, in Deutschland durchgesetzt. Jedoch „die *politische Freiheit*“, so sagte Legien schon 1896 auf dem 2. deutschen Gewerkschaftskongress zu Berlin, „ist ohne die *wirtschaftliche Gleichberechtigung* für das Proletariat nur ein leerer Schall“.

Und in einem Aufsatz aus dem Jahre 1897 hebt Legien gleichfalls hervor, dass ohne *ökonomische Freiheit* keine *politische Freiheit* möglich ist. Er führt in diesem Zusammenhange aus, dass diese ökonomische Freiheit durch die Gewerkschaftsbewegung allein nicht erreicht werden würde, sondern sie würde das Resultat sein „einer *Wechselwirkung von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung*“.

Als wir nach dem Umsturz im Jahre 1918 die *politischen Freiheiten* für die Arbeiterklasse errungen haben, hat es sicher bei vielen ein starkes Gefühl der *Enttäuschung* hervorgerufen, dass sich anschliessend daran nicht auch in gleichem Masse die Bedingungen der *wirtschaftlichen Abhängigkeit* und der kapitalistischen Ausbeutung geändert haben. Selbst der Besitz der politischen Macht, die die Arbeiter vorübergehend in der Hand hatten, hat an den wirtschaftlichen Dingen nicht viel geändert.

Abgesehen von den allerdings besonders grossen Schwierigkeiten, die sich aus den Zeitverhältnissen nach dem Krieg ergaben und jede einschneidende wirtschaftliche Massnahme fast unmöglich machten, zeigt doch aber diese Erfahrung auch recht deutlich, dass die *Beseitigung* der kapitalistischen Wirtschaftsweise, d. h. ihre *Umgestaltung*, sich nur auf dem Wege allmählicher Entwicklung vollziehen kann, wie Legien das in dem letzterwähnten Aufsatz über die Demokratisierung der Produktion als Endziel der gewerkschaftlichen Bewegung vor 25 Jahren schon ausgeführt hat.

Allerdings bleibt es nach wie vor unsere Aufgabe, diesen *Entwicklungsprozess* durch unsere Einwirkung möglichst zu *fördern* und zu *beschleunigen*. Vorerst aber

sind die Produktionsmittel noch im alleinigen Besitz des Unternehmertums, haben also die Kapitalisten noch das Monopol über die Produktionsmittel.

Aber wir sehen doch schon die Tatsache, dass die Kapitalisten über diesen ihren Besitz nicht mehr unbeschränkt verfügen können. Sie können über die Anwendung und Ausnutzung der Produktionsmittel nicht mehr *allein* nach ihrem eigenen Willen bestimmen, und zwar aus dem Grunde nicht, weil sie nicht mehr die unbeschränkte Verfügungsgewalt haben über die lebendige Arbeitskraft. Die Verfügung über den lebendigen Arbeiter ist ihnen durch die *Gewerkschaften* mit immer wachsendem Erfolg streitig gemacht worden. Dem kapitalistischen Monopol über die Produktionsmittel haben sich die Organisationen der lebendigen Arbeitskraft entgegengestellt, die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften könnten gleichfalls monopolistische Wirkungen ausüben, wenn jeder Verband die *Gesamtheit* seiner Berufskollegen organisiert hätte. Dann könnten die Gewerkschaften mit ihrem Monopol über die Arbeitskraft dem kapitalistischen Monopol über die Produktionsmittel mindestens das Gleichgewicht halten, und mit der Alleinherrschaft des Kapitalismus wäre es dann ganz sicher bald vorbei. Woraus sich die Folgerung und die *ernste Mahnung* ergibt, dass die *Werbung neuer Mitglieder* für die Gewerkschaften unter den zurzeit noch fernstehenden Arbeitern und Arbeiterinnen in allen Berufen *nicht erlahmen darf*.

Die Gewerkschaften haben den Kampf für ihre *gleichberechtigte Mitwirkung in der Wirtschaft* im letzten Jahre mit ganzer Wucht aufgenommen. Die Verhandlungen und Beschlüsse unseres Kongresses in Breslau bilden den Anfang einer Bewegung, die mit Entschiedenheit durchgeführt werden soll.

Die Gewerkschaften werden es nicht zulassen, dass die Unternehmer noch länger die Wirtschaft als ihre alleinige Privatangelegenheit betrachten. Die Wirtschaft ist nicht eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit. Jeder, der in der Wirtschaft wirkt und arbeitet, soll seine Tätigkeit als einen *Dienst am Volke* betrachten. Der arbeitende Mensch hat für die Wirtschaft noch eine grössere Bedeutung als die Produktionsmittel. Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht mehr länger *Untertanen* sein, sondern gleichberechtigte Wirtschaftsbürger. Dann wird auch eintreten, dass die Wirtschaft nicht mehr vom Erwerbsinteresse des einzelnen, sondern vom *Versorgungsinteresse der Gesamtheit* geführt wird.

Für diese Grundsätze werden die Gewerkschaften ihren Einfluss und ihre Macht einsetzen, weil sie die Überzeugung haben, dass nicht nur das Interesse der Arbeiter, sondern das Wohl des ganzen Volkes und das Interesse der Wirtschaft selbst dies verlangen.

Die gesunde und fortschrittliche Entwicklung von Staat und Volk ist abhängig einerseits von einem gesunden Fortschritt der staatlichen Verwaltung und der *politischen Gesetzgebung* nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und des Wohlergehens aller Volksgenossen, andererseits aber nicht minder auch von der fortschrittlichen Gestaltung der gesamten *Volkswirtschaft*. Die *Wirtschaft* ist die Grundlage für das Gedeihen des Staates und des Volkes. Man nennt sie Volkswirtschaft, weil sie die Wirtschaft des Volkes für das Volk sein soll. Also ist die

Wirtschaft eine *Volksangelegenheit* und nicht eine Privatsache des Unternehmers. Als Volksangelegenheit ist die Wirtschaft natürlich auch eine Angelegenheit des Staates und der *Staatspolitik*, und für den demokratischen Staat ist es eine Selbstverständlichkeit, dass er nicht nur den Unternehmer, sondern alle Schichten an der Regelung des Wirtschaftslebens teilnehmen lassen muss. Somit ist es eine Aufgabe der Staatspolitik, dass sie in erster Linie der grossen Masse der Arbeiter und Angestellten durch ihre berufenen Organisationen, d. h. die Gewerkschaften, die *gleichberechtigte Beteiligung* an der Regelung des Wirtschaftslebens zu gewähren und sicherzustellen hat.

Für den *demokratischen Staat* ist es aber auch eine Notwendigkeit, dass er von sich aus Wirtschaftspolitik treibt für das Volk. Der demokratische Staat ist nicht mehr der Obrigkeitsstaat von früher, sondern soll der *Volksstaat* sein. Als solcher ist der demokratische Staat gezwungen, mehr Wirtschaftspolitik zu betreiben, als der alte Obrigkeitsstaat das zu tun brauchte. Der demokratische Staat muss aber auch um seiner selbst willen seinen Einfluss auf die Wirtschaft ausüben. Denn *Demokratie* im Staate und *Autokratie* in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf die Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muss dafür sorgen, dass *auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird*.

Hieraus erklärt es sich auch, dass die politische Demokratie bei uns noch immer stark gefährdet ist, weil eben die Gegner der Wirtschaftsdemokratie die Konsequenz der demokratischen Staatsform für die Wirtschaft fürchten müssen. Darum sind die Gewerkschaften auch die *treuesten Hüter* der jetzigen republikanisch-demokratischen Staatsform, weil sie wissen, dass jede Gefährdung der politischen Demokratie den Kampf für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie aufs äusserste erschwert.

Zu den wirtschaftlichen Gründen, die für die Demokratisierung der Wirtschaft sprechen, kommt also für die Gewerkschaften auch noch der politische Grund, dass die Aufrechterhaltung der Unternehmerautokratie in der Wirtschaft eine dauernde Gefahr für den demokratischen Staat bildet.

So wirken also die Gewerkschaften für den Staat, für die Wirtschaft und für das ganze Volk, obwohl sie und gerade weil sie in erster Linie für die geistigen und materiellen Interessen der *Arbeiterschaft* eintreten, wie das gerade in der jetzigen Zeit der Not eine Selbstverständlichkeit ist.

Die allgemeinen Linien ihrer Tätigkeit sind von Legiens Zeiten bis zur Gegenwart die gleichen geblieben. Mit dem Wachstum ihrer Stärke und ihres Einflusses in Staat und Wirtschaft ist auch ihr Aufgabenkreis gewachsen und ihre Verantwortung vor der Arbeiterschaft und vor dem Volksganzen grösser geworden. Überall in der gesamten Gewerkschaftsbewegung aber ist der entschlossene Wille vorhanden, auch diese vermehrten Aufgaben zu erfüllen mit der gleichen Ausdauer und treuen Hingabe an das Wohl der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes, wie sie das in den vergangenen Jahrzehnten unter der bewährten Führung Carl Legiens getan hat.

DER GEWERKSCHAFTLICHE GEDANKE UNTER DEN GEISTIGEN ARBEITERN

Von BRUNO BROECKER

I. Freie Berufe.

Da eine Definition des „gewerkschaftlichen“ Zusammenschlusses begrifflich ganz allgemein Vereinigungen nur von *Arbeitnehmern* mit dem Zweck eigener wirtschaftlicher Interessenwahrung erfasst, kann im anerkannten Sinne des Wortes von der Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisation unter den sogenannten „freien Berufen“ nicht gesprochen werden. Es sei aber im folgenden zunächst versucht, noch einmal darzulegen, dass in der Tat das Wesen der gewerkschaftlichen Vereinigung innerlich grundsätzliche Verschiedenheit aufweist gegenüber den wirtschaftlichen Vereinigungen der freien Berufe, dass es vor allem völlig anders gearteten Bedingungen unterliegt.

Zu diesem Zweck ist nicht erforderlich, dem historischen Werdegang der Gewerkschaften nachzugehen, sondern eine knappe Herausstellung weniger Gesichtspunkte dürfte genügen.

Primärer Zweck gewerkschaftlicher Vereinigung ist nicht die Wahrung der wirtschaftlichen Mitgliederinteressen schlechthin, sondern ihrer wirtschaftlichen Berufsinteressen, die in ihrem Dienstverhältnis zum Unternehmer gegeben sind.

Einrichtungen zur Wahrung allgemeiner zivilrechtlicher oder auch strafrechtlicher Interessen der Gewerkschaftsmitglieder (z. B. Arbeitersekretariate) bilden durchaus keinen notwendigen Bestandteil gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Wenn ferner bei den Gewerkschaften in Verbindung mit bestimmten politischen Überzeugungen und Erkenntnissen eine Stellungnahme auch in allgemeinwirtschaftlichen Fragen, wie etwa gegenüber der Steuer-, Zoll- und Mietpolitik eines Staates, sich ergab, so ist ihre jeweilige Einstellung immer nur in erster Linie bestimmt durch ihre grundsätzliche Beurteilung des Verhältnisses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer und eine bestimmte Auffassung über die Möglichkeit der Umgestaltung dieses Verhältnisses.

Primär handelt es sich für die Gewerkschaften also, um eine kurze Formel zu gebrauchen, um das Bemühen, die wirtschaftliche Bewertung der ausschliesslich für den Unternehmer vollbrachten Arbeitsleistung des einzelnen Arbeitnehmers in ein gerechtes Verhältnis zu dem vom Unternehmer aus der Weiterverwertung dieser Arbeitsleistung erzielten Ertrag zu setzen; in diesem Bemühen leitet die freien Gewerkschaften das weitere Ziel, den wirtschaftlichen Ertrag aller Arbeitskraft durch eine Umgestaltung der gesamten Wirtschaftsform, durch Beseitigung des kapitalistischen Unternehmertums, in einer neuen ökonomischen Weise zu regulieren.

Eine weitere Voraussetzung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ist ferner noch eine gewisse Gleichartigkeit der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsleistung.

Dagegen ist das Kriterium des freien Berufes die *selbständige* Auswertung der eigenen Arbeitsleistung und ihr Angebot nicht fortdauernd an einen *Bestimmten*

auf Grund vertraglicher Bindung, sondern wechselnd an *Unbestimmte*. Es treffen diese Merkmale fast auf alle freien Berufe zu, seien es Ärzte, Rechtsanwälte, freie Lehrer und Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller. Die beruflichen Bedingungen aller dieser Gruppen ähneln mehr denen des Unternehmers als denen des Arbeitnehmers, mit dem allerdings wesentlichen Unterschied, dass meist nur die eigene Leistung, nicht die von anderen gegen Entgelt zur Verfügung gestellte, selbständig ausgewertet wird. Hingegen ist sehr häufig Voraussetzung zur Ausübung des freien Berufes die Verfügungsmöglichkeit über Betriebseinrichtungen, wie beispielsweise beim Arzt mit eigener Praxis.

Aber auch da, wo die Merkmale der selbständigen Auswertung der eigenen Leistung kaum mehr gegeben erscheinen, wie etwa beim freien Schriftsteller, der, ohne angestellt zu sein, laufend für einen Verlag arbeitet und dabei in eine seinen eigenen Ertrag unbillig beeinträchtigende wirtschaftliche Abhängigkeit gerät, fehlt das wesentliche innere Merkmal, das Voraussetzung zum gewerkschaftlichen Zusammenschluss bildet, nämlich die Gleichförmigkeit dieses Abhängigkeitsverhältnisses mit vielen anderen. Eine solche Gleichförmigkeit ist, selbst wenn wir viele Fälle des ausgebeuteten Schriftstellers annehmen wollen, deshalb nicht vorhanden, weil für die dargebrachte, durchaus individuelle Leistung kein Marktwert besteht, dieser sich vielmehr erst bei Vorliegen der Leistung bildet und nunmehr unmittelbar die Abhängigkeit des betreffenden Schriftstellers bedeutend verringern kann.

Es liesse sich hier vielleicht einwenden, dass dieselbe Entwicklung bei qualifizierten Leistungen eines *Arbeitnehmers* sich vollzöge. Hier besteht aber der wesentliche Unterschied, dass Arbeitnehmerleistungen im allgemeinen keine abgeschlossenen, also marktfertigen sind, und dass sie häufig nur unter Zusammenwirken verschiedener Leistungen und unter Benutzung bestimmter Betriebseinrichtungen zustande kommen können. Der Arbeitnehmer, dem also die Mittel zur persönlichen Aneignung dieser Einrichtungen fehlen, ist auch bei Qualitätsleistung vom Unternehmer abhängig, und er kann dessen Bewertung seiner Leistung nur durch Angebot der gleichen Leistung an konkurrierende Unternehmer in etwa regulieren. Er befindet sich in ähnlicher Lage wie etwa der ärztliche Assistent, der mangels Betriebseinrichtung in das Arbeitnehmerverhältnis gezwungen ist.

Die Abhängigkeit des Schriftstellers vom Verleger dürfte jedoch hiermit nicht vergleichbar sein.

*

Wirtschaftliche Vereinigungen der freien Berufe sind also ihrem Wesen nach nicht vergleichbar mit Gewerkschaften, es steht ihnen kein bestimmter wirtschaftlicher Antipode im Sinne des Unternehmertums gegenüber, sondern ihr „Arbeitgeber“ im weiteren Sinne des Wortes ist die Allgemeinheit, also auch die breiten Volksmassen, auch die Arbeitnehmer. Es besteht daher unmittelbar kein zwingender Grund für gleichartige Tendenzen oder Solidarität unter den Gewerkschaften einerseits und den Berufsvereinigungen der freien Berufe andererseits, sondern gegebenenfalls Grund zur Gegnerschaft.

Diese Behauptung trifft aber nur zu, solange man bei beiden Vereinigungen nur die primäre Aufgabe der unmittelbaren Vertretung der wirtschaftlichen Mitgliederinteressen berücksichtigt. Eine neue Basis der Solidarität taucht auf in dem Augenblick, in dem man die weiter gehenden wirtschaftspolitischen Ziele der Gewerkschaften und ihre sich aus diesen ergebende Stellungnahme in der Staats- und Wirtschaftsführung, kurz ihren in die Zukunft reichenden reformatorischen Einfluss auf die Gesellschaftsordnung mit in Betracht zieht.

II. Arbeitnehmer mit geistiger Tätigkeit.

Ehe auf diese Bedeutung und Anziehungskraft der Gewerkschaften als Körperschaften mit der Tendenz zur Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weiter eingegangen wird, seien ihre Aufgabe und ihr Wirkungskreis unter den geistig beschäftigten Arbeitnehmern, faktisch also unter den qualifizierten Angestellten, erörtert. Auch hier erscheint mir allerdings die primäre gewerkschaftliche Zweckbestimmung der beruflichen Interessenvertretung nur zum Teil durchführbar, so dass auch hier die weiter gehende gewerkschaftliche Tendenz von erheblicher Bedeutung sein dürfte.

Die Abgrenzung geistiger von nichtgeistiger Tätigkeit kann im einzelnen Schwierigkeiten bereiten. Falsch ist es insbesondere, dem Angestellten unter allen Umständen das Prädikat „geistiger“ Tätigkeit zuzuerkennen. Es ist ja nicht immer so, als ob rein manuelle Arbeit nur Handfertigkeit voraussetzte, im Gegensatz zu der Arbeit, die geistige Ausbildung und eigenes Nachdenken verlangt. Denn mancher Facharbeiter wird ohne eine nicht nur auf praktischem, sondern auch auf theoretischem Wege zu erwerbende Urteilsfähigkeit über das von ihm zu bearbeitende Material und ohne gewisse geistige Schlüsse und Kombinationen seiner Aufgabe nicht immer gerecht werden können, einer Aufgabe, die darum an den Geist gegebenenfalls höhere Anforderungen stellen kann als etwa die des Lohnschreibers, der Lohnlisten ausschliesslich abzuschreiben oder ganz mechanisch zusammenzurechnen hat, oder die der Stenotypistin, bei der nur Beherrschung der Stenotypie und Stenographie sowie der Rechtschreibung vorausgesetzt wird. Es erscheint mir vielmehr in keinem der hier genannten Fälle die Annahme eigentlich „geistiger“ Arbeit gerechtfertigt.

Diese scheint mir vielmehr erst da vorzuliegen, wo unter Benutzung von Kenntnissen und Erfahrungen das eigene Nachdenken, das persönliche Urteil, der selbständige Schluss den entscheidenden Bestandteil der Arbeit und den ausschlaggebenden Wert der Leistung ausmachen. Hierin grenzt sich meines Erachtens sowohl beim kaufmännischen wie beim technischen Angestellten die geistige von der mechanischen ab, eine grosse Zahl von Grenzfällen (Buchhalter, Meister) kennzeichnet den Übergang.

Aus dem hier Gesagten folgt, dass die von dem geistigen Arbeiter erforderte Leistung in ihrem Wert individuell ausserordentlich verschieden sein kann, dies auch bei grundsätzlich gleicher Art der Tätigkeit. Beim Arbeitnehmer mit geistiger Tätigkeit sind daher eine kollektive Regelung der Bewertung seiner Leistung durch den Arbeitgeber und bestimmte, in dieser Richtung aufzustellende Forderungen mit ganz besonderen Schwierigkeiten verbunden.

Ist aber auch eine grundsätzliche Gleichwertigkeit der Leistungen und daher auch des Leistungsertrages nicht gegeben, so ist doch erstens in wohl allen Arbeitnehmerberufen mit geistiger Tätigkeit eine Minimalleistung und ein Minimalwert vorauszusetzen. Zweitens weisen die Beziehungen auch in diesen Dienstverhältnissen, abgesehen von jener zwischen Leistung und Entgelt, eine wesentliche Gleichförmigkeit auf. Beides trifft um so mehr zu, je weniger individuell die Leistung, um so weniger, je mehr sie es ist.

Die berufliche Interessenwahrung durch die Gewerkschaften kann sich also für die geistig tätigen Angestellten in erster Linie beziehen auf kollektive Verbesserungen der allgemeinen Anstellungsbedingungen (Kündigungsfrist und -schutz, Arbeitszeit, Urlaub, Gehaltsanspruch während Krankheit, Altersversorgung) in Form von Mindestfestlegungen und ebenso auf kollektive Mindestentgelte. Sie kann ferner durch Schlichtung und Vertretung von Einzelstreitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag in sehr bedeutungsvoller und wirkungsvoller Weise Geltung finden.

Dass Entgelte auch bei geistiger Tätigkeit in sehr weitem Masse kollektiv festzusetzen sind, wird durch die Gehaltsregelung der höheren Beamten bewiesen. Es darf allerdings nicht verkannt werden, dass die Eigenart des Beamtenverhältnisses in seiner Beziehung zur öffentlichen Gewalt ganz wesentliche Unterschiede von der Stellung der Privatangestellten aufweist, dass ferner zwar nicht die Leistungen in den einzelnen Beamtengruppen, aber doch die äusseren Bedingungen ihrer Tätigkeit eine starke Gleichförmigkeit zeigen. Aus diesem Grunde soll aus dem Zusammenhang der hier angestellten Erörterungen das Beamtenverhältnis gänzlich ausscheiden ohne Rücksicht auf die Frage, inwieweit der Beamte mit dem Begriff „Arbeitnehmer“ im Kern seines Dienstverhältnisses erfasst ist.

Die Tatsache, dass kollektive Festlegungen der Arbeitsbedingungen für die geistig tätigen Arbeitnehmer stets nur Mindestansprüche, besonders in bezug auf das Entgelt, begründen können, setzt der direkten gewerkschaftlichen Interessenwahrung bei diesen Berufen eine sichtbare Grenze. Diese Grenze ergibt sich aus dem natürlichen Vorgang, dass gerade die leistungsfähigsten und am höchsten bewerteten Angestellten individuell aus der kollektiven Mindestregelung heraustreten und ihr gegebenenfalls ganz entrückt werden. Wenn auch nicht vergessen werden darf, dass, je höher das Niveau ist, von dem der einzelne infolge individueller Überlegenheit sich erhebt, desto sicherer und höher auch sein Aufstieg wird, so beschränkt doch hier noch ein anderes psychologisches Moment die Einsicht des Aufsteigenden in diese gewerkschaftliche Rückendeckung. Dies ist die Tatsache, dass der individuell sich Vertrauende und sich Durchsetzende notwendig gewisse individualistische Instinkte in sich entwickelt, die eine Quelle des Gegensatzes zum auf Durchschnitt Abgestimmten, zu generellen Bewertungen werden können. Eine Gesamtheit steigt unter anderen Voraussetzungen und in anderer Form, auch mit anderen Mitteln empor als ein einzelner, selbst wenn dieses Aufsteigen der Gesamtheit auch ihm zugute kommt.

Dieser Vorgang, der psychologisch begründet und erfahrungsmässig bewiesen ist, kann gehemmt und sogar verhindert werden durch zweierlei Erkenntnisse, die darum zu stärken sind, nämlich erstens durch die Erkenntnis, dass auch der

qualifizierteste Arbeitnehmer sich grundsätzlich in einer absoluten ökonomischen Abhängigkeit vom Arbeitgeber befindet, wie durch die Tatsache und die Wirkung von Kündigungen im Falle eines starken Angebots an qualifizierten Arbeitskräften bewiesen wird. Diese erste Erkenntnis stärkt das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Massen der Arbeitnehmer, die sich in der grundsätzlich gleichen Lage der Abhängigkeit befinden. Sie führt ferner zu der zweiten Erkenntnis, die darin gipfelt, dass wirkliche Verbundenheit und wahre Gemeinschaft nur mit denen bestehen kann, die gewillt sind, die Arbeitskraft aus der geschilderten absoluten ökonomischen Abhängigkeit durch grundsätzliche Reform zu befreien. Dieses Ziel aber ist das Ziel der Gewerkschaften.

III. Zielgemeinschaft.

Man kann den von den freien Gewerkschaften angestrebten Zustand der zukünftigen Wirtschaftsordnung rein praktisch und abseits jeder bestimmten Theorie kurz als denjenigen bezeichnen, in dem die Gesamtheit der Menschen dadurch erhalten wird, dass sie insgesamt zu ihrer Erhaltung durch Leistungen beitragen. Da das Ziel die *möglichst ausreichende* Erhaltung aller ist, muss der Leistungsertrag in erster Linie unter diesem Gesichtspunkt verteilt werden. Dies bedeutet nicht nur Abschaffung des reinen Besitzeinkommens, sondern erfordert auch eine Organisierung der Wirtschaft zum Zwecke einer ökonomischen Nutzung aller vorhandenen Arbeitskraft. Die Forderung einer Arbeitsleistung *aller* Mitglieder der Gesellschaft setzt voraus eine Arbeitsmöglichkeit für alle. Sie führt ferner notwendig zu einer ununterbrochenen Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaftsführung. Wirtschaftsdemokratie musste darum die aktuelle Forderung der Gewerkschaften in der Gegenwart werden.

Das Bestreben, Anteil an der Wirtschaftsführung zu gewinnen, die zurzeit fast noch uneingeschränkt das Privileg der Besitzer des Kapitals und der Betriebsmittel bildet, erfordert Vertrautheit mit den Bedingungen, von denen Wirtschafts- und Betriebsführung abhängen. Diese Sachkenntnis kann bei der grossen Masse der Arbeitnehmer nicht erwartet werden, sie entwickelt sich vielmehr in den einzelnen, die in und aus der Masse emporsteigen. Der Gesamtheit der Arbeiterschaft wird sie jedoch heute direkt nur nutzbar, wenn der Aufsteigende *im Dienste der gewerkschaftlichen Organisation* Vertreter der Masse bleibt. Ziel jedoch müsste es sein, auch die *innerhalb der Privatwirtschaft* aufsteigenden qualifizierten Kräfte in den Dienst der Wirtschaftsdemokratie zu stellen, sich ihrer zur Einflussnahme auf die Wirtschaftsführung zu bedienen. So erwächst gerade den qualifizierten Arbeitnehmern in den Betrieben aller Gattungen die grosse Aufgabe, solidarisch mit der Masse ein Ziel zu verfolgen, ja sogar wegweisend zu diesem Ziele zu sein.

Gewiss sind hier psychologische Schwierigkeiten zu überwinden, nicht nur die bereits erwähnten beim qualifizierten Arbeitnehmer, sondern gerade auch in der Masse, die den Aufsteigenden allzu leicht mit Misstrauen wachsen sieht und die durch unterschiedliche Begabung und Energie geschaffenen natürlichen individuellen Differenzierungen nicht immer anzuerkennen gewillt ist. Diese Schwierigkeiten zu überwinden, ist aber gerade Sache der gewerkschaftlichen

Organisationen, die trotz beruflicher Abgrenzungen in den grossen gemeinsamen Ideen des Sozialismus verbündet sind.

Es liegt darum auch der grosse geistige Vorsprung der freien Angestelltenorganisationen vor denen anderer Richtungen in erster Linie darin, dass sie zwar Berufsständisches nicht ausschalten, ihm weit voranstellen aber die Gemeinsamkeit des Arbeitnehmers mit dem Arbeitnehmer, — dass ihre Anschauung über die Stellung des Arbeitnehmers, auch des Angestellten in der Wirtschaft nicht anders ist als die von den Arbeitergewerkschaften vertretene. Der Gedanke der Schicksalsgemeinschaft aller Arbeiter und Angestellten, im Gegensatz z. B. zu der Ideologie eines „Mittel“standes von Kaufmannsgehilfen, als Zwischenglied zwischen Arbeitern und Unternehmern, hat gerade in den vergangenen Jahren soviel innere Wahrheit bewiesen, dass er bis weit in die Kreise der leitenden Angestellten zum mindesten als Erkenntnis gedungen ist. Diese Erkenntnis zu praktischen Konsequenzen, zu *einer bewussten Arbeits- und Zielgemeinschaft* zu steigern, muss stete Aufgabe der freien Angestelltengewerkschaften sein.

Im Aufgabenkreise einer Führung und Organisierung der Wirtschaft mit dem Ziele der Nutzung und Sicherstellung aller Arbeitskraft kann aber auch die Mitwirkung der *freien Berufe* nicht entbehrt werden. Auch ihre Arbeitskraft ökonomisch in eine organisierte Wirtschaft einzugliedern, insbesondere auch ihr Leistungsangebot mit dem Bedarf in Einklang zu bringen, ist eine Aufgabe, deren Lösung von den freien Berufen als Fortschritt empfunden werden müsste. Dass das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie die Mitwirkung der Organisationen und sonstigen Vertretungen der freien Berufe in allen sie betreffenden Fragen erfordern würde, ist natürlich. Es erscheint aber auch einleuchtend, dass im Rahmen einer unter Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft geführten Wirtschaft Gegensätzlichkeiten zwischen freien Berufen und Arbeitnehmerschaft leichter zu überwinden sein würden. Solche Gegensätzlichkeiten, die z. B. da entstehen können, wo die Arbeitnehmerschaft gegenüber den freien Berufen als Verbraucherschaft organisiert erscheint, wie man das in etwa von dem Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten sagen könnte, sind auszugleichen auf dem Boden einer Wirtschaftsdemokratie, die sich der Notwendigkeit eines Interessenausgleiches unter den einzelnen Berufsgruppen der arbeitenden Volkskreise bewusst ist.

Die wachsende Unsicherheit und die schweren Erschütterungen in der deutschen und europäischen Wirtschaft haben den innigen Wunsch nach einem planmässigen Neuaufbau, nach einer zur Gesundung führenden Reorganisation allgemein werden lassen. Hierfür aber gilt es nicht nur die technischen, sondern auch die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen.

Diese können nur darin bestehen, dass die Gesamtheit des Volkes sich ihrer Teilhaberschaft und damit auch ihrer Verantwortung an der Neugestaltung sicher wird. Herrenstandpunkt auf Grund von Besitz und Macht führt, wie unter den Staaten, so auch in der Volksgemeinschaft, stets zur Katastrophe dort, wo nur Einigung und Anerkennung der untrennbar miteinander verbundenen Lebensinteressen der einzelnen die Gesamtheit erhalten können.

ÜBER BEDINGUNGEN UND NEBENERSCHEINUNGEN EINER VERMEHRUNG ODER VERMINDERUNG DER PRODUKTION

Von OTTO LIPMANN

(Leiter des Instituts für angewandte Psychologie in Berlin)

Von den ausserordentlich zahlreichen Materialien, die sowohl von seiten der Arbeitgeber wie von seiten der Arbeitnehmer über die Ursachen der Produktionsverminderung oder über die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung gesammelt und veröffentlicht worden sind, ist nur ein verhältnismässig sehr kleiner Bruchteil für Zwecke der Arbeitswissenschaft verwertbar. Hauptgründe hierfür sind die, dass es in Deutschland nur verhältnismässig wenig einwandfreie Betriebsstatistiken gibt (daher beruhen die mitgeteilten Ergebnisse zum Teil auf blossen Schätzungen, und die von einer Seite mitgeteilten Ziffern werden von der anderen Seite bezweifelt), und dass ferner sehr oft nur eine Ursache (z. B. Arbeitszeitverkürzung) für eine beobachtete Wirkung angeführt oder nur eine Wirkung (z. B. eine Produktionsverminderung) einer vorgenommenen Veränderung der Bedingungen ins Auge gefasst wird. Demgegenüber erscheint es notwendig, in weit grösserem Umfange als bisher einwandfreies Material zu beschaffen, indem, womöglich zahlenmässig, alle Bedingungen, welche eine beobachtete Wirkung ausgeübt haben könnten, und ebenso alle gleichzeitig zu beobachtenden Nebenwirkungen fixiert werden. Einwandfreies Material dieser Art würde nicht nur der theoretischen Arbeitswissenschaft dienen, sondern sehr viele Streitfragen der Wirtschaftspolitik aus dem Niveau des ebenso unfruchtbaren wie kostspieligen Meinungsstreites herausheben.

Ein Entwurf, den ich im November 1924 im Auftrage des Internationalen Arbeitsamtes ausarbeitete, kann vielleicht zur Beschaffung derartiger einwandfreier Materialien beitragen.

Es sollen

entweder für je zwei Arbeitsperioden desselben Arbeiters oder dergleichen
oder für je zwei Arbeiter oder dergleichen,

die sich durch erheblich verschiedene Produktionserträge unterscheiden, sämtliche Umstände mitgeteilt werden, in denen die Ursachen für diese Verschiedenheiten erblickt werden können.

Es können also (unter II) verglichen werden

entweder die Arbeitsleistungen eines Arbeiters, einer Gruppe von Arbeitern, einer Abteilung eines Betriebes, eines ganzen Betriebes oder einer ganzen Industrie einer Stadt, eines Landes usw. in je zwei Tagen, Wochen, Monaten¹⁾ oder Jahren, die sich durch irgendwelche (unter III) zu kennzeichnende Um-

¹⁾ Wegen der Abhängigkeit der Produktion von der Jahreszeit sind möglichst zwei Tage gleichen Datums oder zwei gleiche Monate verschiedener Jahre zu wählen.

II. Wirkung.

A B

8. Menge des Arbeitsproduktes (in Stück oder Tonnen oder dergleichen). (Wenn die Akkordsätze für A und B die gleichen sind, kann an Stelle der Produktionsmenge auch die Summe der gezahlten oder vereinnahmten Akkordlöhne angegeben werden.)
9. Menge des Arbeitsproduktes pro eine effektive Arbeiterarbeitsstunde (die unter 8 angegebene Zahl geteilt durch die unter 7 angegebene Zahl).

III. Ursachen.

Es kommt hier zwar im wesentlichen auf die Bedingungen an, die für B *andere* sind als für A; es empfiehlt sich aber, auch über die für A und B *gleichen* Bedingungen Angaben zu machen (unter Verwendung einer Klammer).

10. Art der Arbeiter nach Alter, Geschlecht, Rasse, Nationalität, Familienstand, Herkunft, Bildung usw.
11. Berufs- und Arbeitseignung der Arbeiter (eventuell: wie festgestellt?). (Seit wie langer Zeit in demselben Beruf bzw. Betrieb bzw. mit derselben Arbeit beschäftigt?)
12. Gesundheits- und Ernährungszustand der Arbeiter.
13. Berufsschulung (Ausbildungs- und Anlernverfahren).
14. Art und Dauer der Beschäftigung in der Freizeit.
15. Zugehörigkeit zu Organisationen (Gewerkschaften).
16. Arbeitswille und Pünktlichkeit (eventuell: Gründe für Änderungen des Arbeitswillens).
17. Gebrauch von Anregungsmitteln und Giften (Alkohol, Tee, Tabak usw.) während der Arbeit; ausserhalb der Arbeit.
18. Wohnverhältnisse (Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte; wie wird der Weg zurückgelegt?).
19. Verhältnisse und hygienische Beschaffenheit des Arbeitsraums (Temperatur, Beleuchtung, Luftfeuchtigkeit, Gerüche, Staub usw.).
20. Einrichtungen zur Bequemlichkeit des Arbeiters während der Arbeit (Sitzgelegenheiten und dergleichen).
21. Sonstige hygienische und soziale Einrichtungen (Waschgelegenheiten, Erfrischungsräume, Lüftungs-, Heiz-, Kühleinrichtungen und dergleichen).
22. Arbeitsdauer und Zeiteinteilung des Betriebes (Schichtwechsel, Pausenordnung); wie am Sonnabend? Pro Tag? Pro Woche?
23. Wieviel Stunden soll sich der Arbeiter im Betriebe befinden („nominelle Arbeitszeit“)? Pro Tag? Pro Woche?
24. Wieviel Stunden soll der Arbeiter im Betrieb tätig sein („effektive Arbeitszeit“)? Pro Tag? Pro Woche?
25. Lohnperioden (wann erfolgt die Auszahlung der Löhne?).
26. Lohnhöhe (Akkordsätze usw.).

27. Lohnsystem (Stücklohn, Zeitlohn, Prämien usw.).
28. Betriebseinrichtungen (Maschinen, Arbeitsmethoden, Arbeitsteilung, Taylorisierung usw.); Einrichtungen, die grössere Pünktlichkeit des Arbeiters herbeizuführen beabsichtigen.
29. Betriebsräte, Meister usw.
30. Wirtschaftliche und politische Konstellation (Streiks aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, politische und gewerkschaftliche Agitation, Arbeitsstreckung, Kurzstunden, Arbeitgeberpolitik usw.; Belegschaftswechsel; Einstellung neuer, erfahrener Arbeiter).

A B

IV. Nebenwirkungen.

Bewirkten die unter III genannten Veränderungen ausser der unter II beschriebenen Wirkung noch Veränderungen der folgenden Art? Welche Unterschiede sind festzustellen in bezug auf:

31. die Qualität des Produktes;
32. die Nebenkosten, Verbrauch an Strom, Kraft und Rohmaterialien, die Generalunkosten für Heizung, unproduktive Arbeiter und Angestellte, Abnutzung der Maschinen usw.;
33. die Preise und Absatzmöglichkeit des Fertigfabrikats;
34. die Regelmässigkeit und Pünktlichkeit der Arbeit;
35. die Häufigkeit des Belegschaftswechsels und die Rekrutierung der Arbeiterschaft;
36. den Energieverbrauch (die Ermüdung) der Arbeiter;
37. den Gesundheitszustand der Arbeiter;
38. die Häufigkeit und die Art der Unfälle;
39. den Kulturzustand der Arbeiter (Dauer und Art der Beschäftigung in der Freizeit);
40. den Alkoholverbrauch der Arbeiter;
41. den Arbeitswillen der Arbeiter;
42. das Einkommen und die Lebenshaltung der Arbeiter;
43. die erforderliche Ausbildungs- und Anlernzeit der Arbeiter.
44. Welches sind die diesen Feststellungen zugrunde liegenden Quellen?

Wer hat die Erhebung vorgenommen?

45. Unterschrift
46. Adresse
47. Datum

WIRTSCHAFTSKRISE UND ARBEITSLOSIGKEIT

Von FRANZ SPLIEDT

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt am Jahresende eine Verschlechterung, deren Ausmass auch diejenigen überrascht, die schon frühzeitig, als niedrige, weiter sinkende Arbeitslosenziffern und andere verheissungsvolle Symptome Zeugnisse für eine endlich stabilere Wirtschaftsgesundung zu sein schienen, auf die unvermeidbar kommenden ernststen Störungen der deutschen Wirtschaft hinwiesen. Der Absturz ist steiler und tiefer als in den Krisen, die wir seit Kriegsende durchlebten. Nur in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 wurde durch den Zusammenbruch der Währung die Zahl der Erwerbslosen von der gegenwärtigen Krise übertroffen.

Von der Schwere der jetzigen Erschütterung des Arbeitsmarktes zeugt ein Vergleich der Zahlen der *unterstützten* Erwerbslosen. An der Jahreswende 1918/19, unmittelbar nach dem Zusammenbruch, betrug die Zahl der Erwerbslosen etwa *eine* Million. Die Zahl der Unterstützten senkte sich im zweiten Halbjahr 1919 auf etwa eine *halbe* Million. Sie schwankte im Jahre 1920 zwischen 300 000 und 400 000, im Jahre 1921 zwischen 150 000 und 400 000, im Jahre 1922 zwischen 12 000 und 200 000. Das Jahr 1923 begann mit 85 000 Unterstützten und schwankte im zweiten Drittel zwischen 150 000 und 270 000. Mit der Währungskatastrophe stieg die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Oktober auf *eine* Million, im Dezember auf *anderthalb* Millionen, um bei Beginn des Jahres 1924 mit 1 540 000 Unterstützten die *Höchstmarke* zu erreichen. Bei diesen Zahlen bleibt allerdings infolge des Ruhrkampfes seit März 1923 das besetzte Gebiet ausser Rechnung. Abgesehen von den ersten Monaten 1919 und der Krise Ende des Jahres 1923 mit ihrem Auslauf in den ersten Monaten 1924, stellte bisher die Zahl von 500 000 bis 600 000 unterstützten Erwerbslosen die Höchstmarke der Krisen des Arbeitsmarktes seit Kriegsende dar, und zwar Ende 1919 und zweite Hälfte 1924.

Im Jahre 1925 entwickelte sich der Arbeitsmarkt bis zum Juli recht günstig, zeigt dann von da an bis zum Oktober eine verhältnismässig geringe Verschlechterung, um im November und Dezember in einem immer jähren Sturz abzusinken. (Siehe umstehende Tabelle.)

Bis zur Mitte des Jahres sinkt die Zahl der Unterstützten bis auf weniger als 200 000. Sie steigt bis zum November langsam, um dann in der letzten November- und ersten Dezemberhälfte in ganz steiler Kurve auf über eine Million zu steigen. Damit ist, immer abgesehen von Ende 1923, die je erreichte höchste Zahl von unterstützten Erwerbslosen erklommen. 5,6 Prozent aller Krankenkassenmitglieder, 17,9 pro Tausend der deutschen Gesamtbevölkerung waren am 15. Dezember als erwerbslos unterstützt. Die Ziffern für den Dezemberschluss liegen noch nicht vor. Soweit Einzelzahlen erreichbar waren, zeigen sie ein starkes weiteres Ansteigen.

Die *Gesamtzahl* der Vollerwerbslosen übersteigt die Zahl der Unterstützten beträchtlich. Um wieviel ist leider nicht klar ersichtlich. Die Zählung der Gewerkschaften ergab für Ende November, dass 10,7 Prozent der Mitglieder voll-erwerbslos waren. Übertragen auf die 15 bis 16 Millionen gewerblicher Arbeiter und Angestellten in Deutschland, ergibt sich eine Gesamtarbeitslosigkeit von 1,5

	Zahl der durch die Erwerbslosen- fürsorge Unterstützten	Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden (Prozent der Mitglieder)		
		Vollerwerbslose	Kurzarbeiter	
15. Januar	583 136	Ende Januar	8,1	5,5
15. Februar	575 243	„ Februar	7,3	5,3
15. März	514 576	„ März	5,8	5,1
15. April	393 287	„ April	4,3	4,9
15. Mai	274 091	„ Mai	3,6	5,0
15. Juni	214 210	„ Juni	3,5	5,2
15. Juli	198 067	„ Juli	3,7	5,8
15. August	200 675	„ August	4,3	6,9
15. September	251 271	„ September	4,5	8,5
15. Oktober	297 628	„ Oktober	5,8	12,4
1. November	363 919		—	—
15. November	473 333	„ November	10,7	16,0
1. Dezember	673 315		—	—
15. Dezember	1 057 031		—	—

bis 1,6 Millionen Menschen. Bis zum 15. Dezember ist die Zahl der Unterstützten gegen Ende November um rund 56 Prozent gestiegen. Stieg die Zahl der Nicht-unterstützten in gleicher Masse, so dürfte die Gesamtzahl der Erwerbslosen weit über *zwei Millionen* gestiegen sein.

Aber die Zahl der Vollerwerbslosen zeigt noch nicht klar den Arbeitsmarkt. Es muss daneben der Umfang der *Kurzarbeit* beachtet werden. Trotzdem dem Kurzarbeiter eine Unterstützung für die ausfallende Arbeitszeit zurzeit nicht gewährt wird, findet der Arbeitsmarkt gerade im Umfang der Kurzarbeit seinen typischen Ausdruck. Die obige Zusammenstellung zeigt, dass die Zahl der Erwerbslosen Ende Juni am tiefsten steht, die der Kurzarbeiter jedoch bereits Ende April. Während sich der Arbeitsmarkt, gemessen an der Zahl der Vollerwerbslosen, noch weiter verbessert, zeigt das Steigen der Kurzarbeiterzahl schon zwei Monate vorher den Umschlag an. Die Zahlen der Kurzarbeiter steigen in den nächsten Monaten absolut und relativ stärker als die der Vollerwerbslosen. Sie erreichen Ende November 16 Prozent aller Mitglieder der Gewerkschaften. Das bedeutet, dass rund $2\frac{1}{4}$ Millionen deutscher Arbeiter verkürzt arbeiten. Am Jahresschluss, für den genaue Zahlen noch nicht vorliegen, war sicher mindestens ein volles Drittel aller Arbeiter und Angestellten völlig oder teilweise erwerbslos.

Im Augenblick, wo *Locarno* eine neue Epoche der *politischen* Verständigung der Völker einleitete, die auch endlich den Ausblick auf einen besseren wirtschaftlichen Ausgleich öffnete, wird Deutschland plötzlich von einer Krise gepackt, deren Heftigkeit um so überraschender ist, als die Wirtschaftsziffern über Produktivität, Kohlenförderung, Aussenhandel, Hafenfrequenz, Wagengestellung, Ernteertrag usw. zu grossen Hoffnungen zu berechtigten schien. Aber bereits das um die Mitte des Jahres einsetzende Krachen in den grossen Konzernen Stinnes, Stumm, Krupp, Lothringen, Sichel u. a. zeigte, dass Deutschland noch nicht die durch

die Inflation herbeigeführten Schäden überwunden hat, sondern noch vor der schmerzhaftesten Umbildung seiner Wirtschafts- und Handelspolitik steht. Was mit Überwindung der Währungskatastrophe im direkten Anschluss an die Marktstabilisierung zu Beginn des Jahres 1924 so unvermeidlich schien, dass namhafte Wirtschaftsführer aus den Kreisen der Grossindustrie den *sofortigen* Zusammenbruch des überbauten und falschgerichteten Wirtschaftsapparates in einer ganz bösen Reinigungskrise voraussagten, was jedoch damals ausblieb, war *nicht aufgehoben*. Die Krise wurde *aufgehalten*. Die Rentenmark schuf neue Kaufkraft und Kredite. Im Ausland festgehaltene Devisen strömten ein. Später mit der Annahme des Dawes-Gutachtens boten sich Auslandskredite. Aber alles konnte die Krise nur aufschieben, nicht bannen, weil diese Hilfe die Wirtschaft des für die einzelne Unternehmung sicher bitteren Zwanges überhob, den Weg der für die Zukunft einzig möglichen Wirtschaftsführung zu gehen, nämlich rücksichtslose Ausmerzungen alles unnötig Verteuernden, Steigerung der Produktivität durch Ausscheiden hindernder unrentabler Betriebe, konsequente Rationalisierung, Beschränkung der Gewinnquoten und überflüssiger preistreibender Zwischenglieder. Jetzt, zwei Jahre später als erwartet, ist die Krise da.

Eine Reihe von äusseren Ursachen hat die an sich unvermeidbare Krise wesentlich verstärkt. Der Herbst warf die deutsche *Landwirtschaft* in eine bitterböse Krise. Aus zeitlichem Überangebot der landwirtschaftlichen Produktion, die um der Kreditrealisierung wegen auf den Markt geworfen werden musste, aber infolge Geldmangels, allgemeiner Unsicherheit und grossem Weltangebot nur unter starkem Preisdruck aufgenommen wurde, aus den Auswirkungen der Aufwertungsgesetze und anderem erwuchs ein Unterpreis, der weit über den Kreis der hauptbetroffenen Körner- und Kartoffelbauer die *gesamte* Landwirtschaft in eine Panik riss. Diese Panik war um so grösser, als die vom Reichstage beschlossenen Lebensmittelzölle die Landwirtschaft in Sicherheit wiegten. Die unverkennbar böse Situation weiter Teile der Landwirtschaft wirkte sofort auf die Industrie zurück. Bestellungen auf Maschinen, Dünger, Materialien und dergleichen blieben aus oder wurden gar annulliert, denn die Krise hatte besonders den intensiv wirtschaftenden Betrieb, der gerade im Augenblick des tiefsten Preises die zur Intensivierung seiner Wirtschaft für Maschinen und Dünger aufgenommenen grossen Kredite abdecken musste, betroffen. Diese Panik ergriff aber auch jene Teile der Landwirtschaft, die sehr viel weniger unter der Krise litten. Der plötzliche Ausfall eines so grossen Wirtschaftsteiles, wie es für Deutschland die Landwirtschaft darstellt, traf die Industrie besonders schwer.

Eine weitere verschärfende Ursache liegt in dem steten Fallen der französischen Währung. Der Export französischer Industrieerzeugnisse, vor allem Eisen und Stahl, wird begünstigt. Gleiche Wirkung hatte die Gestaltung der belgischen Währung, die bis zum September abglitt und erst vom Oktober an zum Stehen kam. Besonders die rheinisch-westfälische Industrie wurde einer starken Dumpingkonkurrenz ausgesetzt und dadurch im Exportgeschäft stark zurückgeworfen. Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung der Währung in den angrenzenden Industrieländern.

In *Berlin* zahlte man für 100 Franken, 100 tschechische Kronen, 100 Zloty resp. 1 Pfund:

	1924	1925							1926
	Nov.	Jan.	April	Juli	Okt.	14.Nov.	3. Dez.	17. Dez.	4. Jan.
Belgien	20,29	21,27	21,25	19,40	19,03	19,05	19,03	19,05	19,05
Frankreich	22,15	22,68	21,82	19,72	18,66	16,93	16,08	15,17	15,94
Tschechoslowakei	12,55	12,59	12,45	12,45	12,44	12,44	12,44	12,44	12,43
Polen	80,69	80,65	80,65	79,46	69,36	62,25	47,—	46,50	52,25
England	19,35	20,08	20,15	20,41	20,34	20,36	20,35	20,37	20,37

Nicht ohne Wirkung auf den *Kohlenbergbau*, der besonders dem Arbeitsmarkt des Ruhrgebietes sein unheilvolles Gepräge gibt, blieb die Tatsache, dass England im August 1925 dazu überging, den englischen Kohlenbergbau stark zu subventionieren. Nach englischen amtlichen Zahlen betrug diese Subvention im August 1 610 164 Pfund, im September 1 795 380 Pfund und im Oktober 2 631 907 Pfund, zusammen in den drei Monaten also 6 037 451 Pfund oder über 120 Millionen Mark. Schon die steigenden Zahlen der Subvention, aber auch die steigende Ausbeute, die von 18,8 Millionen Tonnen in vier Oktoberwochen auf 19,7 Millionen Tonnen in den vier Novemberwochen wuchs und das Neuanlegen von rund 20 000 Bergarbeitern gestattete, zeigt, dass der deutschen Kohle sowohl im Export wie in Deutschland selbst eine starke Konkurrenz gemacht wurde, die den deutschen Absatz einschränkte.

Verschärft ist die Krise durch eine Reihe weiterer Ursachen, nicht zuletzt durch die Auswirkungen des Zolltarifs, durch zollpolitische und protektionistische Massnahmen des Auslandes und durch die Unsicherheit, die der Missbrauch ungenügend fundierter Wechsel in das Geschäftsleben brachte. Unternehmungen, die für den Zusammenbruch reif waren, versuchten sich krampfhaft durch den Wechsel am Leben zu erhalten. Der Wechselumlauf vergrösserte sich in einem Umfange, dass geradezu die Gefahr einer Inflation heraufbeschworen wurde. Die Folgen konnten nicht ausbleiben. In den fünf Wochen vom 23. November bis Ende Dezember gingen 31 761 Wechsel zu Protest, wobei die von Woche zu Woche steigende Zahl besonders bezeichnend ist. In den fünf Wochen wurden Wechselproteste gemeldet: 5071, 6795, 6289, 6553 resp. 7063. Tatsächlich ist die Zahl der begebenen faulen Wechsel noch erheblich höher, als die Meldungen ergeben. So begrüssenswert es ist, dass die rauhe Wirklichkeit diesem „Wechselzauber“ ein Ende bereitete, so sehr wirkte die eingetretene Unsicherheit jedoch auf den Kreditunterbau solider Unternehmungen zurück. Misstrauen und Unsicherheit untergruben auch für fundierte Firmen den Wechselkredit und rissen sie in den Abgrund.

Alle diese in gleicher Richtung wirkenden Erscheinungen mussten die Krise ausserordentlich verschärfen. Die *Wesensursache* liegt jedoch tiefer. Der Zufluss ausländischer Kredite wurde dünner, während kurzfristige Kredite getilgt werden sollten. Da weite Teile der Wirtschaft in den verflorbenen Jahren nichts getan hatten, sich betriebsorganisatorisch und preispolitisch genügend den

zwingend gegebenen Verhältnissen anzupassen und im Vertrauen auf den seitherig anscheinend glatten Verlauf der Rekonstruktion an den aus Krieg und Inflation übernommenen Wirtschaftsformen festhielten, musste der Augenblick, wo eine weitere Zufuhr der Kredite versiegte, zu der Katastrophe führen.

Es ist unmöglich, den *Verlauf* der Krise voraussagen zu wollen. Sicher ist, dass der Jahresschluss noch ein starkes Anschwellen der Erwerbslosenzahlen bringen wird, da das Weihnachtsgeschäft noch zahlreiche Arbeiter in Beschäftigung hielt. Leider steht uns in Deutschland nicht die ausgezeichnete, nach Berufen gegliederte Statistik der englischen Arbeitslosenversicherung zur Verfügung, um an Hand solcher Gliederung das Hauptgebiet (beruflich und örtlich) der Krise eingehender zu untersuchen. Die amtlichen Zahlen bringen nur die bezirkliche Gliederung, die Gewerkschaftszahlen nur eine solche nach Berufen. Der Herd der Krise war das rheinisch-westfälische Wirtschaftsgebiet, wie folgende Zusammenstellung zeigt.

	Unterstützte Vollerwerbslose		
	in Preussen	davon entfallen auf Rheinprovinz, Westfalen und Hessen-Nassau	in Prozenten
1. September	151 299	98 142	65
1. Oktober	181 217	120 358	66
15. Oktober	203 138	134 622	66
1. November	249 414	159 499	64
15. November	322 193	192 661	60
1. Dezember	440 200	246 542	56
15. Dezember	669 318	337 979	50

Während bis Ende Oktober zwei Drittel aller in Preussen unterstützten Erwerbslosen auf die drei Provinzen entfallen, mindert sich von da an ihr Anteil bis Mitte Dezember auf die Hälfte. Obwohl diese schwerindustriellen Provinzen nach wie vor besonders stark notleidend sind, verschiebt sich die Arbeitslosigkeit doch schon stärker in die übrigen Gebietsteile, d. h. ausgehend von der Rohstoffherzeugung greift die Krise auf die verarbeitende Industrie über. Sie ergreift nun auch Sachsen, Bayern, Thüringen und Gross-Berlin, die noch bis Mitte November recht günstige Zahlen aufwiesen. Das gleiche Bild bieten die Gewerkschaftszahlen. Abgesehen von den Baugewerben, die teils aus Gründen der Jahreszeit stillliegen und dadurch die höchsten Arbeitslosenzahlen aufweisen, zeigt sich in den Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen steigend eine *Angleichung* der Zahlen, wenn auch die einzelnen Berufe hinsichtlich des Umfanges der Arbeitslosenzahlen noch weit auseinanderliegen. Die Krise hat *alle* Berufe gepackt. Eine Ausnahme bildet noch das graphische Gewerbe, das aber auch bereits bedenkliche Symptome zeigt.

Trotz der ungewissen und drohenden Zukunft ist es falsch, aus den augenblicklichen Zahlen übertrieben düstere Schlussfolgerungen für die deutsche Volkswirtschaft zu ziehen oder gar von einer unausweichlichen Katastrophe zu reden. Es bieten sich auch Lichtblicke. Das überraschend starke Steigen der Arbeitslosenzahlen ist wesentlich beeinflusst von dem natürlichen Stillstand der Saison-

gewerbe, wie Bauindustrie, Wassertransport, Landwirtschaft usw. Alle diese Wirtschaftszweige werden schon im zeitigen Frühjahr erhebliche Teile der Arbeitslosen anziehen. Insbesondere ist die Landwirtschaft, die nicht mehr im gleichen Masse wie früher auf ausländische Arbeiter zurückgreifen kann, schon bald zu starken Arbeitereinstellungen genötigt. Ausser dieser sich mechanisch in jedem Winter auswirkenden Erscheinung, die auch in Konjunkturperioden die Dezember-Januar-Zahlen des Arbeitsmarktes stark beeinflusst, dürfte der Arbeitsmarkt auch von anderer Seite her bald beträchtlich entlastet werden.

Es ist bereits darauf hingewiesen, dass die Panikstimmung der Landwirtschaft die Krise verstärkte. Einmal trifft der Preissturz landwirtschaftlicher Erzeugnisse nur einen Teil der Wirtschaften. Andererseits bewegen sich die Preise aufwärts. Die Krisen- und Panikstimmung, die zu einem fast völligen Versagen der Landwirtschaft als Käufer und Besteller führte, ebbt ab, und die Landwirtschaft wird der Industrie, wenn auch zunächst nicht in wünschenswertem Ausmasse, Aufträge zuführen. Auch die plötzlich gehemmte Kauflust anderer Schichten, die in Erwartung der Krise und ihres ungewissen Verlaufs zunächst stärker zurückschreckten, als durch die Umstände geboten war, kommen mit eintretender Beruhigung und angezogen durch den notwendig einsetzenden Preisnachlass in den Markt zurück. Die Tatsache, dass in erster Linie Kredit- und Betriebskapitalmangel die Ursache vieler Zusammenbrüche, Stilllegungen und Betriebs Einschränkungen ist, nicht immer Absatzstockung, wird Besteller und Käufer, mit sicher fundiertem Kredit, in die weitergeführten Betriebe treiben und so diesen verstärkte Produktion ermöglichen.

Beachtung verdient weiter, dass sich bisher der Warenexport überraschend stabil hielt. Wohl ist sein Umfang im November etwas zurückgegangen, aber er steht noch immer über den Exportziffern des Frühjahrs 1925. Die Aussichten werden angesichts des sich hebenden Weltmarktes teilweise sogar recht günstig eingeschätzt.

Dass der Aussenmarkt nicht zu einem übertriebenen Pessimismus zwingt, zeigt die Zusammenstellung auf Seite 25.

Nicht ohne Wirkung bleibt die Tatsache, dass Locarno letzten Endes die Befriedung der Völker förderte und damit auch für den internationalen Warenaustausch und, was vor allem für Deutschland wichtig ist, auch für die künftige Kreditgewährung bessere Vorbedingungen schafft. Gelingt die Stabilisierung der französischen Währung, so würde für wichtige deutsche Industrien, deren Export heute unter den Dumpingpreisen zurückgedrängt ist, eine wesentlich verbesserte Exportmöglichkeit wiederhergestellt sein.

Aber wenn sich auch Lichtblicke bieten, die zu der Hoffnung berechtigen, dass die Arbeitslosenzahlen in einigen Wochen erheblich sinken werden, so muss die deutsche Wirtschaft damit rechnen, dass, verglichen mit zurückliegenden Jahren, die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf längere Zeit hinaus ausserordentlich hoch sein wird. Der Kern dieser Krise sitzt tiefer. Die deutsche Wirtschaftskrise ist entstanden aus einer Reihe von Ursachen, unter denen vielleicht an vorderster Stelle stehen die durch die Inflation aufgeblähte Produktionskapazität, die un-

	Einfuhr	Ausfuhr	Passivität der Handelsbilanz	Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren	Fertigwarenausfuhr
	Mill. Mk.	Mill. Mk.	Mill. Mk.	Mill. Mk.	Mill. Mk.
1913 Mon.-Durchschn.	934	850	84	523	562
1924 November . . .	1048	643	405	494	87
Dezember . . .	1309	740	569	598	553
1925 Januar	1370	697	673	676	516
Februar	1124	631	493	584	481
März	1111	712	399	570	534
April	1080	672	408	542	511
Mai	1083	732	351	521	549
Juni	1070	688	382	483	530
Juli	1180	747	433	533	568
August	1303	728	575	552	553
September . . .	1104	780	324	458	602
Oktober	1119	851	268	507	646
November . . .	894	797	97	466	572

zweckmässig geleitete Kreditgewährung, die das Durchhalten volkswirtschaftlich unrentabler, d. h. die Regeneration der Wirtschaft hemmender Betriebe ermöglichte. Unter dem Zwang der so geschaffenen Verhältnisse muss und soll die Krise zu einer *Reinigungskrise* werden. Hinter ihr steht der starke Zwang zur *Rationalisierung*, zur Steigerung der Produktivität, zur Ausscheidung des Überflüssigen. Die deutsche Produktion muss unter dem Zwang harter Tatsachen den Weg zur Verbilligung finden, um sich auf dem Weltmarkt durchsetzen zu können. Die Verbilligung kann und darf nicht in der Herabdrückung des Lebensstandards des deutschen Arbeiters gesucht werden. Gesähe dieses, würde Kürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit eintreten, so wäre nicht nur die deutsche Arbeiterschaft um die Erfolge eines jahrzehntelangen Ringens betrogen, sondern es wäre der Gesamtwirtschaft auf die Dauer nicht geholfen. Sie könnte für eine so verbilligte Produktion weder Absatz auf dem Innenmarkt noch auf dem Weltmarkt finden. Der Druck auf den Lebensstandard des deutschen Arbeiters, sein stärkeres Ausscheiden als Konsument wirkt über die Grenzen der deutschen Wirtschaft hinaus auf die Lebenshaltung der breiten Volksmassen anderer Länder und senkt zugleich die Kaufkraft *dieser* Konsumenten. Die gigantisch gestiegene Produktionskraft der Industrieländer schreit nach Steigerung der Kaufkraft der Massen in allen Ländern. Gerade das Missverhältnis zwischen Produktionstechnik und Kaufkraft hat fast *alle* Industrienationen in die gleiche Bedrängnis gebracht.

Die notwendige Verbilligung der Erzeugung muss und kann einhergehen mit steigender Lohnkaufkraft, also *zunächst* auch nominell hohen Löhnen, und mit sozialpolitisch erträglicher Arbeitszeit. Der Weg muss daher über eine *Rationalisierung* führen. Sie wird sich durch die Krise durchsetzen. Rationalisierung heisst nicht auf jeden Fall Fliessarbeit, Bandarbeit und technisch aufs denkbar

höchste gesteigerte Mechanisierung. Dafür wird tatsächlich heute kaum genügend Kapital und sehr oft auch keine genügende Ausnutzung vorhanden sein. Aber Rationalisierung bedeutet Zusammenlegung der Produktion, Einschrumpfen des viel zu weiten Überbaues (Handel, Banken usw.), Ausmerzungen technisch rückständiger Betriebe und Übernahme ihrer Produktion in den modernen Betrieb. Rationalisierung bedeutet Vereinfachung der Typen und damit Steigerung der Produktivität, bedeutet Einsparen im Handel und in der privaten und öffentlichen Verwaltung usw. Alles Dinge, die nicht an kostspieliger Neueinrichtung gebunden sind, die aber bisher unterblieben, weil sich diejenigen sträubten, die fürchten mussten, unter den Schlitten zu kommen.

Diese Rationalisierung bedeutet aber zunächst Einschränkung der Zahl der Beschäftigten bei gleichem Produktionseffekt, also Arbeitslosigkeit bis zu dem Zeitpunkt, wo der Erfolg der Rationalisierung in grössere Kaufkraft umschlägt. Darum muss die deutsche Wirtschaft auf längere Zeit hinaus mit grösserer Arbeitslosigkeit rechnen. Sie ist sogar Voraussetzung einer endlichen Gesundung.

Daraus ergibt sich der Leitsatz, der heute über unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik stehen muss: Die Wirtschaft, die um ihrer Zukunft willen ihre Produktion rationalisieren, d. h. auf weniger Hände einstellen muss, muss sich bewusst sein, dass sie die Ausgestossenen mit einer *weitgezogenen sozialen Fürsorge* über die Krise des Arbeitsmarktes hinwegleiten muss. Nur diese Voraussetzung lässt die vor uns liegende Periode überstehen. Es wird also die Unterstützung der Erwerbslosen auch jetzt nach der letzten Erhöhung noch beträchtlich erhöht werden müssen. Was heute gegeben wird, genügt nicht, um auf längere Zeit hinaus die Arbeitskraft, die die Quelle unserer Volkswohlfahrt ist, zu erhalten. Die hohen Lasten, die die Wirtschaft in Form einer grosszügigen Arbeitslosenunterstützung auf sich nimmt, sind der Preis, den sie für ihre endliche Gesundung zahlen muss. Es ist bedauerlich, dass bei den jüngsten Debatten innerhalb der Wirtschaft und innerhalb des Parlaments über die Fürsorge für die Erwerbslosen weder die Regierung noch die Unternehmer und ihre Parteien *diesen* Sinn der Fürsorge begriffen. Ängstlich feilschten sie um den Pfennig für den Erwerbslosen, mit dem Erfolg, dass sie Unzulängliches zuwege brachten.

Die deutsche Wirtschaft *kann* die soziale Last, die aus einer genügend hohen Fürsorge entsteht, tragen. Die Kosten *eines* Erwerbslosen werden heute, nach der letzten Erhöhung, auf rund 65 Mk. im Monat berechnet. Dabei sind Arbeitsnachweis- und Verwaltungskosten eingeschlossen. Die Summe erscheint, gemessen an den Unterstützungssätzen, reichlich hoch, aber mag sie Grundlage unserer Berechnung sein. Bei *einer* Million Unterstützter würden bei den derzeitigen Unterstützungssätzen rund 65 Millionen Mark monatlich erforderlich sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen bis zu 3 Prozent des Lohnes als Beitrag zahlen. Soweit die entstehenden Kosten durch die Höchstbeiträge nicht gedeckt werden, müssen aus Reichs- und Landesmitteln Zuschüsse geleistet werden. Leider ist das Gesamtaufkommen an Beiträgen zurzeit infolge der überaus verschiedenen Beitragsregelung schwer berechenbar. Die Regierung hat kürzlich

berechnet, dass bei einem Einheitsbeitrag von 3 Prozent monatlich 36 Millionen Mark aus den Beiträgen fließen würden. Diese Rechnung ist unverkennbar falsch und wird als falsch von allen Sachkennern angesehen. Nach vorsichtiger Schätzung dürfte der Beitragsertrag, wenn generell von *allen* Beitragspflichtigen 3 Prozent vom Lohn eingezogen würden, monatlich 45 bis 50 Millionen Mark aus Beiträgen sein. Zu decken wären also aus öffentlichen Mitteln bei der heutigen Unterstützung und *einer* Million Unterstützter 15 bis 20 Millionen Mark monatlich. Hinzu kommen Aufwendungen für *produktive* Massnahmen (Notstandsarbeiten), die jedoch nicht einen *dauernden* Verlust, sondern eine Vorleistung für später doch zu finanzierende Arbeiten darstellen. Entsprechend grösser werden natürlich die Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln mit weiterem Steigen der Zahl der Unterstützten und der Unterstützungshöhe.

Kann die deutsche Wirtschaft diese Beträge aufbringen? Sicherlich! 3 Prozent vom Lohn als *direkter* Beitrag sind nicht übertrieben hoch und können von Unternehmern und Arbeitern getragen werden. Der erforderliche Zuschuss aus öffentlichen Mitteln, der eine gerechte Mitbelastung auch der Bevölkerungsschichten darstellt, die nicht an der Beitragstragung beteiligt sind, durch den das Volksganze an der Last beteiligt wird, kann ohne Gefahr für die Volkswirtschaft so hoch gesetzt werden, dass eine genügende Unterstützung der Erwerbslosen gewährleistet ist. Zunächst liegen in den bisherigen Einnahmen der öffentlichen Hand, z. B. in der Lohnsteuer, noch sehr starke Reserven. Andererseits müssen durch Einsparung an anderer Stelle die nötigen Mittel freigemacht werden. Für Heer und Marine sind im Etat für 1926 mehr als 113 Millionen Mark *mehr* als im Etat 1925 eingesetzt. Heer und Marine haben für den Wiederaufbau der in furchtbaren Krämpfen sich windenden deutschen Volkswirtschaft gar keinen Nutzen. Die kleinen Kreuzer und Torpedoboote, die auf Kiel gelegt werden sollen, werden nicht eine Maschine, nicht eine Elle Zeug im Ausland verkaufen helfen. Darum bangt unsere Wirtschaft, darum wird sie die Zahl der Beschäftigten einschränken und von den Arbeitern Mehrproduktivität verlangen. Heute gilt es, der Wirtschaft wieder den Weltmarkt zu öffnen. Da nutzen nicht Kreuzer noch Torpedoboote. Hier liegen Fonds, die durch Ersparungen dem höheren Zweck nutzbar gemacht werden können. Es gibt weitere Möglichkeiten der Einsparungen, so dass genügend Mittel zur Verfügung stehen können, um die grosse Zahl der Erwerbslosen über diese Krise hinwegzubringen.

Gelegentlich der Maschinenbautagung in Berlin sind kluge und vom Verständnis für den tieferen Sinn dieser Krise zeugende Worte gefallen. Wenn der Direktor Karl Lange für die Maschinenindustrie erklären konnte: „Wir können — trotz allem — nicht wünschen, dass der bereits zwei Jahre lang immer wieder hinausgezögerte Ablauf der Krise nochmals hinausgeschoben wird“, und wenn er die Losung ausgab: „*Durch!* Je gründlicher und rascher sich jetzt die Entwicklung vollzieht, desto besser am Ende für uns alle“, so können die Arbeiter diese Losung aufnehmen. Sie haben seit Jahren auf die Rationalisierung gedrängt. Sie kannten die Wirkungen, die die Last zunächst durch Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter wälzen würden. Sie müssen jedoch verlangen, dass das Opfer, das für die Zukunft

der deutschen Volkswirtschaft gebracht werden muss, nicht das Opfer von Millionen einzelner Arbeitsloser ist, sondern von der *Allgemeinheit* getragen wird.

Besondere Beachtung verdient die Frage, ob sich nicht die brachliegende Arbeitskraft vieler Hunderttausende zukunftsorientiert auch in dieser Zeit des grössten Arbeitsmangels verwerten lässt, durch Schaffung wirklich produktiver Notstandsarbeiten. Es ist volkswirtschaftlich fast unerträglich, dass Hunderttausende die Hände in den Schoß legen müssen. Sie wollen es auch gar nicht, sie rufen nach Arbeit. Die Inangangsetzung produktiver Arbeiten ist sicher eines der schwierigsten Probleme, mit dem auch andere Nationen, besonders England, ringen, ohne zu befriedigenden Resultaten zu kommen. Die Rechnung: erspare die Unterstützung und gebe dafür Arbeit, geht so glatt nicht aus, weil gerade oft genannte und vorgeschlagene Notstandsarbeiten finanzielle Aufwendungen verlangen, die über das zurzeit Mögliche hinausgehen. Aber Tatsache ist auch, dass erheblich mehr geleistet werden könnte, wenn es gelänge, an den Hindernissen vorbeizukommen, die heute noch der leidige amtliche Instanzenzug mit seinen Kompetenzen und Kompetenzkonflikten bereitet.

Insbesondere auf dem Gebiet der Bodenkultur harren noch grosse und leicht zu finanzierende und meist auch genügend vorbereitete Arbeitsobjekte der Ausführung. Man braucht hier nicht immer an die ganz grossen, in die Augen stechenden Objekte der Ödlandkultur zu denken. Sicher wird bei diesen stets sorgsam zu prüfen sein, ob die in Moor und sonstiges Unland hineingesteckten Arbeits- und Materialkosten den Arbeitsertrag lohnen, in einem Augenblick, wo die Bodenrente sinkt und Kulturboden billiger wird. Sehr oft wird der aufgearbeitete Boden nur nach Abschreibung erheblicher aufgewendeter Kosten eine lohnende Rente bringen können. Aber neben diesen grossen Objekten, die man teilweise auch dann in Angriff nehmen muss, wenn die Arbeitskosten einen *verlorenen* Zuschuss darstellen werden, gibt es über das Reich verstreut unendlich viele kleine Objekte, für die alle diese Bedenken nicht zutreffen. Es ist erstaunlich, in welchem Masse in Deutschland auch heute noch durch anstehendes Wasser, das bei vernünftigen Zusammenwirken der Anlieger mit verhältnismässig geringen Kosten zweckmässig geleitet werden könnte, brauchbares Land versauert ist. Unendliche Flächen saurer Wiesen, die heute ohne jeden Ertrag bleiben, könnten in Kulturland verwandelt werden. Oft handelt es sich um Land, das unmittelbar vor Orten mit grosser Arbeitslosigkeit liegt. Die Tatsache, dass es sich um viele, im ganzen Reich verstreut liegende Arbeitsobjekte handelt, ist wertvoll, da dadurch die oft bei Meliorationen unüberwindlichen Hindernisse, Behausung usw., nicht auftreten. Soweit diese Arbeiten aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, werden sie heute über die Deutsche Boden-Kultur-Aktiengesellschaft geleitet. Diese seit Frühjahr 1924 bestehende amtliche Organisation, in deren Arbeitsausschüssen auch Vertreter der Gewerkschaften sitzen, verwaltet die für Zwecke der Bodenverbesserung von Reich, Ländern und der Rentenbank bereitgestellten Mittel. Die Förderung der Bodenverbesserungsarbeiten geschieht durch Hergabe eines verzinslichen Darlehns. Die Darlehnsnehmer, meist Meliorationsgenossenschaften, müssen sich verpflichten, mit der Durchführung der Arbeiten Erwerbs-

lose, die vom Arbeitsnachweis zugewiesen werden, zu beschäftigen. Vom Frühjahr 1924 bis November 1925 wurden für 40 Millionen Mark Darlehen gewährt an 1400 verschiedene Unternehmungen. Melioriert wurden 160 000 Hektar. Die Zahl der geleisteten Arbeitslosentagewerke sind auf sechs Millionen veranschlagt. Diese Organisation kann noch wesentlich erweitert werden. Objekte für Bodenverbesserungen dieser Art sind zahlreich genug, um grosse Massen Erwerbsloser zu beschäftigen.

Daneben müssen produktive Arbeiten anderer Art, deren Wirtschaftlichkeit Voraussetzung sein muss, durchgeführt werden. Meist wird es sich um grössere Arbeiten des Verkehrs (Bahnen, Strassen usw.) handeln, deren Ausführung ohnehin notwendig ist. Ihre Durchführung stellt keinen volkswirtschaftlichen Verlust des hineingesteckten Geldes dar, sondern sie sind Werte, die bei normalem Arbeitsmarkt zu einem etwas späteren Zeitpunkt doch errichtet werden müssten. Es ist nur zu wünschen, dass man sich allseitig mit äusserster Tatkraft für schnelle Einleitung von Notstandsarbeiten einsetzt. Gut geleitet, werden sie einen erheblichen Teil der schweren finanziellen Bürde, die die deutsche Wirtschaft zur Unterhaltung der Arbeitslosen auf lange Zeit hinaus tragen muss, in dauernde Werte umwandeln.

WO STEHT DIE DEUTSCHE RATIONALISIERUNG?

Von FRIEDRICH OLK (Berlin)

Unsere Wirtschaft hat zweifellos infolge der Inflation wertvolle Jahre in der Umstellung auf Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit verloren. Lassen wir einen ausländischen Beobachter sprechen, den englischen Handelssekretär für die besetzten Gebiete, Mr. Kavanagh. Er sagt in einem, dem vom Handelssekretär an der britischen Gesandtschaft in Berlin, Mr. Thewall, verfassten Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands beigegebenen "Report on the Economic and Financial Conditions in Germany" ungefähr folgendes: Wie gross die Wirtschaftskapazität in Deutschland ist, darüber wird in Deutschland nirgends eine eindeutige Antwort gegeben. Er selbst ist der Meinung, dass sie ganz erheblich gestiegen ist, und begründet diese Steigerung durch die Flucht in die Sachwerte während der Inflation. Mr. Kavanagh hat soweit recht, als infolge der Markentwertung Summen über das normale Mass hinaus in unserer Industrie investiert worden sind; halb zwangsläufig, halb in der Annahme, das Mark-Dumping noch auf Jahre hinaus geniessen zu können. So wurde, im Grunde genommen, unsere Vorkriegswirtschaft überrestauriert. Natürlich musste die Kapazität (siehe Kohle, Stahl usw.) dieser restaurierten Industrie wachsen, woran ja auch niemand zweifelt. Wir sind aber nur *Vorkriegsindustrie*: wir produzieren mit mehr Substanz; d. h. wir könnten, wenn wir Kaufkraft und Absatz hätten, viel mehr Waren als vorher herstellen; leider nicht billigere Ware mit technisch verbesserter Substanz und einem besser bezahlten und kaufkräftigeren Arbeiter. Diese unbefriedigende Bilanz besagt nun nicht, dass deutsche Technik

während der Inflation auch im „Börsensaal“ geweilt hat. Es zeugt für eine geradezu jungfräuliche Gesundheit unseres Volkes, dass wertvollste Kräfte dieses Volkes den Taumel von 1922 und 1923 nicht mitmachten oder, soweit sie doch infiziert wurden, ihm *nicht* unterlagen und sich bald im „Experiment“ und anderem „Kalkül“ wieder zurechtfinden. Das beste Beispiel dafür ist ja der deutsche Qualitätsarbeiter. Und so ist während der Inflation und in den beiden „stabilisierten“ Jahren vieles und Wertvolles geschaffen worden, dessen Früchte jetzt langsam der Rationalisierung unserer Wirtschaft zugute kommen oder zugute kommen sollen. Mit Recht konnte Dr.-Ing. Neuhaus vor kurzem im Haus der Deutschen Ingenieure in einer Ansprache an Technik und Presse betonen: Was sollten jene Werke, die jetzt mit fliegenden Fahnen zur Rationalisierung übergehen, machen, wenn stille Kräfte hier nicht die *notigen Vorbereitungen* geleistet hätten? Gewiss, sie sind von unseren Messen verschwunden, die Einkäufer aus Newyork, London und Amsterdam. Sie geben Gastrollen in Paris, Lyon und Lodz. Aber sie werden wieder erscheinen in den sächsischen Spitzendörfern, in der thüringischen Spielwarenindustrie oder wo sie die Billigkeit der sterbenden Mark sonst noch genossen haben. Vorläufig sind erstmals andere Ausländer da, Leute, die sich brennend für Fortschritte in der deutschen Technik interessieren. Das ist ein günstiges Zeichen für den Rationalisierungsprozess bei uns. Man würdigt im Ausland das, was die deutsche Technik bis jetzt neu zuwege gebracht hat.

Rationalisierung! Das ist, wie das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit definiert, die vernunftgemässe Anwendung aller Mittel, die Technik und planmässige Organisation bieten zur Steigerung des Wirtschaftsgrades schaffender Arbeit auf allen Gebieten der Gesamtwirtschaft, zur Steigerung der Produktion pro Mann, zur Ersparung menschlicher Arbeit. Auf eine praktische Formel gebracht, könnte man vielleicht das sagen: Ermittlung einheitlicher Regeln in Gemeinschaft aller interessierten Kreise, wonach in der Wirtschaft in weitem Umfang mit möglichst grosser Leichtigkeit gearbeitet werden kann. Der ganze Prozess zerfällt in zwei Teile: 1. das Finden und Festlegen der Regeln, was wir in Anlehnung an Dr. Neuhaus hier einmal die *Vorarbeiten* nennen wollen, 2. das Arbeiten nach diesen Regeln in der Wirtschaft, die rationelle Produktion. Carl Köttgen (Das wirtschaftliche Amerika) gibt für den Gesamtprozess folgendes Schema: a) Festlegung der Aufgabe, also Bestimmung des herzustellenden Gegenstandes; b) Entwurf des Gegenstandes; c) Entwurf der Ausführung des Fertigungsprozesses; d) Ausführung der Vorrichtungen und Werkzeuge, wenn nötig der Spezialeinrichtungen, Arbeitsmaschinen und Transportvorrichtungen für den Fertigungsprozess; e) Ausführung des Gegenstandes selbst. *Wo stehen nun unsere Vorarbeiten?* Und *wie weit sind sie praktisch* geworden? Die Zweitteilung der Frage ergibt sich von selbst aus der Eigenart des Rationalisierungsprozesses heraus: *Die Vorarbeit ist technisch-geistige Leistung, die Anwendung die mehr mit Hilfe von Kapital zu vollziehende organisatorische Tat.* Das eine ist Sache des Wissenschafters, des Ingenieurs, des Technikers und, das sehr häufig (wir erinnern nur an die, dem Verein Deutscher Ingenieure angeschlossene

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure, der jeder in irgendeinem Betrieb Tätige beitreten kann), des Arbeiters im Betrieb schlechthin. Das andere ist Sache des deutschen Industriellen. Wenn dieser als Unternehmer auch noch Techniker ist, dann ist das ein sehr glückliches Zusammentreffen. Deshalb war Walter Rathenau das grosse Format und vielleicht der Typ, den die Rationalisierungsperiode fordert. Die Vorarbeit nun ist dem deutschen Techniker nicht fremd. Schon vor 20 Jahren haben der Verein Deutscher Ingenieure und der Verein Deutscher Elektrotechniker hier gute Grundlagen geschaffen, in welchem Ausmass, beweist die Tatsache, dass wir Reuleaux' Getriebelehre (Kinematik), einst vor 30 Jahren an der Technischen Hochschule Berlins erdacht, heute der Vergessenheit entreissen. Der Krieg, insbesondere das Hindenburg-Programm, zwang zu weiteren Schritten, und der Zwang zur Umstellung in den Nachkriegsjahren wurde dann entscheidend: Es ist heute aber schwer zu sagen, wo unsere Vorarbeiten stehen. Dafür ist die *Fülle der fast partikelhaften Arbeiten zu gross*. Das eine aber kann, sicher unbestritten, festgestellt werden, dass die verschiedenen, in Zusammenarbeit mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit die Rationalisierungsarbeit pflegenden Ausschüsse — der Normenausschuss der deutschen Industrie, der Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung, die Gesellschaft für wirtschaftliche Verwaltung, der Reichsausschuss für Lieferungsbedingungen, der Reichsausschuss für Arbeitszeitermittlung, die Hauptstelle für Wärmewirtschaft und die Hauptstelle zur Förderung der Altstoff- und Abfallverwertung, insbesondere die Arbeiten der einzelnen Körperschaften des Vereins Deutscher Ingenieure, z. B. der Arbeitsgemeinschaft Technik in der Landwirtschaft, des Deutschen Verbandes für Materialprüfung in der Technik, der Gesellschaft für Metallkunde, der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen, der Technisch-Wissenschaftlichen Lehrmittelzentrale und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure — eine brauchbare Basis für die Anwendung, für die Wirtschaft, die Praxis abgeben. Dafür nur ein Beispiel: Der Normenausschuss der deutschen Industrie, der sich bekanntlich im Dezember 1917 unter der Dringlichkeit des Hindenburg-Programms aus dem Normalienausschuss für den Maschinenbau entwickelte, hat bis Ende 1925 ungefähr 1100 Bogen fertige Normenblätter (die *Dinormen*) herausgegeben, die sich mit 673 Blättern auf den allgemeinen Maschinenbau, 9 Blättern auf die Autogenindustrie, 150 Blättern auf das Bauwesen, 117 Blättern auf die Elektrotechnik, 18 Blättern auf das Feuerwehrewesen, 50 Blättern auf den Kraftfahrbau, 7 Blättern auf die Kinotechnik und mit 76 Blättern auf den Lokomotivenbau verteilen. Wie weitgehend und wie peinlich genau gearbeitet worden ist, beweist vielleicht folgendes: Von den 673 Normenblättern für den allgemeinen Maschinenbau entfallen 16 auf allgemeine Grundnormen, 39 auf Armaturen und Rohrleitungen, 17 auf Hebemaschinen, 2 auf landwirtschaftliche Maschinen, 235 auf Maschinenteile, 26 auf Messmittel, 168 auf technische Grundnormen, 24 auf Transmissionen, 62 auf Werkstoffe und 84 auf Werkzeuge und Werkzeugmaschinen. Es besteht auf diesem Gebiet geistiger Arbeit beste Spezialisierung. Während die Bearbeitung der allgemeinen Normen in den Arbeitsausschüssen des Normenausschusses vor sich geht, werden für die

Aufstellung der Fachnormen besondere Fachausschüsse ins Leben gerufen, die von den beteiligten Verbänden getragen werden; z. B. die Normungsarbeiten auf dem Gebiet der Elektrotechnik vom Verband deutscher Elektrotechniker usw. Die Fachausschüsse wiederum arbeiten in engster Verbindung mit dem Normenausschuss der deutschen Industrie. Dadurch werden Parallelarbeiten vermieden und die von den verschiedenen Verbänden aufgestellten Normen untereinander mit den *allgemeinen Normen abgestimmt*.

Es ist heute überflüssig, etwas über den wirtschaftlichen Wert dieser geistigen Arbeit zu sagen. Sie gibt dem geistigen Arbeiter, mag er sitzen, wo er will, die allgemeine Richtung, wohin der Weg heute geht. Sie ist die Pforte zur Rationalisierung. Man muss folgendes überlegen: Die grösste deutsche Kugellagerfabrik stellte nach Angabe des Vorsitzenden des Fakra (des Fachnormenausschusses der Kraftfahrindustrie), Herrn Dr. Scholz, Ende 1925 täglich 14 000 Kugellager her. Diese 14 000 Lager verteilen sich auf 400 Sorten, so dass sage und schreibe im Zeitalter der deutschen Rationalisierung auf eine Sorte 35 Lager entfielen. Dass hier von Rentabilität und Wirtschaftlichkeit keine Rede sein kann, versteht sich von selbst. Und so könnten wir viele andere Fälle anführen. Die Überlegenheit vieler amerikanischer Wirtschaftszweige rührt auch daher, dass diese Vorarbeiten in den U. S. A. konsequent gelöst worden sind; z. B. datiert die Überlegenheit der amerikanischen Autoindustrie daher, dass die Gesellschaft amerikanischer Ingenieure unter der Kriegsnotwendigkeit, Europa mit Autos zu versehen, Normung durchsetzte. Daran schloss sich erst der gewaltige, beispiellose Rationalisierungsprozess bei Ford und anderen. Die Entwicklung wird sich und kann sich bei uns nicht anders vollziehen. Wollen wir wieder wettbewerbsfähig werden, so muss die unheimliche Zersplitterung in unserer Produktion aufhören. Unsere Autojahresproduktion hat sich in Jahresfrist allerdings von 30 000 auf 130 000 Wagen gesteigert, wovon Opel allein 50 000 liefert. Ford aber deckt den Bedarf Amerikas und den der halben Welt. Bei uns zeigten auf der letzten Berliner Automobilausstellung immer noch 50 Firmen rund 80 Typen. Und dabei ist die deutsche Automobilindustrie noch eine Industrie, die stark normt, bei der z. B. die Zahl der nach bestimmten Massen hergestellten Teile in Kürze auf 200 verdoppelt wird. Wie mag es erst um andere Industrien stehen? Sollen Vorarbeiten aber überhaupt praktischen Wert haben und sich in der Wirtschaft auswirken, so muss zuerst die Warengattung beschränkt werden. Das heisst Massenproduktion; für die Wirtschaft bzw. den Betrieb Spezialisierung, konsequent durchgeführt, *Ein-Typ-Fabrikation* (Ford-Motor-Company). In den Entwurfsarbeiten ist die Festlegung der Abmessungen und der Beschaffenheit des Materials von Wichtigkeit. Erst durch *Norm und Gütenorm* ist die *einheitliche Lieferbedingung* möglich. So führt das genormte Fertigfabrikat, die *Typung*, erst zur *Rationalisierung der Fertigung, der Erzeugung* schlechthin, der *Verteilung* (Handel, Lagerhaltung, Verkehr und Geldwesen) und des Dachgebiets, der *Verwaltung*, der zeitlichen und geldlichen Kontrolle.

Wenn man die Frage nach dem Stand der Rationalisierung in der Wirtschaft selbst beantworten will, dürfte folgendes zu sagen sein: Am besten stehen wir

wohl in der *Fertigung*, der Erzeugung schlechthin, d. h. soweit wir überhaupt von „gut stehen“ sprechen können. Aus dem eben begonnenen Rationalisierungsprozess in der Fertigung erklärt sich z. T. der Rückstand in der *Verwaltung*. Der Grundsatz geht hier dahin, durch Mechanisierung (Einheitsformular, Vereinheitlichung der Kartotheken, Registraturen, der Archive, Ausbildung der Schreib- und Rechenmaschinen, Arbeit mit gelochten Karten usw.) menschliche Arbeit für die Beobachtung des eigentlichen Fertigungsprozesses, der zeitlichen und geldlichen Kontrolle, für den Betrieb, die Kalkulation usw. frei zu machen. Das Resultat muss die *grössere Durchsichtigkeit* sein. Sehen wir uns aber einmal die heutigen Selbstkostenberechnungen oder Bilanzen an, wahre Muster an Undurchsichtigkeit, diplomatische Dokumente, und jeder wird sich selbst sagen können, inwieweit wir von Rationalisierung in der privatwirtschaftlichen Verwaltung sprechen können. Während wir es heute der Psychotechnik verdanken, dass von Jahr zu Jahr immer mehr Lehrlinge einer Eignungsprüfung unterworfen werden, der natürliche Kontakt zwischen Veranlagung und Anforderung schärfer gesucht wird, scheint hier die Ausbildung in unseren Schulen davon reichlich unbeleckt zu sein. Der „Organisatorenbund“, der eine Rationalisierung „von unten auf“ will, beklagte sich noch neulich bei uns, dass die ins Bureau kommenden Neulinge unter schwerem Gepäck der Wechsellehre seufzen, aber der Arbeit z. B. in der Registratur fremd gegenüberstehen, wie dann wiederum die bunte Vielheit von Registraturen bei Stellenwechsel mühevoller Umlernung erfordert. Ganz trostlos steht es um die *Verteilung*, den Handel, den Verkehr, das Geldwesen usw. Man muss sich z. B. wundern, dass, obwohl der verstorbene Bergarbeiterführer Hue bereits im Jahre 1919 ganz bestimmte Vorschläge gemacht hat, um dem bekannten Übelstand, dem unnützen und unrentablen Spazierenfahren von Kohlenzügen durch halb Europa, abzuhelpen, heute noch Kohle z. B. nach Kampfgebieten transportiert wird, und zwar unter Aufwendung für Frachten in einer Höhe, dass Fracht plus (ermässigt) Kampfprijs den normalen Kohlenbezugspreis übersteigen. Selbstverständlich muss das in der Wirtschaft in irgend-einer Übersetzung bzw. im Lohndruck zutage treten. Ebenso steht es um den Einkauf und die Lagerung, die bei uns noch immer ein Kapital in unverantwortlicher Höhe, unter Verzicht auf grosse Vorteile, absorbieren. Vom zentralen Einkauf und zentraler Verwaltung, wie Amerika es macht, von der weniger kostspieligen Lagerung gleichartiger Ware, vom Filialsystem der Verkaufsläden, geschweige von typisierten Läden sind wir weit entfernt. Unsere Warenhäuser sind, wenn sich auch bei ihnen zentraler Einkauf stark durchgesetzt hat, im Prinzip Stadtläden, nicht zu vergleichen mit den Postbestell-Warenhäusern, die wir vor dem Krieg (Jonas, Bial-Freund) in den Anfängen hatten, und wie sie Amerika in den letzten Jahren mächtig entwickelte. Zusammenfassend wäre vielleicht folgendes zu sagen: In der Verteilung ist bei uns eine Rückbildung eingetreten bzw. die Rückentwicklung nicht überwunden. Als Beweis dürften die Komplizierung des Warenweges (Übersetzung im Handel, Bankwesen usw.) und das veränderte Verhältnis zwischen Erzeuger-, Gross- und Kleinhandelspreis dienen, wie ja auch die Komplizierung in der Güterverteilung wesentliche Ursache der allgemeinen

Dauerkrise und für die Agrarkrise (einerseits hohe Detailpreise und zum Teil niedrige Erzeuger- bzw. Stallpreise, anderseits übersetzte Preise für landwirtschaftliche Bedarfsartikel) fast einzige Ursache ist. Wie tief sich der Krebs der Unwirtschaftlichkeit in die Verteilung eingefressen hat, mag daran zu ersehen sein, dass, wider alle Erwartung, eine unerhört hohe Umsatzsteuer hier so gut wie ohne Wirkung geblieben ist. Gute Anfänge können auf dem Gebiet der Verteilung höchstens die Genossenschaften buchen. Die Ausführungen dürften auch den wichtigen Zusammenhang zwischen Rationalisierung und einer zielbewussten Gesetzgebung zeigen.

Soweit die *Fertigung* betrachtet werden soll, ist zu beobachten, dass das Produktionsbild, wie jedes Bild, die *Summe* von einzelnen Linien und Farbtönen ist. So hat man fundamentale Grundsätze der Wirtschaftlichkeit von jeher auf fast allen Gebieten unserer Wirtschaft beobachtet. Nehmen wir das *biologisch-landwirtschaftliche* Verfahren. Fruchtwahl, Auswahl des Zuchtviehs und der Nährstoffe, Pflege des natürlichen und Verwendung des künstlichen Düngers, Weide- und Bewässerungswirtschaft usw. sind dem deutschen Landwirt geläufige Dinge, deren Kenntnis und Anwendung sich zweifellos in den „flüssigen“ Jahren der Marktentwertung erweitert haben. Wenn sich hier Rationalisierung in der Intensivierung und Überwindung der extensiven Landwirtschaft darstellt, trotz einer Feldeinteilung, z. B. in Thüringen, die eben der mittelalterlichen Gemeindefirtschaft entspricht und von dieser ja auch fast unberührt übernommen wurde, so ist das darauf zurückzuführen. Viel ist aber noch zu tun übriggeblieben, z. B. auf dem Gebiet der schnelleren Ernteverwendung, der Lagerung; zum Teil erheischt die notwendige Umstellung Ersetzung ganzer Kulturen, im Weinbau z. B. Einführung der widerstandsfähigeren „immunisierten“ Rebe, vermehrten Weizenanbau und verminderte Roggenproduktion infolge der „veränderten Geschmacksrichtung“ durch Verwendung einer unserem Boden und Klima angepassten Weizenart, um von der 1925 erreichten „theoretischen Getreidebedarfsbefriedigung“ zur praktischen zu kommen, Saatenschädlingsbekämpfung auf der Linie der in Leverkusen seit Jahren aufgenommenen Versuche usw. Im übrigen hat sich in der Landwirtschaft in Bestellung, Ernte, Zwischenlockerung des Bodens die *Ersetzung der menschlichen Kraft durch mechanische* nicht in dem Tempo vollzogen, das man wohl erwartete. Die Mechanisierung der Landwirtschaft schreitet nur recht langsam fort, zum Teil hört man nach guten Anfängen nichts mehr davon, obwohl sie, wie der kürzlich vom Reichsverkehrsministerium und Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Hertefelde bei Nauen veranstaltete Wettbewerb für Kleinkraftschlepper bewies, technisch annehmbare Voraussetzungen hat. Hier erklärt sich der Widerstand gegen eine Industrialisierung der Landwirtschaft zum Teil aus den unmöglichsten Gründen. So scheint man den industrialisierten Landarbeiter übel zu empfinden, und rein agrarische Länder, z. B. Mecklenburg, verfolgen u. a. mit Hilfe einer ungeheuerlichen Regelung der Hauszinssteuer das Ziel, die Bevölkerung des platten Landes nicht zu vermehren. Man will lieber extensiv mit billigsten polnischen Sachsengängern arbeiten. Diese Erscheinung ist, wie wir weiter sehen werden, grundsätzlich zu werten. Zu beachten ist aller-

dings auch die mit der Agrarkrise zusammenhängende Preisfrage und — was sehr wesentlich ist — die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Bezeichnend dafür ist eine Äusserung der Hanomag (früher Egestorff-Hannover) in ihrem Geschäftsbericht 1924/25, wonach sie, trotz möglicher Modernisierung des Betriebes (Serienbau usw.), selbst in Deutschland nicht mit ihren Motorradschleppern die Konkurrenz mit den amerikanischen Schleppern aufnehmen konnte.

Der Landwirtschaft gegenüber haben die beiden anderen Verfahren in der Fertigung, das *physikalisch-mechanische* und das *chemische*, den Vorteil leichterer Spezialisierung. Unsere chemische Industrie hat sozusagen die Spezialisierungsvertrusting (I.-G.-Fabren-Konzern) Herbst 1925 vollzogen. Sie ist an und für sich, aus ihren Voraussetzungen heraus, für die fließende Arbeit, das gegenwärtig besonders betonte Merkmal der Rationalisierung, und die Organisation der Massenproduktion geeignet. Ähnliches will sich in der Montanindustrie vollziehen. Die sich zeigende Entwicklung zum Spezialisierungstrust ist keineswegs als Einzelercheinung zu werten. In anderen Formen ist sie auf anderen Gebieten weiter gekommen, in der Papierbearbeitungsmaschinenindustrie z. B. nach Möglichkeit restlos durchgeführt. Sehr wahrscheinlich läuft gegenwärtig die äussere Organisation, was bis zu einem gewissen Grad nicht zu vermeiden ist, der inneren Organisation, der Rationalisierung selbst, gerade auf physikalisch-mechanischem Gebiet voraus. Wir können so zu blossen Trusten kommen, ohne die Rationalisierung wesentlich zu fördern. In diesem Sinne wäre der Trust, an und für sich bei uns im Kartell stehend, vermehrtes Kartellübel. Hat nun das chemische Verfahren von Haus aus für die Rationalisierung ganz allgemein bessere Voraussetzungen, so verfügt das physikalisch-mechanische Verfahren auf vielen Gebieten über *einen gewissen Abschluss*. Wir verweisen nur auf den hohen Stand unserer Wärmewirtschaft. Von Fortschritten in der Wärmewirtschaft haben auch Einzelunternehmungen starken Gebrauch gemacht und profitiert. Die Eisen- und Stahlindustrie zeigt hier zum Teil Vorbildliches. Die Ausdehnung auf andere Wirtschaftsgebiete, besonders auf solche, die in weitem Masse Koch- und Heissdampf benutzen, scheint sich aber schwer zu vollziehen. Ebenso steht es um die Anwendung der *fließenden Fertigung*. Hier fehlt im grossen und ganzen die Ausbildung der *Ein-Fabrikat-Arbeitsmaschine*. Auch steht man der *Assimilierung der „Kette“* an unseren Markt und Bedarf, wo die amerikanische fließende Fertigung nicht sklavisch kopiert werden kann, also der Ausnutzung von Teilvorteilen, z. B. Montage verschiedener Typen auf demselben Band, ziemlich hilflos gegenüber. Im übrigen haben wir schon Betriebe, die, wie Generaldirektor Neuhaus sagt, mit fliegenden Fahnen ins Lager der Rationalisierung übergegangen sind. Wir haben aber auch Betriebe, wo alles, was Rationalisierung angeht, „sauer riecht“. Ein *einheitliches Bild ist kaum zu gewinnen*; z. B. ist unsere Metallindustrie weiter als die Textilindustrie, wo u. a. der Antrieb im argen liegt. Und selbst in den einzelnen Industrien unterscheiden sich die Sparten; in der Textilindustrie ist anscheinend die Feintuchweberei wieder am rückständigsten, die am lautesten nach Zöllen gerufen hat.

Wenn das deutsche Produktionsbild (Arbeitsmethode, Preisbildung und Grad der Kaufkraft) sich unter Einfluss der Rationalisierung bisher nicht wesentlich

verändert hat, so wird das häufig auf den *Mangel an Kapital* zurückgeführt. Sicher spielt diese Tatsache eine Rolle, aber, wie die Textilanleihe und die Kalianleihe im Dezember 1925 bewiesen haben, *keine ausschlaggebende*, besonders nicht in Industrien, für die der vorhandene Markt beste Voraussetzung für Rationalisierung ist. So liegt ohne Zweifel ein *grosser Teil der Auslandskredite in der Rationalisierung*, besonders in Betrieben der eigentlichen Fertigung, fest, und zwar in vielen Fällen, wie es scheint, *einfach hoffnungslos*. Die Tatsache, dass Betriebe wie die Aga oder Unternehmungen wie der Kahn-Konzern, der sicher denjenigen zuzuzählen ist, die mit „fliegenden Fahnen ins Lager der Rationalisierung“ übergingen, „fertig“ sind, hat das *Tempo*, mit dem unsere Fertigung die amerikanischen Methoden übertrug, sehr, sehr *verlangsamt*, fast jede Unternehmungslust erschlagen. So haben wir innerhalb der allgemeinen Krise die schönste *Rationalisierungskrise*. Beispiele warnen; man ist abgeschreckt: Betriebe, die mit Feuereifer an die Umstellung gingen, sind „kaputt“; wo der alte Trott weitergeht, lebt man. Und doch ist die Rationalisierungskrise, wie wir den gegenwärtigen Zustand nennen wollen, die natürlichste Sache von der Welt. Die Wirtschaftsgeschichte hat Ähnliches nach der Befreiung Südamerikas erlebt, als der Kreditstrom aus der Londoner City zur grossen Krise von 1825 führte, und in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo sich die im deutschen Bahnbau investierten Millionen ähnlich auswirkten. Es handelt sich hier um Störungen in der traditionellen Wirtschaftsstruktur, um Revolutionen im Wirtschaftskörper. Wenn wir z. B. durch die Fliessarbeit auf bestimmten und *einzelnen* Gebieten, wie das heute durchweg der Fall ist, mehr produzieren und die vermehrte Produktion, sei es infolge einer übersetzten Preisbildung in der Vorfabrikation — in der Autoindustrie stehen die Materialpreise, was geradezu bezeichnend ist, über Friedensstand, die Autopreise, trotzdem sie auf dem Auslandmarkt noch lange *nicht* wettbewerbsfähig sind, unter Friedensstand — oder infolge Zollschranken usw. nicht absetzen können, so bedeutet das Vermehrung des Inflationsfettes, *Vermehrung der Produktionsmittel, ohne sie rentabler gemacht zu haben*. Man hat, weil man tatsächlich die Kaufkraft nicht steigern konnte, *ins Leere rationalisiert*. Das ist nicht nur in Deutschland der Fall, sondern in ganz Europa festzustellen. Die hereinströmenden Auslandskredite mussten die Preise steigern. *Dadurch ist sich tatsächlich in ganz Europa, was zahlenmässig bewiesen werden kann, das Lohnniveau im Jahre 1925 gleichgeblieben*. Einer konstanten Kaufkraft stand eine vermehrte Produktion gegenüber, d. h. die Rationalisierung ist, soweit sie durchgeführt wurde, nicht dem Markt zugute gekommen; die Mehrproduktion konnte nicht auf die Fertigung rückübertragen werden und dort die erweiterte Ausnutzung der „rationalisierten Substanz“ auslösen. Auf einen bestimmten Fall bezogen, dürfte man vielleicht sagen: *Die Maschine konnte nicht funktionieren, weil sie mit Vorindustrien arbeitete, die nicht entsprechend von der Rationalisierung erfasst sind, und weil sie eine trostlos rückständige Verteilung vorand, die die Ersparnis in der rationalisierten Fertigung absorbierte; was nichts anderes bedeutet, als dass Auslandskredite, ursprünglich in die Produktion gesteckt, dem Konsum zugeführt wurden*. Wenn sich bei uns die Rationalisierungskrise schärfer ausprägt

als anderswo, so hat nach den Feststellungen des Normenausschusses der deutschen Industrie unsere Verteilung, über deren Verhältnis zur Rationalisierung ja bereits oben das Nötige gesagt wurde, auch das Kunststück fertiggebracht, z. B. Einheitsteile von Haus aus billiger als nicht genormte Teile, als *Sondererzeugnisse* zu betrachten und *teurer zu verkaufen*. Eine solche Preispolitik muss ohne weiteres den bei uns grassierenden Konservativismus, der wie Pech an der nun einmal eingeführten Ware (dem berühmten Markenartikel) hängt, stärken, der seinerseits wiederum die *Bereinigung in der Fertigung masslos erschwert*. Gerade die öffentlichen Stellen sind von ihm infiziert; ihre Vorschriften bei Vergebung von Aufträgen, z. B. von Tuchen, zwingen geradezu zur *Konservierung veralteter Maschinenparks*. Die anerkennenswerten Arbeiten des *Reichsverdingungs Ausschusses*, die allerdings Zweige des Bauwesens und Bauhandwerks, der Klempner-, Tischler-, Schlosser-, Maler-, Töpfer-, Installations-, Brunnenbau-, Steinsetzerbis zu den Gärtnerarbeiten umfassen, stehen immer noch allein, und von dem Ziel, der Aufstellung von *einheitlichen Lieferbedingungen*, die die Bestellung wesentlich vereinfachen und eine Sicherheit für die Güte des verwendeten Stoffes geben, sind wir noch sehr weit entfernt. In Anerkennung der Wichtigkeit von Lieferbedingungen für die gesamte deutsche Wirtschaft wurde im April 1925, allerdings von allen Spitzenverbänden der deutschen Industrie, des Handels und Verkehrs gemeinsam mit den behördlichen Beschaffungsstellen, Handelskammern usw., der *Ausschuss für Lieferbedingungen* gegründet, in dem heute bereits über 30 Standardblätter für alle Gebiete der Wirtschaft in Bearbeitung und vier Blätter auch schon fertiggestellt sind. Aber das ist nur Anfang. Gegenüber unserer Konkurrenz auf dem Weltmarkt stehen wir weit zurück: In den Vereinigten Staaten von Amerika ist es durch die Initiative von Hoover gelungen, den dort zunächst für die Regierung geschaffenen Lieferbedingungen allgemeine Verbindlichkeit auch in der gesamten Privatwirtschaft zu verschaffen. Jetzt geht man drüben sogar dazu über, gemeinsam mit Mittel- und Südamerika panamerikanische Lieferbedingungen aufzustellen. England, Frankreich, Russland und eine Reihe anderer Länder haben ebenfalls für ihre Zwecke in mehr oder weniger umfangreicher Weise Lieferbedingungen geschaffen. Vielleicht dürften diese Ausführungen, die wir zum Teil dem bekannten Spezialisten für Lieferbedingungen, Herrn Präsidenten Dr.-Ing. Hammer, verdanken, grössere Klarheit über das Wesen der Rationalisierungskrise und die Wege zu ihrer Abhilfe schaffen.

Unserer Auffassung nach, die von vielen Kennern der Dinge geteilt wird, legt man, wenn die Rationalisierung bei uns nicht das gewünschte Tempo hat, dem *Kapitalmangel zuviel Wert* bei und übersieht die *geistige Einstellung des deutschen Industriellen*. Der deutsche Industrielle war vor dem Krieg in gewissem Ausmass saturiert; wir hatten einen gewissen Rhythmus in unserer Wirtschaft, so dass alles sozusagen von allein lief. Durch die mühelose Kriegskonjunktur und die Stellung unserer Industrie im Umwandlungsprozess des deutschen mobilen Vermögens und des Arbeitsertrages in Devisen zwecks Ausgleichung der Bilanzen während der Inflation wurde der Philister so etwas wie Jobber. Sein Gebiet war „draussen“, sein Hauptquartier das Berliner Luxushotel. In den tollsten Jahren

bohrte aber im Unterbewusstsein dieses Jobbers die tastende Erkenntnis für die Notwendigkeit einer Umstellung. Vielleicht ist so manche Halle und Mauer *nicht aus steuerlichen Erwägungen* gebaut und gezogen worden, sondern aus einer gewissen ökonomischen Überlegung heraus, der allerdings die frühere *Sicherheit des Instinkts völlig fehlte*. Daher die während der Inflation errichteten Neubauten, Ergänzungen des Maschinenparks, die „Verwissenschaftlichung“ der Betriebe durch Anstellung von Volkswirten, Errichtung von Tausenden von Normungsbureaus usw. Hier liegen auch gute Anfänge der Rationalisierung. Andere, z. B. die Reichsteins, die AEG. (Rathenau), haben systematisch zum mindesten sofort nach dem Krieg Rationalisierungsprogramme aufgestellt und zu verwirklichen begonnen. Dann kam der Umschwung im Stabilisierungsjahr, gekennzeichnet durch vermehrte, aber auch verteuerte Produktion und dezimierten Absatz. Er verhalf wohl dem Grundsatz zu Ehren, dass der *Industrielle jetzt wieder im Betrieb mehr verdienen* kann als draussen, und der Industrielle ging wieder in den Betrieb. Vielleicht hat manch einer sich seinen vorsintflutlichen Maschinenpark damals wieder nach langer Zeit zum erstenmal genauer und als Skeptiker angesehen. Und doch *blieb* der deutsche Industrielle eigentlich „draussen“. Bis heute noch. Das beweist die Einbildung, die Dinge durch Mittel der traditionellen kaufmännischen Raffinesse, durch eine degenerierte Verteilung meistern zu können, weiter der bergeversetzende Glaube an die Kartellierung, die Preis- und Marktexperiment ist, das vielfach aber kaum für die Erhöhung der Differentialrente — je billiger unter dem Kartellpreis produziert wird, desto höher ist der Gewinn — ausgenützt wird. Das beweist (der Betrieb selbst ist nur Technik und Organisation) das unbefriedigende Verhältnis unserer Industrie zur Technik, die *Vernachlässigung des Technikers* gegenüber dem Kaufmann, der auf seiner Jagd nach diesem oder jenem oberfaulen Geschäft viel mehr an Aufwendungen verbraucht als jener. Vielfach hatte auch die übertriebene Konzentrierung zur Folge, dass die Zahl der kaufmännischen Direktoren überwucherte — in einem uns genau bekannten Falle eines rheinischen Textilkonzerns entfallen 16 Direktoren, zum Teil ehemalige selbständige Fabrikanten, auf rund 7000 Arbeiter; davon, von den Direktoren, sind drei Viertel nur Kaufleute — so dass für technische Kräfte auf dem Gehaltskonto mit dem besten Willen kein Platz blieb. Der Chemietrust hat 50 Aufsichtsräte, von denen jeder doppelt soviel an Vergütungen einnimmt als ein Direktor bei der englischen Waffenschmiede Vickers, wo die Bezüge im Dezember 1925 halbiert wurden. Dass zu gleicher Zeit Forschungsinstitute, z. B. ein bekanntes chemisches Institut in Berlin oder unsere Faserforschung, verkümmern, „weil die Industrie sparen muss“, ist ein besonderes Kapitel. Ähnliche Beispiele könnten en masse angeführt werden. Es wäre nun töricht, den Konzern oder den Trust als Faktor im Rationalisierungsprozess übersehen zu wollen; wir haben auch keine Ursache, die positiven Erfolge z. B. des Glühlampentrustes zu leugnen oder die Notwendigkeiten einer Umstellung, wie sie sich im Farbenkonzern vollzieht, und wie sie durch den Montantrust eingeleitet werden soll, zu bestreiten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der grösste Teil der deutschen Industriellen in der Kartellierung alles andere als ein Mittel zur Ra-

tionalisierung sieht, dass unsere Kartelle zum grössten Teil aus einer *zünftlerischen Einstellung heraus* bestehen, und dass der Zunftmeister von anno Tobac den Markt kaum anders zirkeln würde, als es unser Industrieller tut, den eine *Psychologie des Grünkramladens*, eine bedauernswerte geistige Rückbildung von dem *Industrielöwen von einstmals trennt*. Aus dieser Perspektive gesehen, lässt sich vieles erklären, was schlechterdings heute unerklärlich sein müsste. So ist z. B. das, was in den Betrieben vorher geleistet worden ist (in der Zeit der Inflation), zum Teil gefallen. Aus vielen Betrieben wird berichtet, dass, als der Druck der Stabilisierung kam, zuerst die während der Inflation errichteten Normungsbureaus „als unrentabel“ abgebaut wurden. Das spricht Bände. Es erwies sich, dass diese Bestrebungen in der Inflation doch mehr Luxus waren, Mode, die mitzumachen man sich verpflichtet fühlte, weil man es sich leisten konnte. Dass die Ansicht gegenüber der Rationalisierung usw. vom „unnütigen Brotesser“ und der „Spielerei“ heute tatsächlich noch besteht, dafür ein Beispiel: Ein grösseres Werk hat einen Wirtschaftlichkeits-Ingenieur, der monatelang — *den Betrieb nicht zu sehen bekommt*. Kann man sich da wundern, dass, als der Kali-Antiblock vor Monaten die Einheitsgruppe übernahm, die Schächte der Gruppe — nach Ausführungen des Generaldirektors Korde — in jammerbarem Zustand waren. Dabei ist zu wissen nötig, dass gerade im Kali Modernisierung Rentabilität heisst, dass der Kali-Industrie aus den Preisen sicher das entsprechende Kapital zwecks Neuinvestierung zur Verfügung stand und für die Einheitsgruppe überdies infolge ihrer amerikanischen Verbindungen Kapital erreichbar war. Man wollte nicht, weil es auch so ging. Wie der deutsche Industrielle in Wirklichkeit der Entwicklung gegenübersteht, beweisen Darlegungen, die, hier inhaltlich genau wiedergegeben, Oberingenieur *Gramenz* am 5. Dezember 1925 in der Jahresversammlung des Normenausschusses der deutschen Industrie machte: „Nachdem die Dinormen auf einer Reihe von Gebieten seit längerer Zeit abgeschlossen vorliegen, sah der Normenausschuss es als eine seiner wichtigsten und dringendsten Aufgaben an, die Einführung der Normen in die Praxis zu fördern. Der Vortragende hat im letzten Jahr etwa 180 deutsche Firmen besucht und bei diesen Besuchen gefunden, dass die Einführung der Dinormen bereits bei zahlreichen Firmen erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Bei einer Reihe von Firmen allerdings stehen der Einführung der Dinormen noch gewisse Hemmungen entgegen. Sachliche Schwierigkeiten ersterer Natur konnte der Vortragende bei seinen Besuchen nicht feststellen. Überall da, wo ein *entschlossener Wille* zur Einführung der Dinormen vorhanden war, sind die sich der Einführung entgegenstellenden Hemmungen auch stets in der einen oder anderen Weise überwunden worden. Ein Mangel ist vielfach der, dass die mit der Aufgabe der Einführung der Normen in die Betriebe *beauftragten Personen* den vielseitigen Anforderungen dieser Aufgabe nicht gewachsen sind. Der Normeningenieur muss neben grossen Erfahrungen in Konstruktion und Betrieb über ein hohes Mass von Festigkeit und Takt in Verhandlungen verfügen. Leider wird den mit der Durchführung der Normung betrauten Personen häufig *nicht diejenige Stelle* innerhalb der Betriebe eingeräumt, die ihnen den nötigen Einfluss gibt, der für die erfolgreiche Durch-

führung der Arbeiten notwendig ist. Der Vortragende bezeichnet es als eine der Hauptaufgaben, dass sich die deutsche Industrie die für die Einführung der Normen notwendigen Kräfte heranzieht. Die Normung ist in einem Zeitraum von wenigen Jahren zu einem ausgedehnten Wissensgebiet geworden, so dass man nicht mehr erwarten kann, dass ein jeder Ingenieur neben seinen Tagesaufgaben sich noch mit allen Fragen dieses Gebietes vertraut macht. Wo also in kleineren Betrieben die Verhältnisse nicht ermöglichen, einen besonderen Ingenieur ausschliesslich mit den Fragen der Einführung der Normen in die Praxis zu betreuen, hat sich wiederholt als zweckmässig erwiesen, diese Aufgaben einem der Zivilingenieure zu übertragen, die sich neuerdings dieser Sonderaufgabe zugewandt haben. Am Schluss seines Vortrages wies der Vortragende darauf hin, welche Fortschritte die Anwendung der Dinormen bei einigen von ihm *besuchten Firmen des Auslandes* gemacht hat, und dass die Gefahr besteht, dass die auf dem Gebiet der Normung geleistete gründliche deutsche Arbeit, wie in so vielen anderen Fällen, dem Auslande eher zum Nutzen gereicht als der deutschen Industrie, wenn diese *nicht zielbewusst die Wege beschreitet*, die zur Einführung der Normen notwendig sind.“ Wir hatten den Gramenzschen Ausführungen gegenüber das Gefühl, als ob er sich Zwang antat und vieles verschwieg. Es berührt schon eigentümlich, dass ein grösseres Werk den Besuch des Beauftragten des Normenausschusses, eben den Besuch des Oberingenieurs Gramenz, als „Inquisition“ ansprach und *ablehnte*. Im übrigen bestätigte Dr. Gramenz, dass vielfach die Rationalisierungsbestrebungen, besonders die Normungsbureaus, dem Abbau zu allererst zum Opfer fielen. Von den 180 Fabriken bzw. Firmen, über die Gramenz berichtete, haben 55 Prozent mit Dinormen überhaupt noch keinen Versuch gemacht. Von den restlichen 45 Prozent ist ungefähr folgendes zu sagen: Es gibt Einzelfabriken, die ihre ganze Fabrikation auf die Dinormen eingestellt haben. Bei jeder neuen Konstruktion wird grundsätzlich der Konstrukteur in einem ganz bestimmten Umfang (bis zu 80 Prozent) auf die am Lager befindlichen Normen verwiesen. Selbst bei den Transmissionen usw. sind die Dinormen berücksichtigt. Solche Betriebe sind aber im Grunde genommen weisse Raben. Wie es sonst steht, dafür nur zwei von Gramenz mitgeteilte Beispiele: Zwei Firmen, die 4000 bis 5000 Mann bzw. 10 000 Mann beschäftigen, unterhalten je ein Normungsbureau. Die beiden Bureaus sind je mit 1 — in Buchstaben: einem — Mann besetzt, der wahrscheinlich für die Normung aber so gut wie gar nichts leistet; denn der eine dieser Unglücksvögel wird nebenbei noch als Hilfskonstrukteur und der andere auf dem Gebiete der Patentanmeldung beschäftigt. Das dürfte wohl für die Kennzeichnung des Verhältnisses des deutschen Industriellen zur Rationalisierung vollauf genügen.

Der deutsche Industrielle ist heute tatsächlich das grösste Hindernis für eine wirkliche Rationalisierung. Die von den meisten Industriellen ins Feld geführten Argumente *gegen* die Rationalisierung sind bekannt. Köttgen fasste die wichtigsten in der letzten Versammlung des Reichskuratoriums dahin zusammen: „Von vielen Seiten wird immer wieder darauf hingewiesen, derartige Fabrikationsmethoden, überhaupt die Herstellung in Mengen, schliessen Qualitätsarbeit aus, und letzteres

sei doch nun einmal der Vorzug der deutschen Industrie gewesen. Dieser Gedankengang wurde vor kurzem einmal in den Vergleich zusammengefasst: Die Amerikaner seien Konfektions- und wir Massschneider. In diesem Abprechen der Qualität liegt einerseits eine nicht berechnete Herabsetzung dieser neuen Methode und auch eine gewisse selbstgefällige Überhebung, und daher die Gefahr, dass man sich die Vorteile der neuen Methode nicht zunutze macht. Massherstellung, fließende Fertigung schliessen durchaus nicht die Herstellung von Qualitätsware aus. Keiner ist gehindert, hierbei allerbestes Material zu verwenden. Die Genauigkeit der Arbeit kann bei den einzelnen Arbeitsmaschinen beliebig hoch gesteigert werden. Nichts hindert, in den Fertigungsgang so viele Revisionsstellen bezüglich Genauigkeit und Güte des Teilfabrikats einzuschalten, wie es die gewünschte Qualität bedingt. Bei dem Zusammenbau auf fließendem Bande ist sogar Genauigkeit der Bearbeitung besonders erwünscht, damit der Zusammenbau ohne Hinderung, vor allem ohne jede Nacharbeit vor sich geht. Im übrigen bezeugen sehr hochwertige Fabrikate, die in fließender Fertigung mit Montage auf Band hergestellt werden, z. B. Elektrizitätszähler, Telephonapparate u. a., dass das gewünschte Qualitätsziel einwandfrei erreicht werden kann.“ In den meisten Fällen steckt hinter dem Massschneider der rückständige Industrielle, für den z. B. die gegenwärtige Rationalisierungskrise eine gefundene Entschuldigung ist, keineswegs aber Zwang zur Lösung des Problems bedeutet, und der sich mit der Illusion tröstet: Bleiben wir beim alten, es hat bisher gut gegangen und es wird weiter gut gehen. *Der stärker werdende Zwang des Marktes aber, billiger zu fabrizieren, führte dann aus dieser Psychologie heraus zu den bekannten Experimenten, durch Kürzung des auf den Arbeiter entfallenden Arbeitsertrags die Konkurrenz mit der rationellen Fertigung, d. h. den Wettlauf zwischen Muskel und Motor, aufzunehmen.* Der Schrei unserer Industriellen nach einer Rückbildung vom Tarif und der Schiedsgerichtsbarkeit zum Individuallohn, zum sogenannten freien Arbeitsvertrag, ist *keineswegs zufällig* und geht auf diese Zusammenhänge zurück. Man will es eben mit rein mechanischen Mitteln schaffen, d. h., da man die durch Technik und Organisation gebotenen Mittel verschmählt, *nicht menschliche Kraft ersparen, sondern verschwenden.* Der Bettler wird hier wieder einmal zum Verschwender, und kein anderer als *Taylor* ist es gewesen, der eindringlich vor einer Methode gewarnt hat, die vielen Industriellen bei uns als das natürlichste und gebotenste Ding von der Welt gilt. Es ist doch geradezu bezeichnend, *wie unsagbar schwer es ist, alles das, was in Gemeinschaftsarbeit für die Rationalisierung an Vorarbeiten geleistet worden ist, den Fachverbänden näherzubringen, während sie alle, aber auch alle, dabei sind, wenn der Reichsverband der deutschen Industrie einen Kartelltag inszeniert oder mit Wirtschaftsprogrammen* — das letzte, vom Dezember 1925, ist, soweit das Gebiet der Rationalisierung in Frage kommt, ein ganz besonderer Anachronismus — *eine Attacke gegen eine Entwicklung auf sozialem Gebiet reitet, die ebenso unauhaltsam ist wie die fließende Fertigung.* Die Fliessarbeit, die Steigerung der Produktion pro Kopf, ist, darüber muss sich der deutsche Arbeiter klar sein, eine Erzwingung von Maxima, gewissermassen eine Ausschaltung alles

Organischen infolge des *Hineinsetzens der Muskel in das Höchsttempo einer Maschinengruppe*. Allein schon die physiologische Seite des Arbeitstages, die Notwendigkeit, schneller verbrauchte Leistungsfähigkeit und Energie genügend zu ersetzen und wiederherzustellen, muss zu einer Auffassung der Dinge auf sozialem Gebiet, der Höhe des auf den Arbeiter entfallenden Arbeitsertrags und der Dauer des Arbeitstags führen, die der unter unseren Industriellen wütenden Abbau-Epidemie stracks zuwiderläuft. Ohne weiteres ist, grundsätzlich gesehen — und die tatsächliche Entwicklung im Rahmen der Fließarbeit beweist, dass hier keineswegs phantasiert wird —, der Washingtoner Pakt grösste Rückständigkeit. *Es gehört mit zur Beantwortung der Frage, wie weit wir mit unserer Rationalisierung sind, wenn wir feststellen, dass die deutsche Arbeiterschaft volles Verständnis für den Übergang von den Faustregeln zum rationellen Verfahren besitzt, dass sie sich selbst nicht gegenüber seiner abstossendsten Form, der regelrechten Kette, gesträubt hat.* Dem wird die Entwicklung auf sozialem Gebiet (gleiche und dauernde Maxima, aber auch gleiche und erhöhte Löhne, gleiche und verkürzte Arbeitszeit, vermehrter Schutz auf dem verengten Arbeitsmarkt und gegenüber dem vergrösserten Risiko der Arbeitslosigkeit) entsprechen müssen. *Und es gehört mit zur Beantwortung der Frage, wie es um die Rationalisierung bei uns steht, wenn wir feststellen, dass die jüngst eingeleitete Aktion gegen den Achtstundentag usw. und die vielen, z. B. in Südwestdeutschland erfolgten Lohnkürzungsdiktate wirklich nicht von tiefem Einblick des deutschen Industriellen in das eigentliche Wesen der Rationalisierung zeugen und zu gegebener Zeit zu Hemmungen in dem Entwicklungstempo der Rationalisierung führen müssen, die von schwersten Schäden begleitet sein werden.*

Bei der Midrale Steel Co. hat der Kreis um Taylor 26 Jahre (es wurden unter einem Kostenaufwand von 150 000 bis 200 000 Dollar und einem Verschleiss von 400 000 Kilogramm Stahl allein annähernd 50 000 Versuche protokolliert) gebraucht, um zu rationellen Methoden zu kommen, Metalle maschinenmässig zu bearbeiten. Rationalisierung ist ein Ding, das seine Zeit und noch vieles andere haben will. Amerika hat nun die von uns Deutschen so sehr beanspruchte organische Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft durch einen *natürlichen Kontakt zwischen Wirtschaft und Technik* hergestellt. Dieser Konnex ist heute in Deutschland unterbrochen, in einer seltsamen Verkennung der Tatsache, wie Lüddecke sagt, dass die Formel für Stickstoff und *nicht* das Kapital die Grundlage des Leunawerkes ist. *Es ist Wahnsinn, Technik durch Zeit, Geist durch Schweiss und niedrigeren Lebensstandard ersetzen zu wollen.* Sicher bedeutet der Schritt zur Wirtschaftlichkeit Erschütterungen (die gegenwärtige Rationalisierungskrise wird nicht die letzte und wohl auch nicht die grösste sein), bis wir uns von Traditionen gelöst haben, die eben nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen. Soweit wir die Rationalisierungskrise selbst im Auge behalten, ist es ziemlich selbstverständlich, dass jeder Wirtschaftszweig bzw. jeder Betrieb, der sich auf die Mehrproduktion einstellt, bei der gegenwärtigen Voraussetzung auf einen, die Steigerung nicht verdauenden Markt stösst. Das liegt eben in der Natur der Sache, der *absoluten* Produktionssteigerung selbst, und wird so lange andauern,

solange das Prinzip der Bedarfsdeckung und der Arbeitsteilung in der Welt Ideologie bleibt. Im übrigen kommen spezifisch deutsche bzw. europäische Verhältnisse in Frage. Selbst Amerika, das uns heute als das rationelle Land erscheint, steckt hier auch noch in den Kinderschuhen. Der Arbeitssekretär Davis führt in seinem letzten Jahresbericht (Anfang Dezember 1925) u. a. folgendes aus: „Eines der grossen Bestandteile des Arbeitslosenproblems ist der gegenwärtige überentwickelte Zustand einiger unserer Grossindustrien. Unsere schöpferische Maschinerie und das Betriebsmaterial in vielen dieser Industrien können nicht 300 Tage im Jahr laufen und einen Vorrat erzeugen, der weder in diesem noch in einem anderen Lande verkauft werden kann.“ Für das Gesagte führt der Rapport einige Beispiele an: Die letzte allgemeine Volkszählung weist 1570 Stiefel- und Schuhfabriken in Amerika nach. Von diesen produzieren 227 Fabriken (gleich 14,5 Prozent) genau 65,6 Prozent aller überhaupt gearbeiteten Schuhe. Wenn diese 227 Fabriken voll in Anspruch genommen werden, könnten sie 95 Prozent aller jetzt produzierten Schuhe herstellen. Sie bieten die Möglichkeit, wie Davis in seinem Bericht bemerkt, den ganzen Schuhbedarf Amerikas zu befriedigen. Ähnlich steht es um die Mühlenindustrie. Es gibt in Amerika 8019 Mühlen. 228 (gleich 2,8 Prozent) beschäftigen 42 Prozent der gesamten für die Mühlenindustrie in Frage kommenden Arbeiterschaft und stellen 62,1 Prozent der Produktion her. Diese Mühlen verarbeiten pro Arbeiter in einem Jahr 8764 Tonnen. Wenn sie voll beschäftigt werden können, so heisst es in dem Rapport, können sie praktisch alle Mühlenprodukte herstellen, die wir aufzählen können. Sekretär Davis führt alle kennzeichnend für die ganze amerikanische Industrie die Bedingungen der Erdpech- und Kohlenindustrie im Staate Illinois an. Es heisst über sie, dass 254 der 338 Hauptgruben in diesem Staate einen unnötigen Aufwand an Geld darstellen. Davis kommt zu der Schlussfolgerung, dass in jeder Industrie die Zahl der Betriebsanlagen verringert werden müsste, und zwar bis zu einem Zeitpunkt, wo jedes Werk wenigstens 50 Wochen im Jahr arbeiten kann. Die unnötigen Gruben- und Betriebsanlagen müssen geschlossen oder in Reserve gehalten werden. Dem Ziel entspricht in Amerika ja auch tatsächlich die Verringerung der Betriebe. Die Konzentration hat sich z. B. in der Autoindustrie derart stark vollzogen, dass wir eigentlich nur noch drei Autotrüste haben. Selbstverständlich hat eine ähnliche Entwicklung bei uns auch rein sachliche Hemmungen, auf die zum Teil bereits hingewiesen worden ist. Gegenüber Amerika sind alle europäischen Länder gehandicapt, vor allem des begrenzten Marktes wegen. Bei uns produzieren Opel, Brennabor und Aga weit über 100 000 Autos pro Jahr; die Ford-Motor-Co., nach ihrer letzten Umstellung im Herbst 1925, die weitere Fortschritte in Normung und Typung gebracht hat, nicht weniger als 9000 bis 10 000 Autos und Schlepper pro Tag. Heute ist ein Ford-Betrieb nicht nur in Deutschland, sondern auch im übrigen Europa, die Fordschen Fehlschläge z. B. in Dänemark beweisen das, eine unmögliche Sache. Das spricht aber nicht dafür, dass die bei uns so viel debattierte eine Schraubenfabrik unmöglich ist. *Vielmehr dürfte es richtig sein, dass der Schwerpunkt der Rationalisierung, nachdem sie sich in der Fertigung fürs erste einmal heissgelaufen hat und nach Lage der Dinge heisslaufen musste, sich nach*

der Verwaltung und Verteilung verschieben muss, mit dem grossen Endziel, dass Europa sich einen ähnlichen Markt schafft, wie ihn Amerika hat. Das ist auch Zwang und Notwendigkeit, wenn das Wirtschaftstempo der U. S. A. nicht eine tödliche Gefahr für uns werden soll. Wird die Rationalisierungskrise, die in Europa tobt, *diese Lehren zeitigen*, dann sind die auf vielen Gebieten festzustellenden Opfer nicht vergebens gebracht, und das alte Europa kann dann durch eine Entwicklung gehen, in der die Maschinengruppe, die Rationalisierung, eine ähnliche, vielleicht grössere Bedeutung für die Wirtschaft und Gesellschaft haben wird, als sie einstmals die Maschine gehabt hat.

ZUKUNFTSAUFGABEN SOZIALISTISCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Von FRITZ BAADE

I.

Durch den Krieg ist der weltwirtschaftliche Gütertausch aller Völker, der 1914 eine bestimmte, sehr hoch entwickelte Organisationsform erreicht hatte, zunächst vernichtet und dann nach Abschluss des Krieges auf neuen Grundlagen wiederaufgebaut worden. Alte Handelsbeziehungen sind zerstört, alte Märkte in ihrer Aufnahmefähigkeit geschwächt, neue haben sich gebildet oder sind im Begriff, sich herauszubilden. Ganze Industriezweige sind neu erstanden, andere haben ihren Standort in der Weltwirtschaft entscheidend geändert. Industrien, von denen Hunderttausende von Menschen lebten, und die in dem Haushalt eines ganzen Kontinents eine entscheidende Rolle spielten, haben einen grossen Teil ihrer Absatzmärkte verloren. Die Verschuldung der Kontinente gegeneinander hat sich von Grund auf umgekehrt. Agrarländer sind auf dem Wege zur Umwandlung in Industrieländer, Gläubigerländer haben sich in Schuldnerländer verwandelt.

Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft, der den so radikal verwandelten Bedingungen Rechnung zu tragen hat, ist aber gleichzeitig auf das äusserste erschwert durch die überall zu beobachtende reaktionäre Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideologien. Anstatt den Wiederaufbau durch weitest gehende Beseitigung aller Schranken möglichst zu erleichtern, hat die nationalistische Welle der Nachkriegszeit, verbunden mit der Entstehung zahlreicher autonomer „Nationalstaaten“, in ganz Europa zur Vervielfachung und zur Erhöhung der dem internationalen Gütertausch entgegenstehenden Zollschranken, zur wirtschaftlichen „Balkanisierung Europas“ geführt.

Wohl hat man ganz allgemein im Grunde das Gefühl, dass ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Europas nur durch eine entschiedene Abkehr von den reaktionären wirtschaftspolitischen Methoden, durch eine allgemeine Abtragung der Zollschranken und durch eine Zusammenfassung der allzu vielen kleinen Staaten zu einem grösseren einheitlichen Wirtschaftsgebilde zu erhoffen ist. Die Forderung

nach einem einheitlichen europäischen Wirtschaftsgebiet, nach einem „Europäischen Zollverein“, ist geradezu zu einem Modeschlagwort geworden.

Wie wenig aber mit der Aufstellung einer solchen Parole geholfen ist, welche Gefahr es im Gegenteil bedeutet, wenn das aufgestörte wirtschaftliche Gewissen sich in der Formulierung eines schönklingenden und allgemein nachgesprochenen Schlagwortes eine Beruhigung schafft, das erkennt man erst, wenn man den Versuch macht, die hinter einem solchen Schlagwort stehenden realen Ziele zu formulieren. Sind doch die meisten, die das Wort vom „Europäischen Zollverein“ im Munde führen, sich nicht einmal darüber klar, welche Länder im Sinne ihrer Forderung zu „Europa“ gehören, insbesondere ob es sich um eine Vereinigung der kontinental-europäischen Länder unter Ausschluss Englands handeln soll, oder ob man auch England und das mit dem Mutterland untrennbar verbundene britische Weltreich mit hineinbeziehen will. Eine Forderung, die derartige Unklarheiten enthält, kann sogar von denen missbraucht werden, die alles andere wollen als eine ernsthafte Abtragung der Zollmauern. Im Zollkampf des vergangenen Jahres konnte man wiederholt den Versuch beobachten, den offensichtlichen wirtschaftlichen Unsinn des neuen Zolltarifes, die Erhöhung der Zollmauern, damit zu entschuldigen, dass es sich ja nur um eine Übergangsmassnahme handle, die in absehbarer Zeit durch die zu erwartende europäische Zollunion abgelöst werden würde. Selbst ehrliche Anhänger der europäischen Wirtschaftseinheit äussern zuweilen die absurde Ansicht, die Zollunion würde am besten dadurch vorbereitet, dass die einzelnen Staaten zunächst einmal ihre „Zollrüstung“ verstärken und so allseits eine geeignete Verhandlungsgrundlage schaffen.

Alle diese Unklarheiten und Seltsamkeiten würden nicht bestehen können, wenn man sich darüber klar wäre, was die Vereinigung bisher getrennter und von Zollmauern umgebener Wirtschaftsgebiete eigentlich bedeutet. Zwar ist der Gedanke, dass in einem grösseren Wirtschaftsgebiet durch rationellere Arbeitsteilung und vernunftgemässe Entwicklung der gesamten Produktivkräfte die Ergiebigkeit der Produktion auf allen Gebieten sich steigern muss, und dass alle beteiligten Völker davon Vorteil haben werden, sehr ansprechend und darum leicht fasslich. Worüber sich diejenigen, die jetzt so rasch begeistert das Schlagwort vom europäischen Zollverein nachsprechen, jedoch nicht im klaren sind, das ist die untrennbar mit jeder Rationalisierung, sei sie nun nationaler oder internationaler Art, verbundene Schattenseite. Wer die Früchte einer Rationalisierung geniessen will, darf den Weg zu ihr nicht scheuen, der über die Vernichtung und Entwertung falsch angelegten Kapitals und über Entlassung und Umsiedelung von Arbeitskräften führt. Die Völker, die sämtlich hinter Zollmauern Produktionszweige aufgebaut haben, die in einem anderen Lande mit grösserem Erfolg betrieben werden könnten, und in denen jetzt die Erkenntnis zum Leben erwacht, dass die Beseitigung der Zollschränken und, in Verbindung damit, ein gegenseitiger Austausch der Industrien für alle Beteiligten ein Gewinn sein würde, würden vor der Aufgabe stehen, überall die unrentabel gewordenen Industriezweige zu liquidieren.

Rationalisierungsprozesse pflegen schon innerhalb eines nationalen Wirtschaftsgebietes nur unter dem erbitterten Widerstand der davon zunächst Betroffenen

vor sich zu gehen. Da die Früchte der Rationalisierung immer erst von einer künftigen Entwicklung zu erwarten sind, ihre schmerzlichen Nebenerscheinungen aber in die Gegenwart fallen, so ist es schon durch die Natur der Sachlage den Interessenten leicht gemacht, mit ihren Argumenten Einfluss auf die öffentliche Meinung zu gewinnen.

Solche, jedem Rationalisierungsprozess entgegenstehenden Widerstände verstärken sich aber ins Ungemessene, wenn es sich nicht darum handelt, innerhalb eines nationalen Wirtschaftsgebietes rückständige Wirtschaftszweige zugunsten einer ergiebigeren Betätigung der Produktivkräfte abzubauen, sondern wenn ein solcher Austausch von Volk zu Volk stattfinden soll.

Der schöne Traum einer europäischen oder sonstwie übernationalen Wirtschaftseinheit wird daher eine schwere Probe zu bestehen haben, sobald man einmal die zu ergreifenden praktischen Schritte wirklich ins Auge fasst und der dabei unvermeidlichen Opfer gewahr wird, die alle Völker oder vielmehr einflussreiche Wirtschaftsgruppen aller Völker dabei zu bringen haben werden.

Die Lage derer, die für die Schaffung eines übernationalen Wirtschaftsgebietes eintreten, ist eben dadurch erschwert, dass sie nur ein „blasses“ Ideal und wirtschaftliche Zukunftsversprechungen zu bieten haben, während ihre Gegner auf die unvermeidlichen gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten hinweisen können, und ihnen der Appell an die nationalen Instinkte zu Gebote steht. Aus diesem Grunde ist damit zu rechnen, dass keine der nichtsozialistischen Parteien den Mut oder auch nur die Möglichkeit haben wird, sich für ein derartiges Ziel ernsthaft einzusetzen. In keiner dieser Parteien ragt die ideologische Grundeinstellung über die Landesgrenzen hinaus, in keiner besteht auch nur der Keim der Idee, dass man in dem wirtschaftspolitischen Verhalten nicht nur dem Vaterlande, sondern einem größeren Ganzen zu dienen hat und ihm gegenüber verantwortlich ist.

Der Plan einer übernationalen Wirtschaftseinheit hätte wenig Aussicht auf Verwirklichung, wenn es nicht Ideen und von diesen Ideen beherrschte politische Machtfaktoren gäbe, deren Grundeinstellung übernational orientiert ist. Die Idee des internationalen Sozialismus stellt daher angesichts dieser Aufgabe und der Schwierigkeit ihrer Verwirklichung ein ungeheures Aktivum dar. Man mag über die Lebendigkeit dieser Idee und über ihre praktische Wirksamkeit in den Reihen derer, die sich zu ihr bekennen, so pessimistisch denken wie man will, dass es überhaupt eine solche Idee gibt, der die historisch gewordenen nationalen Wirtschaftsgebiete nicht Heiligtümer an sich, sondern vergängliche Ausdrucksformen eines noch immer andauernden Entwicklungsprozesses sind, und dass es in allen Ländern Parteien gibt, die sich zu dieser Idee bekennen, mögen sie ihr gegenüber nun ein gutes oder ein weniger gutes Gewissen haben, ist für die Verwirklichung jenes Zukunftszieles eine Tatsache von entscheidender Bedeutung.

Der Einwand, dass die Beseitigung der Zollschränken zwischen einigen oder sämtlichen kapitalistischen Volkswirtschaften zwar etwas „Internationales“ ist, aber mit Sozialismus sehr wenig zu tun hat, hat demgegenüber wenig zu besagen. Man mag dem Begriff des Sozialismus eine Bedeutung geben wie man will: immer muss in ihm als Grundtatsache die Idee eines planmässigen Aufbaues der wirt-

schaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen liegen, und in diesem Sinne würde die Schaffung eines übernationalen Wirtschaftsgebietes ein gewaltiger Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus sein.

Mit der Feststellung, dass aus der Idee des internationalen Sozialismus die Kräfte zur Verschmelzung der zu klein gewordenen nationalen Wirtschaftsgebiete kommen können und sollten, ist allerdings in keiner Weise gesagt, dass die Erziehungsarbeit, die die Idee hier zu leisten haben wird, lediglich ausserhalb der sozialistischer Organisationen erforderlich wäre. Sie wird ganz im Gegenteil vielmehr innerhalb des Sozialismus selber, bei den sozialistischen Parteien aller Länder und bei den sonstigen nationalen und internationalen sozialistischen Körperschaften beginnen müssen.

Wie wir oben gesehen haben, werden die Früchte der Rationalisierung nur mit den Opfern erkaufte, die man durch den Abbau unrationeller Wirtschaftszweige im voraus bringen muss. Bei diesem Abbauprozess werden nicht nur die investierten Kapitalien entwertet und die Unternehmer geschädigt, sondern es wird auch die Arbeiterschaft dieser Wirtschaftszweige zunächst ihrer Beschäftigung beraubt und vor die Notwendigkeit gestellt, neue Arbeitsstätten aufzusuchen oder gar sich auf einen anderen Beruf umzustellen.

Aus diesem Grunde können wir schon in der Gegenwart, wenn es sich um die Austragung handelspolitischer Konflikte zwischen einzelnen Völkern handelt, immer wieder feststellen, dass die von einer Einschränkung ihres Produktionszweiges bedrohte Arbeiterschaft und ihre Organisationen durchaus nicht immer die bestmögliche Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung, sondern vielmehr den Schutz ihrer gegenwärtigen Arbeitsgelegenheit verfolgen, und dass sie dabei zuweilen der gefährlichen und unaufrichtigen Ideologie vom Schutz der nationalen Arbeit bedenklich nahekommen.

Dieser Versuchung, die um so grösser ist, je näher die betreffende Stelle dem gefährdeten Einzelinteresse steht, kann nur dadurch entgegengewirkt werden, dass die übergeordneten Stellen der Arbeiterbewegung, die einen weiteren Bereich überblicken und sich einer grösseren Interessengemeinschaft verantwortlich fühlen, unermüdlich ihre bessere Einsicht durchzusetzen versuchen, wobei die letzte Orientierung immer die internationale Interessensolidarität sein sollte.

Der Weg zur Schaffung der heute so viel besprochenen internationalen Wirtschaftseinheit ist ein weiter und mühsamer. Die Kräfte und die Entschlossenheit, ihn unbeirrbar gegenüber allen Anfeindungen zurückzulegen, werden immer wieder in Gefahr stehen, zu erlahmen. Die Aufgabe, die demgegenüber die sozialistische Idee hat, durch den Appell an die Gewissen und durch Aufklärung über die Bedeutung des Endzieles immer wieder neue Kräfte wachzurufen, und die Verantwortung, die diese Aufgabe der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und vor allem den internationalen sozialistischen Institutionen auferlegt, können aber nicht ernst genug genommen werden.

Damit aber die sozialistischen Organisationen dieser Aufgabe gerecht werden können, bedürfen sie der Unterstützung durch eine umfassende und auf weite Sicht angelegte Forschungsarbeit. Wohl kein einzelner, keine Organisation und

keine Partei hat gegenwärtig — und zwar gilt dies von allen Ländern — eine klare Vorstellung von den konkreten Problemen, die die Verschmelzung auch nur einiger europäischer Länder zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet aufrollen würde; niemand kennt auch nur annähernd die industriellen und agrarischen Standortsverschiebungen, die sich aus einer solchen Verschmelzung zwangsläufig ergeben müssen. Die Aufhellung dieser Zusammenhänge ist daher die fundamentalste Voraussetzung, um den Plan eines europäischen Zollvereins aus der Sphäre einer sentimentalischen Phrase herauszuführen in das Gebiet klar erkannter Wirklichkeit. Erst auf der Grundlage dieser Erkenntnis kann der Versuch gemacht werden, den Weg zur Überwindung dieser Schwierigkeiten und zur Ausgleichung der betroffenen Interessen aufzuzeigen. Eine derartige Forschungsarbeit würde aber nicht nur die Grundlage bilden für eine konstruktive internationale Wirtschaftspolitik der sozialistischen Organisationen, sie wäre ihrerseits wiederum auch darauf angewiesen, in lebendiger Fühlung mit der sozialistischen Bewegung zu stehen.

Die Konflikte, die bei der Schaffung eines grösseren Wirtschaftsgebietes, die sogar schon bei dem Abschluss eines einfachen Handelsvertrages zwischen den Völkern entstehen, schneiden, wie wir sahen, tief in die Interessen einzelner Arbeiterkategorien ein. Die erste Stufe der Materialsammlung für einen Ausgleich dieser Interessenkonflikte besteht daher darin, dass diese Arbeitergruppen und ihre Organisationen dazu gebracht werden, sich des Zusammenhanges zwischen ihren Interessen und der zur Diskussion stehenden Frage bewusst zu werden und ihre Wünsche zu formulieren. Natürlich werden diese Wünsche weit auseinanderklaffen und durchaus gegensätzliche sein. Aber es ist notwendig, den Konflikt erst einmal in seiner ganzen Breite zu erkennen, ehe man darangehen kann, ihn zu überbrücken.

Dass aber die Konflikte, die bei der Schaffung einer übernationalen Wirtschaftseinheit entstehen würden, mit den tagtäglich in den Handelsvertragsverhandlungen entstehenden in einem Atem genannt wurden, ist durchaus kein Zufall. Der Abschluss eines Handelsvertrages entspricht einem einzelnen Schritt auf dem Wege zur übernationalen Wirtschaftseinheit, und es hängt ganz von der Art dieses Vertrages ab, ob es ein Schritt nach vorwärts oder ein Schritt nach rückwärts ist. In der Erkenntnis dieser Tatsache muss es das Bestreben der sozialistischen Organisationen sein, die Handelsvertragspolitik planmässig in den Dienst jener grösseren Aufgabe zu stellen; jeder Abschluss eines Handelsvertrages soll ein Stück der Zollmauern abtragen, deren völlige Beseitigung das letzte Ziel ist. Er soll in seiner Auswirkung auf das Wirtschaftsleben der beteiligten Länder den letzten Endes angestrebten Zustand: eine planmässige internationale Arbeitsteilung und eine natürliche Standortorientierung sämtlicher Wirtschaftszweige in dem zu schaffenden grösseren Gebiet, bewusst vorbereiten und schrittweise herbeiführen.

Um eine so weit vorausschauende Handelspolitik treiben zu können, werden die sozialistischen Organisationen sich bereits heute genötigt sehen, eine internationale Fühlungnahme anzubahnen. Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften,

die in den verschiedenen Ländern, zumal auch in Deutschland, einen weitgehenden Einfluss auf die Gesetzgebung und auf die Handelsvertragspolitik sich errungen haben, würden auch schon gegenwärtig durch eine direkte Fühlungnahme mit den Arbeiterorganisationen der anderen Länder ihre Stellungnahme zu neuen Zollgesetzen und Handelsverträgen wesentlich vertiefen können.

Eine wichtige Aufgabe bei einer in diesem Sinne systematisch aufgebauten Handelspolitik würde auch den internationalen sozialistischen Organisationen, der sozialistischen Internationale und der Gewerkschaftsinternationale zukommen. Leider sind das Betätigungsfeld und vor allem der praktische Einfluss dieser internationalen Organisationen zurzeit nicht so gross, wie es wünschenswert wäre. Es ist jedoch durchaus kein unangebrachter Optimismus, wenn man annimmt, dass ein Ausbau der tatsächlichen Sachkenntnis in diesen Organisationen die Erweiterung ihres Einflussbereiches zwangsläufig nach sich ziehen würde. Gerade auf einem Gebiet, wie die Problematik der internationalen Wirtschaftspolitik es ist, das so sehr noch einer sachkundigen Bearbeitung harret, gewinnt derjenige, der es unternimmt, als erster in dieser Lücke einzuspringen und mit der Sammlung eines planmässigen Überblicks voranzugehen, einen entscheidenden Einfluss auf die tatsächliche Gestaltung der Dinge.

Der Ausbau dieses wichtigen Tätigkeitsgebietes der internationalen Arbeiterbewegung bis zu einer planvollen Führung, ein Erreichen jenes Idealzustandes, dass handelspolitische Interessengegensätze von Arbeitergruppen verschiedener Länder vor dem Forum einer internationalen Organisation unter dem Gesichtspunkt einer aufbauenden Wirtschaftspolitik begutachtet und nötigenfalls durch einen Schiedsspruch entschieden werden, liegt allerdings in weiter Ferne. Trotzdem muss schon in der Gegenwart mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, eine wie wichtige und wie verantwortungsvolle Aufgabe die sozialistischen Organisationen aller Länder und besonders die internationalen sozialistischen Organisationen auf diesem Gebiete zu erfüllen haben. Dass die sozialistische Idee an sich dazu berufen sein könnte, auf die vernunftgemässe Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Entwicklung zu einer planvollen internationalen Wirtschaft einen entscheidenden Einfluss zu gewinnen, steht ausser Zweifel. Aufgabe einer sozialistisch orientierten Forschungstätigkeit und, in Wechselwirkung mit dieser Forschungstätigkeit, der sozialistischen Organisationen würde es sein, die hier ruhenden Möglichkeiten eines praktischen Sozialismus in die Wirklichkeit umzusetzen.

II.

Wir haben im ersten Abschnitt gesehen, dass die Kräfte der bürgerlich-kapitalistischen Welt unzureichend sind, um die wichtige Aufgabe, die der jetzt lebenden und vielleicht noch den künftigen Generationen auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaftspolitik gestellt ist, zu lösen, und dass aus der sozialistischen Idee und der sozialistischen Bewegung neue Kräfte kommen müssen, um die Weltwirtschaft aus ihrer Verwirrung herauszuführen.

Wir brauchen jedoch nur unbefangenen die Probleme zu betrachten, die durch den gegenwärtigen Entwicklungszustand der einzelnen nationalen Volkswirt-

schaften aufgeworfen werden, um zu erkennen, dass auch auf diesem Gebiet der Sozialismus entscheidend wichtige Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu erfüllen hat.

Die Kräfte der freien Konkurrenz, die das Wirtschaftsleben regulieren und den nationalen Produktionsplan in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des Konsums und unter voller Entfaltung aller Produktivkräfte gestalten sollen, haben sich allerorts als unzulänglich erwiesen. Davon legt nicht nur der bald chronische, bald akute Krisenzustand der kapitalistischen Welt Zeugnis ab, sondern vor allem ihre immer stärkere Durchsetzung mit Einrichtungen, die die freie Konkurrenz ausschalten. Hierher gehört die täglich wachsende Macht der kapitalistischen Monopole, hierher gehört vor allem auch die besonders in Deutschland immer unlösbarer werdende Verflechtung der Privatwirtschaften mit der Wirtschaft der öffentlichen Körperschaften. Wenn man überall dort, wo der Staat, die Gemeinden oder öffentlich-rechtliche Körperschaften als Wirtschaftssubjekte, und zwar entweder allein oder in entscheidender Mitwirkung auftreten, von Sozialismus reden will, *so haben wir bereits jetzt eine Verwirklichung des Sozialismus, die weit über das hinausgeht, was die grosse Öffentlichkeit davon ahnt, und die — das ist das entscheidende — in der Gegenwart schon viel umfangreicher ist, als dass sie von den heutigen Kräften des Sozialismus beherrscht oder auch nur von den heutigen Institutionen der Demokratie kontrolliert werden könnte.*

Der Staat ist zu einer Wirtschaftsmacht allerersten Ranges geworden. Die Konzentration von Geldmitteln durch den Ausbau der Finanzverwaltung und der Steuergesetzgebung hat den Staat und seine Geldinstitute zu den wichtigsten Kreditgebern der Wirtschaft gemacht. Dazu hat sich in immer stärkerem Masse der Brauch eingenistet, überall dort, wo die Privatwirtschaft am Ende ihrer Künste ist, die Hilfe und Intervention des Staates anzurufen. So hat sich aus gemischt-wirtschaftlicher Beteiligung des Staates (vier Fünftel der elektrischen Energiewirtschaft sind bereits heute in Händen des Reiches, der Einzelstaaten und öffentlichen Körperschaften), aus der Kreditierungstätigkeit der öffentlichen Geldinstitute, aus der vielverzweigten und völlig undurchsichtig gewordenen Sanierungs- und Subventionsfähigkeit ein Wirtschaftszustand entwickelt, den man am treffendsten mit Staatskapitalismus bezeichnet. Dieser Staatskapitalismus stellt gegenüber dem Privatkapitalismus vom sozialistischen Standpunkt aus entschieden einen Fortschritt dar; was ihn jedoch gefährlich und unerträglich macht, ist die Planlosigkeit dieser staatlichen Durchdringung des Wirtschaftslebens, das Fehlen jeder leitenden Idee und nicht zuletzt die geheimnisvoll unterirdische Art, in der sich diese ganze Tätigkeit vollzieht.

Auch die hier zu leistende Aufgabe kann nur aus der Ideenwelt des Sozialismus heraus und durch die Kräfte der sozialistischen Organisationen in wirklich befriedigender Weise gelöst werden. Die bürgerlichen Parteien werden schon durch ihre antisozialistische Einstellung daran gehindert, zu der Wechselwirkung von privatkapitalistischer Konzentrationsbewegung und staatskapitalistischer Durchdringung des Wirtschaftslebens, die für die ökonomische Periode, in der wir leben, so charakteristisch ist, eine unbefangene und planmässige Einstellung zu finden.

Mag diese Entwicklung auch noch so notwendig und unaufhaltsam sein, und mögen auch die bürgerlichen Parteien mit Rücksicht auf die industriellen und agrarischen Interessen, die sie vertreten, zumal in Krisenzeiten, die Hilfe des Staates am lautesten fordern, so bleibt doch immer die Erweiterung der öffentlichen Macht-sphäre in der Wirtschaft eine ihrem individualistischen Denken fremde und ver-dächtige Angelegenheit, und sie werden bei jeder Belebung der Konjunktur das Bestreben zeigen, den Staat aus den in der Krise ihm geradezu aufgezwungenen wirtschaftlichen Funktionen wieder herauszudrängen.

Angesichts dieser innerlich gespaltenen Stellung, die die bürgerliche Ideologie zu dem Problem der staatlichen Durchdringung des Wirtschaftslebens not-wendigerweise haben muss, ist es unmöglich, dass eine von bürgerlichen Parteien geleitete Politik etwas anderes hervorbringen kann als einen Zickzackkurs, in dem mit dem Wechsel der Konjunkturen öffentlich-rechtliche Elemente in der Wirt-schaftssphäre bald sich häufen, bald zum Absterben gebracht werden. Das End-resultat einer solchen Politik kann nur die Planlosigkeit sein, die wir gegenwärtig vor uns sehen, eine Planlosigkeit, in deren Dunkel immer wieder die Gefahr ent- stehen muss, dass die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben sich jeder demokratischen Kontrolle entziehen und schliesslich zum Tummelplatz geschickt verborgener Sonderinteressen werden.

Die Aufgabe, die der Sozialismus gegenüber diesem Problem zu erfüllen hat, ist wiederum in erster Linie eine ideelle. Es gilt, die Tatsache zu erkennen, dass die Wirtschaftsepoche, in der wir leben, bereits über den Zustand des reinen Kapi-talismus hinausgewachsen ist, dass das privatkapitalistische System in immer steigendem Masse von öffentlich-rechtlichen Elementen durchwachsen wird, und dass bereits die jetzt lebende Generation alle Kräfte daransetzen muss, um das Mass von „Sozialismus“, das ihr durch den mit unheimlicher Schnelligkeit zu- nehmenden Konzentrationsprozess zwangsläufig nahegebracht wird, geistig, or- ganisatorisch und nicht zuletzt auch moralisch zu verarbeiten.

Man muss sich allerdings darüber im klaren sein, dass das Fortschreiten der Konzentrationsbewegung und die Art und Weise, wie sie sich vollzieht, nämlich in der Form einer zunehmenden Durchdringung der Wirtschaft nicht nur mit privaten, sondern vor allem auch mit öffentlich-rechtlichen Organisationselementen, ein an sich unaufhaltsamer Vorgang ist, der sich unter allen Umständen vollzieht, ganz gleichgültig, wie der Sozialismus und die sozialistischen Organisationen sich dazu stellen. Die Frage, ob in der Führung dieses Konzentrationsprozesses die So-zialisten einen entscheidenden Anteil haben oder nicht, berührt nicht die Tatsache jenes Prozesses an sich, sondern nur das Mass von Planmässigkeit, mit der er sich vollziehen wird. Die Art und Weise, wie sich die Sozialisten zu dieser staats- kapitalistisch durchgesetzten Konzentrationsbewegung stellen, entscheidet vor allem auch über das Mass des Einflusses, den der Sozialismus später in der vollendeten „Organisationswirtschaft“ haben wird. Die Vorstellung, dass die kapitalistische Wirtschaft ganz von sich aus ihren Konzentrationsprozess zur Reife bringen wird, und dass der Sozialismus während dieses ganzen Entwicklungsstadiums in der Oppositionsstellung verharren kann, um dann später nach Vollendung der

Konzentration die fertig organisierte Wirtschaft zu „übernehmen“, muss definitiv über Bord geworfen werden. Auf die Dauer werden, so gut wie jeder einzelne, auch jede Organisation und jede Bewegung genau das Mass von Macht besitzen, das sie sich durch Sachkenntnis und verantwortungsvolle Arbeit selbst erworben haben. Wieweit daher die künftige Wirtschaft, die sämtliche wesentlichen Merkmale einer sozialistischen Wirtschaft tragen dürfte, auch dem Namen nach eine sozialistische sein wird, und wieweit sozialistische Organisationen führend in dieser Wirtschaft vertreten sein werden, hängt einzig und allein von dem Maas an Wirtschaftskenntnis und Führeigenschaften ab, das sie sich in der Periode der schon jetzt beginnenden, entscheidend wichtigen Entwicklung erworben haben.

Für eine sozialistisch orientierte Forschungstätigkeit eröffnet sich auch auf diesem Gebiete ein unendlich grosses Tätigkeitsfeld.

Es ist ihre Aufgabe, in die Organisation des heutigen Wirtschaftslebens und in ihre mannigfaltigen Durchkreuzungen von privatmonopolistischen, öffentlich-rechtlichen und finanzkapitalistischen Machtbildungen einzudringen. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, in der Industrie, im Bankwesen und im Handel, gilt es, den bereits heute erreichten Stand der Konzentrationsbewegung und darüber hinaus die Tendenzen der weiteren Entwicklung festzustellen. Nur auf der Grundlage einer solchen Forschungstätigkeit können dann auch die sozialistischen Organisationen zu diesem Problem Stellung nehmen und sich den Aufgaben gewachsen zeigen, vor die der sich vollendende kapitalistische Konzentrationsprozess sie stellt, Aufgaben, deren historische Bedeutung erst später, rückblickend, völlig erkannt werden wird.

III.

Wenn sich, wie wir gesehen haben, die kapitalistische Wirtschaft auf ihrem ureigensten Gebiet, in der industriellen Produktion, den ihr gestellten Aufgaben nicht mehr gewachsen zeigt und ihre Rettung nur in immer stärkerer Unterordnung unter privatmonopolistische oder gar staatskapitalistische Zentralgewalten erblickt, so hat sie erst recht auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft versagt. Das Streben des einzelnen nach seinem persönlichen Vorteil, das als mächtigster Wirtschaftsimpuls zur vollen Entfaltung aller produktiven Möglichkeiten und zur Nutzbarmachung aller organisatorischen und technischen Fortschritte führen sollte, hat sich in der auffälligsten Weise als unzureichend erwiesen. Die Landwirtschaft aller europäischen Länder ist, bis auf wenige Ausnahmen, dadurch gekennzeichnet, dass die Fortschritte der Landwirtschaftswissenschaft, der Maschinenteknik und der modernen Betriebsorganisation nur in einer verschwindenden Zahl von Betrieben verwirklicht sind, während die überwiegende Masse der Betriebe auf einem rückständigen Niveau der Technik verharret.

Weder gute noch schlechte Zeiten für die Landwirtschaft, auch nicht allgemeine Subventionen durch die Wirtschaftspolitik (Agrarkredite und Agrarzölle) haben diesen Zustand beseitigen können. Die Entfaltung der eigenen landwirtschaftlichen Produktivkräfte ist aber besonders für die Wirtschaft der europäischen Länder ein entscheidendes Problem und wird es künftig in noch stärkerem Masse werden. Die Steigerung des Eigenkonsums in den heutigen aussereuropäischen, agrarischen

Überschussgebieten, der Aufbau eigener Industrien in sämtlichen Agrarländern werden in steigendem Masse die europäische Bevölkerung dazu zwingen, ihre Lebensmittel auf europäischem Boden zu gewinnen und auch ihre industrielle Produktion in wachsendem Masse (landwirtschaftliche Produktionsmittel) in den Dienst der indirekten Lebensmittelversorgung zu stellen. Wenn sich diese Entwicklung nicht unter hartem Zusammenprall mit dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrage und unter dementsprechend starkem Druck auf die Reallöhne vollziehen soll, so ist es nötig, den technischen Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktion mit allen Kräften zu fördern. Diese Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte erfordert jedoch organisatorische Anstrengungen von einem Ausmass, wie sie die Privatwirtschaft nicht zu leisten imstande ist, sondern nur eine planmässige, staatlich geleitete Produktionspolitik.

Es ist aber nicht nur die Entwicklung der künftigen landwirtschaftlichen Produktion eine Aufgabe, die die Kräfte der individualistischen Wirtschaftsorganisation übersteigt; auch in ihrem gegenwärtigen Zustand ist die Landwirtschaft innerhalb des kapitalistischen Systems als ein fremder Bestandteil zu betrachten. Die jähen Preisschwankungen der agrarischen Massenprodukte, wie sie seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts und besonders in dem Jahrzehnt seit Ausbruch des Krieges zu beobachten sind, bedeuten für den — nur sehr beschränkt anpassungsfähigen — landwirtschaftlichen Betrieb eine unerträgliche Belastung. Die Erhaltung der Landwirtschaft und die Rücksicht auf die Stetigkeit ihrer Entwicklung verlangen gebieterisch regulierende Massnahmen gegenüber diesen Preisschwankungen, die nicht die freie kapitalistische Wirtschaft, sondern nur staatliches Eingreifen zu leisten vermag. Diese Erkenntnis ist auch zum Bestandteil der bürgerlichen Wirtschaftspolitik geworden. Nur hat das von ihr vorgeschlagene Mittel (Agrarzölle) sich als ungeeignet und als Quelle einseitiger Bereicherung einzelner Klassen der Landwirtschaft erwiesen.

Die sozialistische Wirtschaftspolitik hat demgegenüber die Aufgabe, durch Herausbildung besserer Methoden (Getreidemonopol) die notwendige Stabilisierung der landwirtschaftlichen Preise in die Wirklichkeit umzusetzen, vor allem aber in grösstem Umfange die planmässige Intensivierung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Angriff zu nehmen, für die die Stabilisierung der Preise nur eine Voraussetzung bildet.

Die Frage der Preisstabilisierung führt uns auf ein anderes Gebiet, auf dem die Kräfte des Individualismus ihre Unzulänglichkeit haben eingestehen müssen, auf die Organisation des Verteilungsapparates. In allen Ländern, auch in dem Musterland des Kapitalismus, in den Vereinigten Staaten, hallt die Öffentlichkeit wider; von den Klagen über die gewaltig gestiegene Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen. Das Prinzip der „freien Konkurrenz“ hat, weit entfernt, einen auf die Bedürfnisse von Produktion und Konsumtion zugeschnittenen, mit höchster Wirtschaftlichkeit arbeitenden Verteilungsapparat zu erschaffen, in allen Ländern ein unübersehbares Heer parasitärer Handelsexistenzen ins Leben gerufen. Daraus ergibt sich eine Belastung der Gesamtwirtschaft, unter der Erzeuger und Verbraucher in gleicher Weise leiden. Wo man, wie in England, ernst-

lich darangegangen ist, auf Grund eingehender öffentlicher Untersuchungen die Preisspanne abzubauen und den Verteilungsapparat zu verbessern, hat man öffentlich-rechtliche Stellen mit weitgehender Machtbefugnis schaffen müssen (Food Council). Eine wirklich grundlegende Verbesserung kann jedoch nur von dem Ausbau des Genossenschaftswesens erwartet werden. Insbesondere ist die Parole von der Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften zu einem überall wiederkehrenden Bestandteil der einschlägigen Ideologie geworden. Auch hier handelt es sich bisher um ein leeres Schlagwort, das erst durch planmässige, sozialistische Forschungs- und Organisationstätigkeit zum Leben erweckt werden muss.

So sehen wir, wie auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, im internationalen Güteraustausch, in der Industrie- und Finanzorganisation, in der Agrarwirtschaft und in der Bewegung der Güter vom Erzeuger zum Verbraucher sich Probleme entwickelt haben, die mit den Mitteln bürgerlicher Staatskunst und kapitalistischer Wirtschaftspolitik nicht mehr zu lösen sind. Nur aus der sozialistischen Ideenwelt, aus sozialistischer Forschungstätigkeit und aus sozialistischer Organisationsarbeit können neue Kräfte entstehen und neue Wege gefunden werden, deren die in sich festgefahrene Wirtschaft bedarf, um die Stockung ihrer Kräfte zu überwinden und zu neuen Entwicklungsformen fortzuschreiten.

Rundschau der Arbeit

ERGEBNISSE DER ARBEITSWISSENSCHAFT¹⁾, zusammengestellt im Institut für angewandte Psychologie in Berlin.

Dr. Otto Lipmann.

Das Institut für angewandte Psychologie in Berlin SW 68, Schützenstr. 26, wäre dankbar, wenn ihm zur Vervollständigung der Übersicht „Ergebnisse der Arbeitswissenschaft“ sowohl bereits veröffentlichte wie noch unveröffentlichte Ergebnisse von Betriebsstatistiken zur Verfügung gestellt würden.

50. Wirkung verbesserter Arbeitsmethoden (A III 2e) auf die Menge des Arbeitsprodukts (B 1a), Kraftverbrauch (B IV 1) und Arbeitsfreudigkeit (B IV 6) des Arbeiters.

In einer Werkstatt, in der Gasöfen fertig gemacht und repariert werden, konnten durch bessere Arbeitsorganisation u. dgl. folgende Zeitverluste fast völlig vermieden werden.

Zeitverlust durch:

Ausleihen von Werkzeugen ..	0,42	Proz.
Herbeiholen fehlender Teile ..	7,17	„
Andrang an den Fahrstühlen	0,01	„
Nachbohren zu kleineren Löchern in der Verkleidung	2,28	„
Gebrauch einer flachen statt einer runden Bürste beim Anstreichen der Öfen	26,00	„

Obwohl die Wirkung dieser Zeitverluste auf die Produktion selbst nur gering ist, machen sie doch den Arbeiter unwillig.

Durch Verwendung einer Drehscheibe wurde dem Arbeiter ein Kraftaufwand von 25 Prozent erspart. Während der Arbeiter vorher etwa 39 Prozent seiner Arbeitszeit in gebückter oder sonst ermüdender Stellung zubringen musste, wurde dies durch Verwendung eines verstellbaren Tisches unnötig gemacht.

Quelle: Miles and Eyre. The assembly and repair of gas stoves and fires. The Journal of the National Institute of Industrial Psychology 2 (8), 352—358.

1) Vgl. den Aufsatz „Arbeitswissenschaft“ in I (2) der „Arbeit“ und die Zusammenstellungen von Ergebnissen in I (3), I (5), II (1), II (5), II (7) und II (10).

51. 52. Wirkung der Nachtarbeit (A I 1b) auf den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen (B IV 2) und auf die Menge des Arbeitsproduktes (B I 1b).

Bei Arbeiterinnen einer japanischen Baumwollspinnerei nimmt während je einer Nachtschichtwoche das Körpergewicht um 700 bis 900 g ab, bei Arbeiterinnen unter 18 Jahren mehr, bei älteren weniger. Der Gewichtsverlust gleicht sich zwar in der auf die Nachtschichtwoche folgenden Tagsschichtwoche und an den Ruhetagen wieder aus, aber die sich immer wiederholenden Angriffe auf den Körper sind für die jüngeren Arbeiterinnen auf die Dauer schädlich. —

Bei Tagarbeit erreicht die Produktionskurve ihren höchsten Stand am Dienstag und Mittwoch, bei Nachtarbeit am Freitag oder Sonnabend; das Maximum des Übungserfolges tritt bei Tagarbeit rascher ein. Die Unterschiede zwischen den Produktionsergebnissen der einzelnen Wochentage sind bei Nachtarbeit grösser als bei Tagarbeit.

53. Wirkung der Berufseignung der Arbeiterinnen (A II 1g) auf die Menge des Arbeitsproduktes (B I 1b).

Durch psychologische Berufseignungsprüfungen ist es gelungen, solche Arbeiterinnen für eine Baumwollspinnerei auszuwählen, die erstens geringere Zeit brauchen, um einen maximalen Übungsgrad zu erreichen, und die zweitens bei grösster Übung auch Maximales leisten. Durch die Einstellung solcher Arbeiterinnen konnte die Zahl der überhaupt verwendeten Arbeiterinnen verringert werden, ohne dass damit die Produktionsmenge vermindert wurde.

54. Wirkung der Temperatur des Fabrikraumes (A III 2a) auf die Menge des Arbeitsproduktes (B I 1b).

Die Temperaturen des Fabrikraumes einer Baumwollspinnerei schwanken von Monat zu Monat im Bereiche zwischen 12° C und 27° C; jeder Steigerung (oder Verminderung) der Temperatur um 3° C entspricht eine Verminderung (oder Steigerung) der Produktion um etwa 4 Prozent.

Quelle für 51 bis 54: Report of the Institute for Science of Labour, Kurasiki, Japan, 1921—1925.

ARBEITSMARKT UND ARBEITSLOSEN-SCHUTZ.

A. Lüttich.

Der Arbeitsmarkt, dessen Entwicklung am Anfang des verflorenen Jahres zu den besten Hoffnungen berechtigte, hat sich bis zum Jahresschluss in beängstigender Weise verschlechtert. Schon in der Mitte des Jahres machte sich ein leichter Umschwung bemerkbar. Aber die Verschlechterung zeigte sich zunächst nur in einzelnen Teilen des Reichs und in wenigen, wenn auch nicht unbedeutenden Industriegruppen, während zu gleicher Zeit anderwärts noch geringe Besserungen zu beobachten waren. Danach schienen die wiederholt ausgesprochenen Befürchtungen, dass Ende des Jahres eine aussergewöhnliche Krise einsetzen würde, keine berechtigte Grundlage zu haben. Nunmehr aber sind durch die bisherige Gestaltung des Arbeitsmarktes diese Befürchtungen weit übertroffen worden. Die Krise ist in den letzten Monaten des Jahres 1925 geradezu sprunghaft aufgetreten, und die Arbeitslosenziffern haben sich seit Anfang Juli, wo sie den niedrigsten Stand erreicht hatten, um 1 Prozent bis Anfang August, sodann aber um je weitere 16,9 Prozent bis September, 15,3 Prozent bis Oktober, 36,7 Prozent bis November und 190,4 Prozent bis Mitte Dezember vermehrt. Mit rund 1 100 000 Hauptunterstützungsempfängern, die Mitte Dezember gezählt wurden, ist die Ziffer vom gleichen Zähltag des Vorjahres um mehr als 600 000 überschritten. Auf je 1000 Einwohner kamen Anfang Juli und Anfang August 3,3 Hauptunterstützungsempfänger, Anfang Oktober aber bereits 4,5 und Anfang Dezember 11,3. Verschärft wird die grosse Arbeitslosigkeit noch dadurch, dass eine noch grössere Anzahl Arbeiter bei völlig unzureichendem Verdienst Kurzarbeit leisten oder häufig aussetzen müssen. So waren nach den Angaben der Gewerkschaften im Juli 5,8 Prozent, im August 6,9 Prozent, im Oktober 12,4 Prozent ihrer Mitglieder Kurzarbeiter, und zwar war die Zahl dieser Kurzarbeit leistenden Gewerkschaftsmitglieder im August um 16 800, im September um 37 400

und im Oktober um 133 571 höher als die bei der Stichtagzählung des jeweiligen Monats festgestellte Zahl der gesamten Hauptunterstützungsempfänger. Dabei kann die ausserordentliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes weniger auf wirklichen Arbeitsmangel als vielmehr auf Geldmangel zurückgeführt werden. Immer mehr sind auch solche Betriebe zu Arbeiterentlassungen geschritten oder zu völligen Stilllegungen gekommen, bei denen noch genügend Arbeitsmöglichkeiten bestanden, die aber infolge Kapital- und Kreditmangels, durch verzögerte Zahlungseingänge und durch Absatzschwierigkeiten die Produktion aussergewöhnlich einschränken oder überhaupt nicht weiterführen konnten. Wenn durch planmässige Kreditsperre ungesunde Inflationerscheinungen beseitigt werden sollen, so ist das durchaus verständlich. Bedenklich scheint es aber, wenn dadurch auch alten soliden Unternehmungen die Grundlage ihrer Existenz entzogen und durch Vermehrung der Arbeitslosenmassen die allgemeine Notlage ins Unermessliche gesteigert wird.

Die steigende Arbeitslosennot in Verbindung mit der gänzlich verpufften Preissenkungsaktion hat nunmehr ab 14. Dezember zu einer geringen *Erhöhung der Unterstützungssätze* für die Erwerbslosen geführt. Eine Erhöhung um 20 Prozent kann aber kaum als genügend angesehen werden, denn genauer betrachtet bedeutet das für den einzelnen nur eine Erhöhung um wenige Pfennige, so dass in den drei verschiedenen Wirtschaftsgebieten nunmehr die wochentägliche Höchsterstützung für einen alleinstehenden Erwerbslosen über 21 Jahre in einem Orte der Ortsklasse A 138 bis 174 Pfennig beträgt, während in einem Orte der Ortsklassen D und E ein Erwerbsloser unter 21 Jahren nur 68 bis 84 Pfennig erhält.

Auch dieser Mangel kann in gewissem Sinne mit darauf zurückgeführt werden, dass nicht rechtzeitig eine Versicherungseinrichtung mit möglichst gleichen Beiträgen für das ganze Reichsgebiet geschaffen

worden ist. Es fehlt, wie sich jetzt gezeigt hat, vielfach an vorhandenen Mitteln, um den rapid anwachsenden Arbeitslosenmassen mit Unterstützung ausreichend zu helfen. Wenn jetzt, wie verlautet, auf eine *Reichs-gefahren-gemeinschaft* mit einem einheitlichen Beitragssatz zugekommen werden soll, von der es im September auf Seite 551 des „Reichsarbeitsblattes“ noch hiess, „dass der einheitliche Beitrag für das ganze Reich den Gedanken der Solidarität überspannt“, so ist das an sich durchaus zu begrüssen. Man mag die Bedenken teilen, dass die gegenwärtige kritische Zeit zur Schaffung einer solchen Einrichtung höchst ungeeignet sei. Noch bedenklicher würde es aber sein, nur aus diesem Grunde auf eine solche Einrichtung zu verzichten, denn erfahrungsgemäss kommt man in günstigerer Zeit noch viel weniger über Bedenken und Erwägungen hinweg. Was als vorbeugende Massnahme notwendig gewesen wäre, aber unterlassen worden ist, wird eben durch die Not der Zeit nachgeholt werden müssen. Selbst wenn diese Massnahme für die jetzige Arbeitslosigkeit zu spät kommen sollte, so wird man nicht übersehen dürfen, dass es leider noch nicht die letzte schwere Krise sein wird, die den Arbeitsmarkt erschüttert. Wahrscheinlich brauchte man nicht auf den Höchstbeitragssatz von 3 Prozent des Grundlohnes zuzukommen, wenn durch rechtzeitige Bildung einer grossen Gefahren-gemeinschaft den letzten starken Unterstützungsbedürfnissen vorgebeugt worden wäre.

Mit Unterstützung allein ist der Arbeitslosennot freilich nicht beizukommen. Arbeitsbeschaffung ist und bleibt die beste Arbeitslosenfürsorge. Und da die Betriebe ihre Tore geschlossen halten, so muss in um so grösserem Umfange zu *Notstandsarbeiten* geschritten werden. Es ist anzuerkennen, dass sich die Gemeinden als die zunächst Beteiligten, insbesondere die Grossstädte, nach dieser Richtung sehr bemüht haben. Ganz anders verhalten sich die Landes- und noch mehr die Reichsbehörden. Dem Vorstand des deutschen Städtetages ist

durchaus beizupflichten, wenn er unter Hinweis auf die Tatsache, dass bisher die Gemeinden allein Träger von Notstandsarbeiten gewesen sind, von der Reichsregierung fordert, dass auch Reich, Länder, Reichsbahn und sonstige öffentliche Stellen, die Aufträge zu vergeben haben, Notstandsarbeiten durchführen. Diese Stellen beantworten in der Regel alle dahingehenden Anträge mit dem Hinweis auf Geldmangel. Den gleichen Grund könnten natürlich die Gemeinden in mindestens demselben Umfang geltend machen. Es hat sich aber immer wieder gezeigt, dass ein Weg gefunden werden kann, wenn der Wille hierzu vorhanden ist. Auch den Reichs- und Länderstellen muss es möglich sein, Arbeiten, die noch nicht dringlich sind, oder die erst im nächsten Etatsjahr ausgeführt werden sollen, als Notstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Wenn auch naturgemäss die Erwerbslosen in erster Linie an die Gemeinden wegen Arbeitsbeschaffung herantreten, so ist die Verpflichtung, die dem Reich und den Ländern in dieser Beziehung obliegt, sicher nicht geringer.

Wie bei jeder Wirtschaftskrise, so hat sich auch diesmal wieder gezeigt, dass die vorhandenen Mittel und die in der Eile angewandten Massnahmen nicht ausreichen, um der furchtbaren Not der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen zu steuern. In dieser Zeit ungünstigster Arbeitsmarktlage tritt der Mangel der bestehenden Erwerbslosenfürsorgeeinrichtungen und das Fehlen einer geordneten *Arbeitslosenversicherung* besonders deutlich hervor. Im achten Jahre der Republik ist der für die grosse Masse der Arbeiterschaft so wichtige Artikel 163 der Reichsverfassung immer noch nicht verwirklicht worden, denn was heute als Erwerbslosenfürsorge bezeichnet wird, ist selbst nach Ansicht massgebender Stellen des Reiches (siehe „Reichsarbeitsblatt“ S. 551) „ein eigenartiges gesetzliches Gebilde zwischen Fürsorge und Versicherung“ und schon in halbwegs normalen Zeiten völlig ungenügend. Nun, da die Arbeits-

losigkeit wieder in ihrer schrecklichsten Gestalt aufgetreten ist, muss man feststellen, dass die Gelegenheit, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, wiederum verpasst wurde. Es lässt sich nicht einmal als Entschuldigung anführen, dass man von der jetzigen Arbeitslosigkeit überrascht worden sei. Die Vergangenheit hat doch zur Genüge gezeigt, dass mit scharfen Auf- und Abwärtsbewegungen auf dem Arbeitsmarkt ständig gerechnet werden muss, und dass deshalb in der halbwegs günstigen Zeit schleunigst für ungünstigere Zeiten gerüstet werden sollte. Übrigens hat sich in den letzten sechs Jahren, in denen man über eine Arbeitslosenversicherung diskutiert und auch mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt hat, die Erscheinung mehrfach wiederholt: Günstige Wirtschaftszeiten wurden mit Auseinandersetzungen über die Arbeitslosenversicherung ausgefüllt, und dann stellte sich prompt eine Krise ein, während der sich niemand an die Verwirklichung der Versicherung heranwagte, deren Fehlen dann aber jedesmal um so schwerwiegender hervortrat. Man sollte meinen, dass diese Erfahrungen nun endlich zur schleunigen Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung führen müssten, um so mehr, als zwischen der gesetzgeberischen Arbeit und der eigentlichen Durchführung eines solchen Gesetzes sowieso noch eine erhebliche Spanne Zeit liegen wird. Wenn etwa abgewartet werden sollte, bis sich die Auseinandersetzungen über wirtschaftliche oder behördliche Selbstverwaltung geklärt haben, dann dürfte sich die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung mit einem den Wirtschaftsgruppen gebührenden Einfluss noch sehr lange hinausschieben. Die Beseitigung des gegenwärtig unhaltbaren Zustandes, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer acht Neuntel der Kosten zu tragen, aber nur ein Neuntel zu bestimmen haben, bedeutet gleichzeitig die Beseitigung des grössten Hindernisses, das sich zurzeit einer Arbeitslosenversicherung in den Weg stellt. Die aus der letzten Wirtschaftskrise erwachsene Arbeitslosennot sollte ein neuer Ansporn

sein, aus den jahrelangen Erwägungen und Erörterungen endlich zu durchgreifenden gesetzgeberischen Massnahmen zu kommen.

BODENPOLITIK UND BODEN- WIRTSCHAFT.

Otto Albrecht.

Ein Gesetz für Bodenvorratswirtschaft?

Im preussischen Landtag wurde am 1. Oktober 1925 über einen sozialdemokratischen Antrag abgestimmt, durch den die preussische Staatsregierung ersucht wird, sich dafür einzusetzen, dass dem Reichstage ein schon im Jahre 1920 vom Ständigen Beirat für das Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt wird, durch den die Gemeinden verpflichtet werden sollen, Bodenvorratswirtschaft zu treiben. Die Abstimmung war namentlich. Es stimmten für den Antrag 187 Abgeordnete und 149 dagegen; 114 sind als fehlend angegeben, doch wird behauptet, die meisten der Fehlenden hätten sich vor der Abstimmung gedrückt, um ihre Stellungnahme nicht zu offenbaren oder wohl auch, weil sie die Tragweite nicht übersehen konnten. Geschlossen stimmten dafür Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, geschlossen dagegen Wirtschaftliche Vereinigung, Deutschvölkische und Deutschnationale. Vom Zentrum stimmten 24 dafür, 41 dagegen, 16 fehlten; von der Deutschen Volkspartei stimmten 6 dafür, 16 dagegen, 23 fehlten. Die Zahlen erteilen einen gewissen Anschauungsunterricht. Der in Frage kommende Gesetzentwurf, an dessen Zustandekommen seinerzeit auch die Gewerkschaften aller Richtungen mitgewirkt haben, und der vom Bund Deutscher Bodenreformer angeregt worden ist — seine Autoren sind Dr. *Damaschke*, Geh. R. Prof. Dr. *Erman* und Landrat Dr. *von Laer* —, sagt in seinem Kern etwa: Um den deutschen Familien Heimstätten zu erschliessen oder wenigstens Nutzgärten zur Gewinnung der notwendigsten Lebensmittel, werden die Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern verpflichtet, Bodenvorratswirtschaft zu treiben, um das notwendige Land für Heimstätten, Nutzgärten und sonstige Siedlungs-

zwecke sowie für öffentliche Anlagen zu beschaffen. Für kleinere Gemeinden erhalten diese Aufgabe die Gemeindeverbände, das sind Stadt- und Landkreise, Oberämter und ähnliche. Bei vorliegendem Bedarf sind Siedlungspläne aufzustellen, die ausreichende Geländeabschnitte umfassen. Für die Aufgabe der Landbeschaffung haben die Gemeinden (Gemeindeverbände) an dem unbebauten Boden ihres Bezirks ein Ankaufsrecht im Veräußerungsfall und ein Enteignungsrecht. Diese Erwerbsrechte gehen denen aller anderen Berechtigten voraus. Bei dem Ankaufsrecht ist nicht der etwaige Veräußerungspreis massgebend, sondern der zu ermittelnde angemessene Preis. Der angemessene Preis, der auch bei Enteignungen in Betracht kommt, wird durch eine Schätzung des unbebauten Bodens festgestellt, die tunlichst schnell auf Grund einer Selbsteinschätzung des Eigentümers den Wert jedes Grundstückes für alle es betreffenden Rechtsbeziehungen (Veräußerung, Beleihung, Besteuerung usw.) festlegen soll. Bis zur Durchführung der Neueinschätzung wird der angemessene Preis unter Berücksichtigung der letzten Selbsteinschätzung des Grundeigentümers vor dem Kriege (Wehrbeitrag) festgesetzt. In keinem Fall darf ein höherer Wert veranschlagt werden als der, den das Grundstück bei der von der Gemeinde (dem Gemeindeverband) geplanten Verwendung haben würde.

Im Freistaat Preussen bestehen bereits Anfänge einer gesetzlich umschriebenen Bodenvorratswirtschaft, und zwar nach dem im Jahre 1924 in Kraft getretenen preussischen Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz für die Zwecke der Bildung von Wohn- und von Gartenheimstätten in auszuweisenden Heimstättengebieten. Nur ist hierbei die Bodenpreisfrage noch nicht genügend geregelt. Auch der im Sommer 1925 veröffentlichte Entwurf eines preussischen Städtebaugesetzes geht auf diese Frage ein (vgl. Rundschau der „Arbeit“, 1925, S. 647). Es wird zutreffen, wenn man annimmt, dass der fragliche Inhalt der an-

geführten Gesetze schon von dem Entwurf aus dem Jahre 1920 vorteilhaft befruchtet worden ist. Das erstrebte Reichsgesetz kann sowieso nur ein Rahmengesetz für die Sondergesetze der Länder werden, da dem Reich auf diesem Gebiet ja nur zusteht, Grundsätze in Gesetzesform zu bringen. Die so lange im Ruhezustand gewesene Angelegenheit ist nun ins Rollen gekommen.

Am 10. Dezember 1925 hat sich der Unterausschuss für Wohnungswesen im *Reichstag* mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen: „Der Reichstag wolle beschliessen, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald ein Heimstättengesetz im Sinne des Entwurfs des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium vorzulegen.“

30. Jahrestagung der Bodenreformer.

Vom 21. bis 24. November 1925 fand in Berlin die 30. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer statt. Diese hatte sich einer sehr starken Teilnahme aus dem ganzen Reiche zu erfreuen. Besonders hervorhebenswert ist die Beteiligung von sozialdemokratischer Seite und das allgemein beifällig aufgenommene Eingreifen von Sozialdemokraten in die Verhandlungen. Letzteres wurde dadurch noch besonders verstärkt, dass im Freistaat Anhalt es die sozialdemokratische Fraktion des Landtags erreicht hat, ein *Grundwertsteuergesetz* nach bodenreformerischen Gesichtspunkten durchzusetzen und dafür je länger um so mehr auch in den sonst gegnerischen Lagern Sympathien zu gewinnen. Der parlamentarische Erfolg in Anhalt wurde als erster grosser Erfolg überhaupt gefeiert, und der anwesende anhaltische Ministerpräsident (Deist) sowie der Landtagspräsident (Peus) wurden wiederholt Gegenstand von Dankeskundgebungen. Leider musste zugleich festgestellt werden, dass der anhaltische Erfolg durch das inzwischen im Reichstag verabschiedete *Reichsbewertungsgesetz* in schwerste Gefahr geraten ist. Das Reichsbewertungsgesetz schreibt für die Vermögenssteuerveranlagung sowohl des Reichs als auch der Länder und Gemeinden nämlich

sogenannte Einheitswerte vor, die eine Veranlagung nach bodenreformerischen Grundsätzen kaum noch ermöglichen, m. E. sogar schlechtweg verhindern (vgl.: Rundschau der „Arbeit“ 1925, S. 644), und die dann auch dazu führen müssen, dass entgegenstehende Landesgesetze zu beseitigen sind. Professor Dr. *Boldt* (Göttingen) legte in einem Vortrage dar, dass für die im Reichsbewertungsgesetz vorgeschriebene Steuerveranlagung nach dem Ertragswert heute einfach keine verlässlichen Grundlagen geschaffen werden können; ohnedies sei solche Veranlagung wie keine andere geeignet, der Steuerhinterziehung Vorschub zu leisten. Als früherer Leiter eines Finanzamts konnte der Redner wahrhaft haarsträubende Beispiele letzterer Art vortragen. Einzig vertretbare Methode sei eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert. An Hand von Erfahrungen in Anhalt behandelten Pastor *Baumecker* und Landtagspräsident *Peus* (Dessau) die Frage einer *Trennung des Bodenwerts von den Bauwerten* insofern, als die Bauwerte steuerfrei zu halten seien, während die vom Vermögen zu erhebende Gesamtsteuer einzig auf die Bodenwerte, nach Einschätzung des gemeinen Werts, zu legen seien. Oberregierungsrat Dr. *Hoppe* (Dresden) verbreitete sich über die Frage der *Mietzinssteuer*. Er forderte deren Beseitigung und die Erhebung einer entsprechenden Abgabe ausschliesslich in Form einer reinen Grundwertsteuer; diese führe zu einer Minderbelastung der Einfamilienhäuser und auch der Massenmlethäuser in den Arbeitervierteln, dagegen zu einer Mehrbelastung der Geschäftshäuser und der Grosswohnungsbauten. An Hand von Berechnungen, die aus Beispielen der Stadtgemeinde Dresden gewonnen wurden, legte Redner dies anschaulich dar. Justizrat Dr. *Liertz* (Düsseldorf) führte in seinem Vortrage über *Hypothekarreform* aus, dass diese Reform, wenn sie wirtschaftlich gesundend wirken soll, den bodenreformerischen Forderungen Rechnung tragen müsse. Für den Wohnhausbau müsse ganz allgemein die Tilgungshypothek vorgeschrieben werden. Preussi-

scher Landtagsabgeordneter *Pischke* trat für eine durchgreifende *Ostlandsiedlung* in dem Sinne ein, dass die grossen Landgüter in den östlichen Grenzgebieten weitgehend für Bauernsiedlungen zur Verfügung zu stellen seien, wenn nicht eine allgemeine Slawisierung und damit die nationale, staatspolitische Gefährdung dieser Gebiete eintreten soll, die später unabwendbar zum Verlust der betreffenden Gebiete führen würde. Regierungspräsident *Krüger* (Lüneburg) behandelte den vorliegenden Entwurf eines preussischen *Städtebaugesetzes*. Dem Entwurf sei grundsätzlich zuzustimmen. Es müsse aber gefordert werden, dass den öffentlichen Stellen grössere Machtbefugnisse zur Durchführung des Gesetzes im Sinne der Heimstättenbestrebungen gegeben werden. Der Entwurf sei dahin zu ergänzen: Den Gemeinden, die *Flächenaufteilungspläne* aufgestellt haben, ist ein wirksames Vorkaufs- und Enteignungsrecht zu einem angemessenen, auf Grundlage der Steuerveranlagung zu berechnenden Preise zu gewähren für alle unbebauten Grundstücke, die zu Wohnzwecken bestimmt oder in den *Flächenaufteilungsplänen* für Verkehrs-, Frei- und Industrieflächen ausgewiesen sind. Die Gemeinden müssen ausserdem verpflichtet werden, einen angemessenen Teil des für Wohnzwecke bestimmten unbebauten Gebiets zu Heimstättengebieten zu erklären. Prof. Dr. *Kastner* (Dresden) legte in seinem Vortrage das *Verhältnis der heranwachsenden Jugend zur Frage der Bodenreform* dar. Dr. *Heinz Potthoff* verbreitete sich eingehend über das Thema *„Bodenreform und Gewerkschaften“*. Er bedauerte lebhaft, dass die Millionenmassen der Gewerkschaftsmglieder den Fragen einer zeitgemässen Änderung des Bodenrechts immer noch so gleichgültig gegenüberstehen, obschon gerade vom Standpunkt der Lohnpolitik das grösste Interesse vorliege, dass die Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Bodenrechtsfrage aktiv werden. Die Aktivität der Gewerkschaften würde geeignet sein, die Bodenreformforderungen bald zum Siege zu führen, obschon leider schon sehr viel

versäumt worden sei. Wenn die Ergebnisse der Lohnkämpfe immer wieder grossenteils der privaten Bodenrente zufließen, so werden diese Kämpfe in diesem Umfange zur Sisyphusarbeit verurteilt.

Trotz der durch das Reichsbewertungsgesetz geschaffenen Sachlage beauftragte die Tagung den Vorstand einstimmig, mit allen Mitteln die allgemeine Durchführung der reinen Bodenwertbesteuerung zu erstreben. Das Ziel dürfte aber nur zu erreichen sein, wenn dem Reichsbewertungsgesetz, das im Hasten und Jagen verabschiedet wurde, ein entsprechend neuer Inhalt gegeben wird.

Bei einer Probeveranlagung in Bremen war das merkwürdige Ergebnis zutage getreten, dass die gestaffelte Grundwertsteuer nicht das erwartete Ziel erreichte. Es wurde deshalb die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckdienlicher sein könnte, mit einer ungestaffelten Grundwertsteuer zu arbeiten. Obschon allgemein angenommen werden muss, dass das Bremer Ergebnis nur infolge einer falschen Anwendung des Grundsatzes eingetreten sein kann, wurde dennoch ein Ausschuss eingesetzt, der die strittig gewordene Frage unter Zugrundelegung des Bremer Materials einer gründlichen Nachprüfung unterziehen soll.

Dem letzten Verhandlungstage schloss sich eine öffentliche Feier des 60. Geburtstages des Begründers der deutschen Bodenreformlehre und ersten Vorsitzenden des Bundes, Dr. Adolf Damaschke, an. Die Kundgebung offenbarte die Bodenreformbewegung als eine bereits grosse Geistesmacht. Denn als Gratulanten traten nicht bloss die Vertreter der höchsten Spitzen der Reichsregierung, der preussischen Landesregierung und anderer Landesregierungen, des Reichstages und sonstiger Staatskörperschaften auf, sondern auch Vertreter der beiden christlichen Konfessionen und Vertreter sämtlicher Parteien — von der äussersten Rechten bis zur äussersten Linken — waren gemeldet, ihre Ehrung und Huldigung zu bekunden. Damaschke selbst, der frühere Volksschullehrer, erhielt seinen

zweiten Ehrendokortitel, nämlich den eines Doktors der Theologie; den Doktor juris hat Damaschke schon zum 50. Geburtstage erhalten.

Leider entsprechen die *politischen* Machtverhältnisse noch nicht demselben Einfluss. Denn vorerst ist die grosse Volksmasse von den Bodenreformgedanken noch nicht so durchdrungen, dass hierdurch diese Macht verbürgt erscheint. Die 30. Jahrestagung des Bundes war aber ein Auftakt, der nun ein schnelleres Erfassen durch die Volksmassen verspricht.

MONTANRUNDSCHAU.

Dr. Berger (Bochum).

I.

Die Gestaltung der kohlenwirtschaftlichen Lage in Deutschland stand im abgelaufenen Jahre unter den Auswirkungen der allgemeinen Absatzkrise. Am stärksten wurde von ihr der *Steinkohlenbergbau* betroffen. Hier trat die — gemessen an der Absatzmöglichkeit — vorhandene Überentwicklung am deutlichsten in Erscheinung. Die Aufnahmefähigkeit des inländischen wie des Weltkohlenmarktes ist in den letzten Jahren beträchtlich zurückgegangen, da die Kraftversorgung der Weltwirtschaft nach dem Kriege neue und sparsamere Wege eingeschlagen hat. Dieser grundlegend und dauernd veränderten Marktlage hat sich die internationale Kohlenwirtschaft bisher weder qualitativ noch quantitativ anzupassen verstanden. Der von den Bergbauunternehmern beschrittene Weg einer *passiven Konjunkturpolitik*, also durch Förderung auf Halde, Einlegung von Feierschichten, Beschränkung des Abbaues auf bessere Flöze, Zusammenlegung der Betriebe, Stilllegung von Betriebsteilen und schliesslich auch von ganzen Anlagen eine gewisse Anpassung der Förderkapazität an den erreichbaren Absatz zu erzielen, hat nachhaltige Erfolge nicht gebracht. Die dabei geübten Methoden liessen häufig an Stelle des vorgegebenen produktionspolitischen Zieles eine nicht zu begründende sozialpolitische Absicht er-

kennen: Massregelung gewerkschaftlich missliebiger Arbeiter, teilweise auch versuchter Lohndruck. Damit geriet der Umstellungs- und Stilllegungsvorgang, namentlich an der Ruhr, von vornherein auf eine abwegige Bahn.

Der Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen fühlte ausgangs Juli das Bedürfnis, vor der Regierung und der Öffentlichkeit in einer breit angelegten *Denkschrift* sein Verhalten zu rechtfertigen und stellte für die Gesundung der Verhältnisse folgende Punkte als Forderung der Unternehmer auf: Ermässigung der gegenwärtigen Steuerlast, Herabsetzung der Rohstofftarife,

Abbau der sozialen Lasten auf ein tragbares Mass,
Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit,
Beseitigung des Zwangsschiedsverfahrens.

Auf diese Zehendenentschrift antwortete der *Verband der Bergarbeiter Deutschlands* mit einer ausführlich begründeten Sachdarstellung, die mit positiven Vorschlägen abschloss, und zwar:

„Ein sachverständiges Gremium mit der *Aufstellung eines Umstellungsprogramms für den gesamten Kohlenbergbau* zu beauftragen, das eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Bergbaues in wissenschaftlicher, technischer und organisatorischer Hinsicht zum Ziele hat. Auf dieses Programm ist der Bergbau entweder *gesetzlich oder vertraglich* (bei Gewährung von Kredithilfen usw.) *zu verpflichten*.

Den von der Stilllegung und Einschränkung betroffenen *Arbeitern und Angestellten* wird nach dem Vorgange der Kaliindustrie eine durch Umlage auf die dadurch günstiger gestellten Unternehmen aufzubringende *Entschädigung* gewährt.

Für den gesamten Bergbau wird alsbald *unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretern als Erhebungspersonen eine umfassende Selbstkostenstatistik* eingerichtet und der Öffentlichkeit auszugsweise zugänglich gemacht.

Die durch Bau des im Projekt fertig vorliegenden *Hansakanals* zu ermöglichende Wasserstrassenverbindung vom Ruhrgebiet nach den grössten deutschen Seehäfen wird

umgehend unter Hinzuziehung von Mitteln der produktiven Erwerbslosenunterstützung in Angriff genommen.

Die *Überführung der durch Stilllegungen und Einschränkung frei werdenden Arbeitskräfte* in andere Berufe und Wirtschaftsgebiete ist *planmässig* zu betreiben, wobei auch der Ausbau und die Schaffung neuer Verkehrswege im Ruhrbezirk Arbeitsmöglichkeiten erschliessen könnten.

Zur Erhaltung der Leistungsmöglichkeit der Bergarbeiter in der Zeit anziehender Teuerung sind die ausgleichenden Bemühungen ihrer organisatorischen Vertretungen wirksam zu unterstützen.“

An diese Denkschriften knüpften sich umfangreiche Presspolemiken, die noch nicht abgeschlossen sind. Die Reichsregierung vermied es bis heute, die vom Deutschen Bergarbeiter-Verband ausgegangene Initiative zur Regelung des Umstellungsprozesses weiterzutragen und zu konkreten Massnahmen zu verdichten. So drücken gegenwärtig Halbheiten und Entschlusslosigkeit der für den Gang der Wirtschaft verantwortlichen Stellen der Lage im Ruhrbergbau einen traurigen Stempel auf.

Nach den bis Anfang Dezember 1925 vorliegenden Zahlen ist seit Jahresanfang die *Belegschaft* im Steinkohlenbergbau um etwa 81 000 Mann zurückgegangen. In dieser Zahl ist das Ruhrrevier mit rund 69 500 Mann vertreten. Seit dem 1. November sind bis Ende Dezember 1925 im Ruhrbergbau etwa weitere 12 500 Mann entlassen worden. Bis Ende September, von da an sind nur noch vereinzelte Stilllegungen zu verzeichnen, wurden 46 Betriebe stillgelegt, in denen 40 548 Mann beschäftigt waren. Der Belegschaftsstand an der Ruhr hat damit seit Jahresmitte den Vorkriegsstand unterschritten.

Neben dem Ruhrgebiet weisen auch die Belegschaftszahlen der anderen Reviere eine rückläufige Bewegung auf. Diese Verminderungen führten aber im ganzen nicht zu einem dauernden Förderrückgang. Im Januar und Oktober überstieg die Steinkohlenproduktion sogar den Monatsdurch-

schnitt von 1913, wie aus der nachstehenden Aufstellung ersichtlich:

<i>Die deutsche Bergwerksproduktion 1925 ¹⁾</i>			
(in 1000 Tonnen)			
	Stein- kohle	Braun- kohle	Kali
Monatsdurchschnitt			
1913	11 729	7 269	.
1925 Januar	11 929	12 375	128,9
Februar	10 535	11 153	160,6
März	11 412	12 082	128,6
April	10 362	10 719	87,4
Mai	10 437	10 437	87,0
Juni	9 891	10 388	107,1
Juli	11 240	11 650	118,8
August	11 061	11 463	118,1
September	11 355	11 949	130,2
Oktober	11 950	12 759	120,5
November	11 189	11 940	.

¹⁾ Jetziges Reichsgebiet ohne Saar.

Das Ergebnis des Braunkohlenbergbaues hat im Durchschnitt die Ziffern des Rekordjahres 1922 — im Monatsmittel 11 423 000 Tonnen — übertroffen. Von einer mengenmäßigen Anpassung der Förderung an den zusammengeschrumpften Absatz kann also in keinem Bezüge die Rede sein. Noch immer liegen erhebliche Mengen des Fördergutes auf *Halden*. Zuzüglich der Syndikatslager betragen die Haldenbestände an der Ruhr (Koks in Kohle umgerechnet) rund 9 Millionen Tonnen. In Oberschlesien verringerten sich die Haldenbestände, die Ende Oktober nur noch 29 000 Tonnen betragen. Auch Niederschlesien, das etwa eine halbe Monatsförderung auf Halden kippte, hat eine Abnahme der Bestände zu verzeichnen. Ungünstiger ist die Situation für Koks, wovon in Oberschlesien die Produktion von etwa $1\frac{1}{2}$ Monaten, in Niederschlesien von etwa $\frac{3}{4}$ Monaten auf Halden liegt, während an der Ruhr Ende Oktober der bisher höchste Koksbestand erreicht wurde. Auch die Bestände der Gruben und Brikettpressen in der Braunkohle sind höher als im Vorjahr, ob schon hier die Stapelung von Briketts für den Winterbedarf eine Rolle spielt.

Diese Lagerhaltung, die, abgesehen von der Braunkohle, weder privat- noch volkswirtschaftlich plausibel begründet werden kann — die seinerzeit vom Zechenverband an der Ruhr vorgebrachten sozialen Erwägungen dürfen wohl durch die Entwicklung zumindest als überholt bezeichnet werden —, stellt einen sich selbst verzehrenden und zinsessenden, damit also kostensteigernden Wert dar, und die kürzlich von der Handelspresse aufgeworfene Frage, ob die Kredite, mit deren Hilfe der Bergbau sich eine derartige Lagerhaltung leisten kann, damit eine zweckmäßige Verwendung finden, ist allzu berechtigt. Die Ruhrhalden sind ein betäubendes Denkmal wirtschaftsorganisatorischer Unzulänglichkeit der Bergbauunternehmer und ihrer Organe.

WELTWIRTSCHAFTLICHE ÜBERSICHT.

Dr. Lothar Frank.

Die Verschiebung in der europäischen Schwerindustrie.

Bei den früheren Darstellungen der Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwergewichts von Europa nach den nichteuropäischen Ländern, besonders nach Amerika, wurden als Grund vor allem die Industrialisierung der früheren Rohstoffländer, der technische Vorsprung der Vereinigten Staaten und die Verschuldung Europas an Amerika angeführt. Es wurde aber bereits angedeutet, dass die Gründe für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas auch in der Entwicklung der europäischen Wirtschaft selbst liegen.

Die politischen Umwälzungen, die der Krieg über Europa gebracht hat, hatten wirtschaftliche Schwierigkeiten im Gefolge, die zu der Notwendigkeit der Umstellung auf eine veränderte Lage der Weltwirtschaft noch hinzukamen. Sieben neue Staaten mit ebenso vielen Zollgrenzen sind in den verschiedenen Friedensschlüssen und Vereinbarungen geschaffen worden. Jeder dieser Staaten versucht auf seinem Gebiet die mannigfaltigsten Industrien zur Entwicklung zu bringen, ohne sich bewusst zu sein, dass hierdurch eine zweckmäßige

europäische Arbeitsteilung gehemmt wird. Ähnliche Wirkungen wie diese „Balkanisierung Europas“ hatte aber nicht nur die Neuschaffung, sondern auch die Verlagerung von Landesgrenzen. Von weitaus überragender wirtschaftlicher Bedeutung ist vor allem die Angliederung Elsass-Lothringens an Frankreich gewesen. Eine solche Veränderung politischer Grenzen braucht an sich keine wirtschaftlichen Folgen zu haben, wenn hierdurch nicht auch die privaten Besitz- und Absatzverhältnisse geändert werden. Zwischen der lothringischen Schwerindustrie und dem Ruhrgebiet bestand eine vierfache Beziehung¹⁾:

1. Die lothringische Industrie war zum wesentlichen Teil mit dem Kapital der Ruhrindustrie aufgebaut und war im Besitz der Ruhrindustrie.
2. Die Ruhrindustriellen bezogen aus Lothringen und aus Altfrankreich jährlich etwa 3,5 Mill. Tonnen Eisenerz, das im Ruhrgebiet verhüttet wurde.
3. Die Ruhrindustrie lieferte nach Lothringen und Altfrankreich 5,3 Mill. Tonnen Koks im Jahr, der in den dortigen Eisenhütten verarbeitet wurde.
4. Die lothringische Eisenindustrie fabrizierte in grossem Umfang Rohstahl und Halbzeug (das heisst Rohblöcke und vorgewalzte Blöcke), die in den Walzwerken des Ruhrgebiets weiterverarbeitet wurden.

Für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft ist es eine der wichtigsten Tatsachen, dass diese wirtschaftlichen Beziehungen weitgehend gelöst wurden.

Als nach Kriegsende der deutsche Besitz in Lothringen sequestriert wurde, zahlte die deutsche Regierung den Ruhrindustriellen eine Entschädigung von mehreren Milliarden damals noch hochwertiger Mark. Mit diesen Mitteln haben die Ruhrindustriellen zum Teil Forsten, Reedereien und Maschinenfabriken aufgekauft, wodurch ein Grundstock zur vertikalen Vertrustung gelegt wurde. Zum Teil haben sie aber auch die in Lothringen verlorenen Eisenhütten

und Walzwerke im Ruhrgebiet neu aufgebaut. Vor allem erfuhr hierdurch die schon während des Krieges erfolgte Vermehrung der Stahlwerke eine weitere Zunahme. Hochöfen wurden in geringerem Umfange neu erbaut, weil die Umstellung der Technik auf die Verhüttung von Eisenschrott an Stelle von Roheisen damals gerade ihren Höhenpunkt erreicht hatte.

Durch diese Ausdehnung der Produktionskapazität in der Ruhrindustrie waren auch die Bedingungen für die alten Absatzbeziehungen zwischen beiden Industriegebieten von Grund auf gestört. Es kam noch hinzu, dass sich die Ruhrindustrie infolge technischer Änderungen darauf eingestellt hatte, nicht mehr die französischen und lothringischen Eisenerze (Minette), sondern in vermehrtem Umfange skandinavische und überseeische (Vabana-) Erze zu verhütten.

Lediglich eine der Absatzbeziehungen zwischen Ruhrgebiet und Lothringen wurde im wesentlichen aufrechterhalten, nämlich die Koksbelieferung auf Grund des Reparationsverfahrens. Frankreich hat zwar seine eigenen Kokereien anlässlich des Wiederaufbaus der zerstörten Fabriken bedeutend erweitert, wobei insbesondere das Jahr 1923 mit der Abschnürung von der deutschen Kokszufuhr einen starken Antrieb brachte. Im Jahre 1924 soll die Hüttenkokserzeugung um 14 Proz. über der Vorkriegsproduktion²⁾ gelegen haben. Die Koksbelieferung Frankreichs (einschliesslich Elsass-Lothringens) durch Deutschland belief sich in der Vorkriegszeit auf einen Monatsdurchschnitt von rund 442 000 Tonnen, während diese Gebiete im Laufe der letzten nachgewiesenen 10 Monate 419 000 Tonnen als Reparationslieferungen erhielten. Die Entwicklung der französischen Einrichtungen für die Koks-gewinnung brachte also weniger dem Bezug aus Deutschland als dem der übrigen Länder eine Einschränkung. Dies gilt insbesondere von dem Koksbezug aus Belgien. Von der Gesamtkokseinfuhr Frankreichs — jetzigen

¹⁾ Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, IV. Jahrgang, Heft 20 S. 625 ff.

²⁾ Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Heft 20, S. 654.

Gebietsumfangs — entfielen auf Deutschland in der Vorkriegszeit 73 Prozent, während dieses gegenwärtig mit 84 Prozent an der französischen Kokseinfuhr beteiligt ist. Für Deutschland besteht in der Koksbelieferung Frankreichs insofern ein vitales Interesse, als die deutsche chemische Industrie zum grossen Teil auf den Nebenprodukten der Kokereien aufbaut, die durch die Absatzmöglichkeiten für Koks in Deutschland selbst keine volle Ausnutzung ihrer Anlagen finden.

Für Frankreich war die Einschränkung des Erzabsatzes nach Deutschland besonders empfindlich. In der Vorkriegszeit wurden 8 Prozent der französischen Eisenerzproduktion (einschliesslich Lothringens) nach Deutschland gegenwärtigen Gebietsumfangs verfrachtet, während dieser Anteil heute nur noch etwa 2 Prozent beträgt. Gegenüber den ersten Nachkriegsjahren, insbesondere gegenüber dem Jahr des Ruhrkampfes 1923, hat der Bezug von Minette durch die deutsche Ruhrindustrie schon wieder etwas zugenommen. Von der gesamten Erzeinfuhr Deutschlands entfielen nach dem Rohgewicht der Erze auf Minette aus Frankreich (einschliessl. Lothringens) und Luxemburg im Jahre 1913 33 Prozent, im Jahre 1922 26 Prozent und im Jahre 1925 (9 Monate) 13 Prozent.

Schliesslich bleibt noch das Schicksal des früheren Absatzes an lothringischem Halbzeug nach Deutschland zu verfolgen. Es ist der lothringischen Stahlindustrie gelungen, einen Teil des Rohstahlüberschusses, den sie in der Vorkriegszeit im Ruhrgebiet absetzte, selber weiterzuverarbeiten. Nur ein Teil dieses Überschusses wird jetzt exportiert, was sich in einer Steigerung der Ausfuhrziffern von Rohstahl auswirkt. Der frühere Überschuss an Halbzeug, der gleichfalls zur Weiterverarbeitung ins Ruhrgebiet ging, konnte jedoch von der französischen Industrie nicht aufgenommen werden. Denn die Entwicklung der französischen Eisenerverarbeitung hat nicht Schritt gehalten mit der Ausdehnung der Rohstoff- und Halbzeuggrundlage, die die Angliederung Loth-

ringens unter Loslösung von dem bisherigen Absatzgebiet gebracht hat. Dieser Überschuss wird nunmehr vornehmlich nach Grossbritannien, Belgien und anderen Ländern ausgeführt, wodurch diese Gebiete unter dem dauernden Druck dieses Produktionsüberschusses stehen. Die Folgen dieser Verlagerung haben sich für Frankreich bis jetzt noch nicht voll ausgewirkt, da die Wiederaufbauarbeiten einen aufnahmefähigen Binnenmarkt und die Valutaschwankungen gute Exportmöglichkeiten schufen. Hier ist aber eine der Ursachen zu suchen, die die Schwierigkeiten der europäischen (insbesondere englischen) Schwerindustrie mit bedingen, und die in den bisherigen Verhandlungsversuchen zwischen den beiderseitigen Industrien noch nicht behoben werden konnten.

SCHRIFTENÜBERSICHT.

Die Justiz. Zeitschrift für Erneuerung des deutschen Rechtswesens. Verlag Dr. Walter Rothschild, Berlin-Grünwald.

Seit Oktober vorigen Jahres erscheint diese Zweimonatsschrift als Organ des republikanischen Richterbundes. Bekannte Persönlichkeiten in der Rechtswissenschaft und Rechtspflege, wie Mittermaier (Giessen), Radbruch (Kiel), Sinzheimer (Frankfurt am Main) und Kroner (Berlin), zeichnen als Herausgeber.

Schon das Vorwort bedeutet für jeden, der die tiefe Entfremdung unserer breiten Volksschichten von der deutschen Justiz kennengelernt hat, eine Genugtuung und eine Beruhigung. Also es gibt doch eine Reihe namhafter Juristen, die sehr wohl wissen, wo der Schuh drückt, und die es auszusprechen wagen und trefflich zu formulieren wissen: „In einem republikanischen und demokratischen Deutschland kann auch die Rechtspflege nur demokratischen und republikanischen Geistes sein. Sie verfällt sonst in einen Gegensatz zu dem obersten aller Auslegungsgrundsätze, dass nämlich in jeder Einzelfrage das Gesetz im Geist der *ganzen* Rechtsordnung auszulegen ist.“ Später wird gesprochen von der „Überschätzung der

technischen Jurisprudenz in unserer Zeit und der Unterschätzung der menschlichen Seite in der Rechtspflege". So wird wirklich der Kern der Dinge aus der Schale des dem Formalwissenschaftler nun einmal anezogenen Autoritätsglaubens und Autoritätsdünkels herausgeholt. Die weiter aufgeworfene Frage, „ob unser Recht überhaupt noch mit den grossen Kulturbestrebungen unserer Zeit zusammenhängt, ob die überlieferte Rechtslehre, die immer noch hauptsächlich in der privatrechtlichen Anschauung wurzelt, der geistige Ausdruck der sich neuregenden Kräfte ist“, ist von dem Rechtsgefühl, das im Volke lebt, bereits in allzu vielen Fällen verneint worden.

Es ist hier nicht Raum, auf den Inhalt der einzelnen, im ersten Heft enthaltenen Aufsätze näher einzugehen. Professor Sinzheimer greift das aktuelle Thema der Arbeitsgerichte heraus, Professor Radbruch spricht über das richterliche Prüfungsrecht (Nachprüfung der sogenannten „materiellen Verfassungsmässigkeit“ von Gesetzen), Oberlandesgerichtspräsident Lewin behandelt die Aufgabe des Berufsrichters in unserer Zeit, daran schliesst sich ein Aufsatz von Rechtsanwalt Fuchs über „Richterkönigtum, Reichsgericht und Juristenausbildung“ an.

Ministerialdirektor Falck behandelt die Stellung der Staatsanwaltschaft, Rechtsanwalt Heine die der Verteidigung, Rechtsanwalt Hirschberg referiert über den Fechenbach-Prozess, Rechtsanwalt Bendix schliesslich beginnt eine Erörterung der „irrationalen Kräfte der strafrichterlichen Urteilstätigkeit“.

Im zweiten Teil des Heftes werden unter der Rubrik „Praxis des Rechts“ eine Reihe Fälle besprochen, die typisch sind für den Geist unserer heutigen Rechtsprechung.

Das 108 Seiten starke Heft bietet somit eine Fülle von grundsätzlichen Gedankengängen und praktischer Berichterstattung. Seine Lektüre ist jedem zu empfehlen, der an der Reform unseres deutschen Rechts und unserer Rechtsprechung Anteil nimmt.

Dr. Bruno Broecker.

Robert Michels: *Der Faschismus in Italien*. Verlag Meyer und Jessen, München 1925.

Das Problem der Entstehung und Entwicklung des Faschismus in Italien ist so sehr auf das engste mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung verknüpft, dass wohl keine der vielen Schriften diesen Zusammenhang ignorieren kann, sondern vielmehr in der engen geschichtlichen Verflechtung beider Bewegungen nach den Wurzeln des Faschismus suchen muss. Prof. Michels unternimmt es, in seinen ziemlich umfangreichen, unter obigem Titel erschienenen historischen Studien diesen Zusammenhang einerseits geistig mit den sozialistischen Tendenzen der italienischen Freiheitskämpfer Pisacane und Garibaldi und andererseits mit dem Wachsen des italienischen Imperialismus und der Reaktion auf die radikal-kommunistische Epoche der Nachkriegszeit aufzuspüren und zu erklären.

Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert. Der erste beschäftigt sich mit „Elementen zur Entstehungsgeschichte des italienischen Sozialpatriotismus“. Besser würde man das hierunter behandelte Thema „Sozialistische Tendenzen der italienischen nationalen Freiheitskämpfer“ genannt haben. Das Wort „Sozialpatriotismus“ hat im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch eine feststehende und gänzlich andere Bedeutung als jene Mischung sozialistischer Ideenwelt aus der Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation mit dem nationalen Befreiungskampf des kapitalistisch unentwickelten Italien. Es erscheint überhaupt nicht ganz klar, wo Professor Michels den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Faschismus mit seinen pseudo-sozialen (aber niemals sozialistischen) Tendenzen der *prima ora*¹⁾ und den nach Freiheit der Nation und der Klassen strebenden Freiheitskämpfern Pisacane und Garibaldi sieht. Die Abhandlung hierüber befriedigt infolge ihrer rein ideologischen Betrachtungs-

¹⁾ *Prima ora* = erste Stunde, Bezeichnung der Anfangsepoche des Faschismus, in der ein an Radikalismus die Sozialisten übertrumpfendes Programm aufgestellt wurde. Siehe „Die Arbeit“, Heft 2, 2. Jahrgang, Seite 108.

weise nicht. Professor Michels nimmt als Ausgangspunkt seiner Betrachtung die Person und ihr geistiges Wollen, losgelöst von ihrer soziologisch-ökonomischen Bedingtheit. Seine Deduktionen erscheinen daher — dies gilt für den gesamten Inhalt des Buches — dem Marxisten teils unvollständig, teils abwegig. Am wenigsten macht sich dies bei der Abhandlung über die Entstehung des italienischen Imperialismus fühlbar. Diese Abhandlung, die mit 129 Seiten einen wesentlichen Teil des Werkes ausmacht, bringt überaus wertvolles Material zur Frage des italienischen Expansionsbedürfnisses und des in Italien alles beherrschenden Auswanderungsproblems. Die im Zusammenhang mit der Auswanderungsfrage angestellten soziologischen und psychologischen Untersuchungen sind teilweise recht interessant, wenngleich man auch nicht allen gezogenen Folgerungen beitreten kann.

Der folgende Teil, „Elemente zur Entstehungsgeschichte des italienischen Bolschewismus“, offenbart dagegen einen bei diesem Autor nicht zu erwartenden Mangel eingehender Kenntnis der italienischen Arbeiterbewegung, soweit nicht ihr politischer Zweig in Frage kommt. Michels Darstellung bleibt hier viel zu sehr am Oberflächlichen und ausschliesslich Politischen haften und ist anscheinend stark an das Kriterium Turiner Lokalevents gebunden. Sicher spielt das Industriezentrum Turin eine grosse Rolle in der italienischen Arbeiterbewegung. Dies kann aber dem Verständnis gerade jener Epoche 1920/21 sowenig allein zugrunde gelegt werden wie vielleicht die Münchener Vorgänge 1919 einer Abhandlung über den deutschen Spartakismus. Eine Darstellung der gewerkschaftlichen Entwicklung der italienischen Arbeiterschaft fehlt vollständig und mit ihr eine Würdigung der italienischen Landarbeiterbewegung, ihrer kolossalen Leistung und Bedeutung. Daher fehlt in der nun folgenden Entstehungsgeschichte des Faschismus eines der wesentlichsten, um nicht zu sagen das wichtigste Moment,

der erbitterte Klassenkampf zwischen Gewerkschaften, Genossenschaften, Partei und dem agrarischen Feudalismus. Der Begriff „Bolschewismus“ ist überhaupt eine schlechte Umschreibung jener revolutionär-kommunistischen Welle, die trotz dem „Viva Lenin!“ an allen Mauerecken nicht allzuviel Gemeinsames mit Theorie und Praxis der Moskauer Machthaber hatte. Die Tatsache, dass auch die philo-kommunistischen Strömungen der Bewegung in ihrer grossen Mehrheit nicht zu Helden der Komintern wurden, wird von Professor Michels in diesem Zusammenhang viel zu wenig beachtet. Auch seine Definition der damals in der Arbeiterbewegung vorhandenen Richtungen in eine „politisch-kommunistische“ und eine „gewerkschaftlich-reformsocialistische“ ist allzu einfach, um die durch den Richtungsstreit hervorgerufenen Hemmungen zu verstehen.

Bei der Beurteilung der Kriegspolitik der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern wird, um mit dem Autor zu sprechen, nicht das „Seziermesser demokratischer Kritik“, wohl aber das des „billigen“ Empfindens angelegt. Auf keinen Fall erscheint es anständig von den Sozialisten Frankreichs, Deutschlands, Österreichs und Englands schlankweg zu behaupten, sie seien „sozialpatriotisch im landläufigen Sinne“ gewesen. Jedermann, auch der unpolitische Beurteiler, weiss, wie sehr sich in diesen Ländern die Auffassungen über die Kriegspolitik schieden. Man mag persönlich zu dieser Frage stehen, wie man will, aber ein einfaches Ausserachtlassen der kriegsgegnerischen Strömungen im internationalen Sozialismus bei einer Behandlung der Einstellung des Sozialismus zum vergangenen Kriege, und noch dazu im Zusammenhang mit einer Untersuchung des Radikalismus der Nachkriegszeit, beweist eine bedenkliche Einseitigkeit der Betrachtungsweise. Auch die Behauptung, die italienische sozialistische Partei habe sich nach der Niederlage von Karfreit *bedingungslos* der nationalen Verteidigung zur Verfügung gestellt, ist, gelinde gesagt, etwas kühn. Auch der bildliche

Vergleich von Faschismus und Bolschewismus mit den römischen Zwillingen (so wie Romulus und Remus einst von einer römischen Wölfin gesäugt wurden, so säugte eine vielgestaltige Unzufriedenheit frei nach Michels das Zwillingpaar Bolschewismus und Faschismus) dürfte nicht allen Lesern als Nachweis der inneren Verwandtschaft und der Ursachen beider Bewegungen genügen. So nebenbei wird auch gesagt, dass beiden „ursprünglich“ Klassenkämpfe zugrunde liegen — warum nur „ursprünglich“, wird nicht erläutert.

Die ganze kommunistische Welle der italienischen Arbeiterbewegung ist von Michels nur in ihrem Kulminationspunkt der Fabrikbesetzung geschildert. Dass damals der heutige Generalsekretär der faschistischen Korporationen Edmondo Rossoni in vorderster Reihe stand, wurde dabei anzuführen von dem Autor unterlassen. In der Schilderung der Besetzung und ihres Verlaufes werden einige anschauliche Momentbilder gegeben, bei denen Michels jedoch leider sehr fühlbar das Seziersmesser bürgerlichen Empfindens anlegt, indem er den natürlichen Ausdruck der Solidarität der Arbeitermassen, ohne die eine spontane Bewegung solchen Umfangs unmöglich wäre, spöttisch in Anführungsstriche setzt. Bei der Beurteilung *faschistischer* Aktionen sehr zweifelhaften Charakters sind solche Ironien nicht festzustellen. Sehr merkwürdig mutet die auf Seite 225 gegebene Charakterisierung der so überaus klugen Politik des alten Giolitti an. Die Regierung des unzweifelhaft fähigsten Staatsmannes des modernen Italien wusste recht gut, was in den kritischen Tagen der Fabrikbesetzung für das Bürgertum auf dem Spiel stand, und sie liess sich von ganz anderen Motiven leiten als etwa von dem, „dem fürchterlichen Ernst eine möglichst *heitere* Seite abzugewinnen“, wie es Michels unterstellt. Die in der ganzen modernen Welt selbstverständliche Lösung des Konflikts auf Grund einer durch die Gewerkschaften vorgenommenen Urabstimmung gibt Michels plötzlich zu der demokratisch - grundsätzlichen Erwägung

Anlass, dass hier eine knappe Sechstmillion Menschen (die beteiligten Arbeiter) über die Schicksalsfrage von 40 Millionen (des italienischen Volkes) entschieden haben, während in dem den Faschismus behandelnden Teil des Buches ähnliche Bedenken nicht zu finden sind. Das *eigentliche* und wesentliche Ergebnis der Besetzung, der Gesetzentwurf über die Produktionskontrolle, wird nicht erwähnt.

Die letzte Abhandlung über die „Elemente zur Entstehungsgeschichte des Faschismus“ ist noch stärker als die vorhergehenden Kapitel auf die ideologischen Faktoren abgestellt, wenn auch der „Klassenkampf à rebours“, das heisst die Reaktion im intellektuellen Bürgertum gegen den proletarischen Klassenkampf und der Klassenkampf des Kapitals als Auch-Ursachen ebenfalls Erwähnung finden. Für Michels ist diese Ursache „tertiär hinzugewachsen“, während von anderer Seite hier vielfach die Wurzel des faschistischen Phänomens gesucht wird. Da der jahrzehntelange und heftige Klassenkampf auf dem Lande vollständig ignoriert wird, nimmt diese „tertiär hinzugewachsene“ Auffassung jedoch nicht wunder. Die geistigen Berührungspunkte zwischen den anarcho-syndikalistischen Mitläufern der Arbeiterbewegung sind kaum berührt, sondern nur zu der ganz abwegigen Behauptung verwertet, dass das tatkräftigste und idealgerichtetste Element des intellektualistischen Sozialismus den Weg in das andere Lager gefunden habe. Damit wird ein Werturteil höchst bedenklicher Art gefällt und gezeigt, wie der Verfasser Tatkraft und Idealismus stark nach Äusserlichkeiten beurteilt. Zu den siegenden Bataillonen zu stossen, gilt sonst nicht allgemein als Beweis von Tatkraft und Idealismus. Ein weiteres anschliessend gefälltes Werturteil, in dem behauptet wird, im Faschismus habe sich eine Elite von Draufgängern gebildet, während beim Sozialismus nur die *schwächlichen Naturen* verblieben seien, ist indiskutabel und kann mit der blossen Namensnennung einiger weniger aus einer Schar von Tausenden, wie *Matteotti*, Turati,

d'Arragona, Femmerini, Buozzi, widerlegt werden. Auch wenn man von den Führern absehen will, muss für die Masse der beim Sozialismus Verbliebenen wohl in Anspruch genommen werden, nicht zu den „schwächlichen Naturen“ zu gehören. Überhaupt ist dieser Abschnitt ein, wenn auch in der Form gemässigter, Hymnus auf den Faschismus als Sieg „jugendfrischen Ungestüms“. Die entsetzliche Verletzung der Menschenwürde durch die berühmte Rizinusöltaktik und andere Praktiken gegen wehrlose Einzelpersonen nennt Michels väterlich wohlwollend Dummejugenstreiche oder indianerhafte Bestrafung, in denen er sogar „erzieherische“ Momente zu finden vermag. Diese Dummejugenstreiche haben (in von Matteotti in seiner Schrift „Un anno di dominazione fascista“ aufgezählten, sich nur auf das erste Jahr der faschistischen Herrschaft erstreckenden Fällen) 137 Tote und 930 Verletzte zur Folge gehabt. Jedes Kind in Italien weiss, dass diese nur einen Prozentsatz der Folgen solcher „Dummejugenstreiche“ erfassen. Professor Michels sollte auch wissen, dass die Anerkennung des Achtstundentages durch den Faschismus eine leere Geste ist und die Mitgliederziffern der faschistischen Korporationen eine sehr problematische Angelegenheit bilden. Eine ethische Staatsauffassung darin zu erblicken, dass die sich mit dem Staat identifizierende faschistische Partei sich zur inappellablen RichterIn in Lohnkonflikten aufwirft, ist dem Sozialisten natürlich unmöglich, mag er auch noch so sehr versuchen, den Faschismus objektiv zu ergründen. In dieser Weise ist in der Abhandlung noch manches sehr angreifbar.

Um aber auf das Ergebnis zu kommen, muss gesagt werden, dass auch der Nichtsozialist aus diesen reichlich äusserlichen Elementen keine klare Vorstellung von der faschistischen Bewegung gewinnen kann. Die Behandlung der Entstehungsgeschichte insbesondere lässt vermuten, als ob der Verfasser einseitig unter dem Eindruck der geistigen Entwicklung steht, die das proletarisierte Studententum in seinem Ver-

hältnis zum Faschismus durchgemacht hat. Dass und wie diese Bewegung auf dem Lande und ausserhalb Turins vor sich ging, wird ignoriert. Ebenso der Kampf um die Seele der Arbeiterschaft, sein Erfolg und Misserfolg. Hier liegen andere und meines Erachtens grundlegendere Elemente zur Erforschung des Faschismus. Hans Erich Kaminski hat in seinem hier kürzlich besprochenen Buch eine Darstellung des gleichen Problems gegeben, die zwar der umfangreichen und peinlich genauen Quellenangabe des Michels'schen Werkes entbehrt und bewusst marxistische Methodik anwendet, aber dem Faschismus nicht als „jugendfrischem Ungestüm“, sondern als gesellschaftlich-ökonomischem Problem weitaus gerechter wird.

Dem kritischen Leser bietet das Buch aber dessenungeachtet eine Fülle von Anregungen und Material zu dem gestellten Problem.
Rolf Reventlow.

Bruno Heymann und Karl Freudenberg: *Morbidität und Mortalität der Bergleute im Ruhrgebiet*. G.D. Baedeker, Verlag, Essen 1925.

Die Erkrankungshäufigkeit und Sterblichkeit der Bergleute bildet von jeher ein wichtiges Gebiet der Gewerbestatistik, insbesondere der Sterblichkeitsstatistik nach dem Beruf. Dieses vielumstrittene Gebiet hat in der amtlichen Berufsstatistik Englands, auch Hollands und der Schweiz bereits seit langer Zeit eine eingehende Berücksichtigung erfahren, während sich die deutschen Quellenwerke der Statistik darüber mangels geeigneter Unterlagen so gut wie ausschweigen. Nur vereinzelte Untersuchungen von mehr lokaler Bedeutung, wie das grosse Werk über die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Leipziger Ortskrankenkasse für die Jahre 1887 bis 1906, die Statistik des bayerischen Landesgewerbearztes über die Tuberkulosesterblichkeit in Bayern 1908, geben einigen Aufschluss über die Sterblichkeit nach dem Beruf im Deutschen Reich. Es ist daher besonders zu begrüssen, dass die Verfasser das Material des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus, vorwiegend des Allgemeinen Knappschafts-

vereins zu Bochum einer eingehenden Bearbeitung unterzogen haben.

In einzelnen Kapiteln behandeln sie die Zusammensetzung der Belegschaft von 1902 bis 1922, die Bevölkerungsbewegung der Belegschaft, die besonders für die Kriegsjahre von hoher Bedeutung für das Gesamtergebnis war und vielfach falsche Schlüsse über die Höhe der Sterblichkeit zeitigte (freilich nicht nur im Kohlenbergbau, sondern in der gesamten männlichen Bevölkerung des Reichs infolge abnormer Bevölkerungsvorgänge, militärischer Auslese usw.), und die Lebensbedingungen der Belegschaft; in weiteren Kapiteln werden mit zahlreichen tabellarischen Zusammenstellungen die Sterblichkeit an Tuberkulose, die übrigen Erkrankungen der Atmungsorgane, die Erkrankungen der Kreislauforgane, des Magens und Darms (einschliesslich der Wurmkrankheit), die akuten Infektionskrankheiten, die venerischen Krankheiten, das Trachom (ägyptische Augenkrankheit), die Krankheiten des Nervensystems, die Geschwülste, die Unfälle, schliesslich die gesamte Erkrankungshäufigkeit und die Gesamtsterblichkeit im Bergbau behandelt. Vergleiche werden mit der Sterblichkeit der englischen Kohlenbergarbeiter und der männlichen erwerbstätigen Bevölkerung Berlins gezogen, öfter auch *Standardsterbeziffern* berechnet, die allein — wie in der englischen Statistik — die Ungleichheiten des Altersaufbaus verschiedener Berufsgruppen auszugleichen vermögen und damit richtigere Werte als die *rohen* Sterbeziffern liefern. Das zeigt besonders eindringlich z. B. die Tabelle 206, in der nach einer älteren Statistik für Preussen die Standardsterbeziffer im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen mit 12,11 auf 1000 der männlichen Bevölkerung im Alter von 25 bis 70 Jahren kaum erheblich unter dem Durchschnitt der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung des gleichen Alters mit 12,63 steht, während die rohe Berechnung beim Bergbau eine Sterbeziffer von 8,68, bei der gesamten Berufsbevölkerung eine solche von 12,56 auf 1000 gab. Kein Wunder, dass die rohe Sterbeziffer soviel niedriger ist; man muss be-

denken, dass im Bergbau durch genaue ärztliche *Auslese* nur die kräftigsten und relativ junge Männer, die an sich dem Sterben am wenigsten ausgesetzt sind, eingestellt werden. Darauf hat vor allem der erfahrene Knappschaftsarzt *Wilhelm Lindemann* aufmerksam gemacht und darauf auch im wesentlichen die niedrige Tuberkulosesterblichkeit der Bergarbeiter zurückgeführt (siehe dessen „Hygiene der Bergarbeiter“ in Weyls Handbuch der Hygiene, Bd. VII, 1913, Leipzig), nicht etwa auf eine schützende Wirkung des Kohlenstaubes vor Tuberkulose.

Diese Ergebnisse werden von neuem auch durch die Untersuchungen von *Heymann* und *Freudenberg* bestätigt, ebenso wie die früheren Ergebnisse der englischen Statistik, die seit langem Standardsterbeziffern berechnet. Ausser der Tuberkulose als Todesursache, die überhaupt in der erwerbstätigen Bevölkerung an erster Stelle steht, spielt aber im Bergbau die *Unfallgefahr* noch eine verheerende Rolle; sie ist bei den Bergarbeitern unvergleichlich viel grösser als bei der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung und gefährdet ihre Lebenserwartung dauernd aufs schwerste. Das zeigen gerade die Vergleichsberechnungen der Verfasser mit der männlichen Berufsbevölkerung Berlins 1906 bis 1910 in Tabelle 209 und 210. Vor ihrem Fleiss und der Durchführung der statistischen Methodik alle Hochachtung. Wenn sie aber in ihren Schlussbetrachtungen folgern, dass „nach *Ausschaltung der Todesfälle durch Unfälle*“ sich auch für die jüngsten Altersstufen der Bergarbeiterschaft eine *Untersterblichkeit* im Verhältnis zur entsprechenden Gesamtbevölkerung ergibt und daher die Forderung der Bergarbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit aus gesundheitlichen Gründen nicht berechtigt ist, so muss diese Auslegung der Tatsachen eigenartig anmuten. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens, und die Statistik, auch eine technisch gut durchgeführte, verdient leider wieder einmal den Vorwurf, dass man mit ihr beweisen kann, was man will. Denn gerade die Unfallgefahr bildet den integrierenden Bestandteil des Bergmanns-

berufes und obendrein eines Berufes, der schon durch die schärfste ärztliche Auslese und Selbstauslese der Arbeitenden (vgl. Lindemann a. a. O.) von allen minderkräftigen Elementen befreit ist und schon deshalb eine besonders günstige Sterblichkeitsziffer zeigen muss. Diese Art statistischer Beweisführung ist — trotz formaler Richtigkeit der Rechnung — so, wie sie nicht sein soll. Damit wird auch der Wissenschaft von den sozialen Zusammenhängen nicht gedient, am wenigsten der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge. Dr. G. Wolff (Berlin).

Julius Löwy: *Die Klinik der Berufskrankheiten*. Wien 1924, Verlag Emil Haim u. Co. Oktav. 484 Seiten. 16 Mk.

Diese Darstellung der Berufskrankheiten vom Standpunkt des inneren Klinikers bedeutet eine wesentliche Bereicherung der gewerbehygienischen Literatur. Entsprechend der Schulung des Verfassers an dem grossen Material der Prager medizinischen Universitätsklinik ist der Hauptwert auf die Kasuistik und Diagnostik der Einzelfälle gelegt. Das ist ein grosser Vorzug. In besonderen Kapiteln werden die allgemeinen Schädigungen durch die Arbeit, die äusseren Berufszeichen an Skelett und Muskulatur, sodann die gewerblichen Schädigungen des Atmungs-, Kreislaufs-, Verdauungs-, Urogenitalapparates dargestellt, ferner die Gewerbeschädigungen des Blutes, pathologische Tumorbildungen, die mit gewerblichen Einflüssen in Beziehung stehen wie Schornsteinfeger-, Teer-, Röntgenstrahlenkrebs, Blasentumoren der Anilnarbeiter usw., gewerbliche Erkrankungen des Nervensystems, Infektionskrankheiten im Gewerbeleben und besonders ausführlich die grosse Reihe der gewerblichen Vergiftungen durch anorganische und organische Stoffe, die ja nicht nur für den Arbeiter der chemisch-technischen Industrie, sondern auch für zahlreiche andere von grösster Bedeutung als Berufsschädigungen sind. In einem kurzen Schlusskapitel werden unter Hinweis auf die psychotechnische Berufseignungsprüfung auch die Richtlinien der

ärztlichen Berufsberatung diskutiert und deren Bedeutung für die Berufsauslese gewürdigt. Die vorwiegend klinisch-kasuistische Einstellung des Verfassers bringt es mit sich, dass hygienischen Fragen, z. B. der Statistik der Berufskrankheiten, insbesondere auch der Sterblichkeitsstatistik nach dem Beruf, die namentlich in der englischen und holländischen Berufsstatistik eine eingehende Bearbeitung erfahren hat und in ausführlichen Referaten durch Prinzling (Archiv für soziale Hygiene 1919/24) vorliegt, eine zu geringe Würdigung zuteil geworden ist. Ebenso ist auch auf die *versicherungsmedicinische* Seite der gewerblichen Berufserkrankungen, auf ihre Stellung zu den Betriebsunfällen und ähnliche Fragen von aktueller Bedeutung nur wenig eingegangen. Man wird aber diese wichtigen Gebiete auch in einer *Klinik* der Berufskrankheiten nur ungern vermissen. Diese Schönheitsfehler tun dem reichen *Erfahrungsinhalt* der Darstellung keinen Abbruch, sie liessen sich aber unschwer in späteren Auflagen beseitigen. Dr. G. Wolff (Berlin).

Kurt Heinig: *Die Goldbilanz; Gewerkschaften und Wirtschaft*. Herausgegeben von Kurt Heinig. Heft 1. Berlin 1925. Verlagsgesellschaft des ADGB.

Die vorliegende Studie will einen Einblick in das kapitalistische Getriebe geben, indem sie versucht, eine Darstellung der Goldbilanzierung der deutschen Aktiengesellschaften zu geben. Für die Behandlung des Themas gab es zwei Möglichkeiten; die eine war die schlichte Darstellung der uninteressanten juristischen Zusammenhänge, die zweifellos für die deutsche Arbeiterschaft kein besonderes Interesse besessen hätte. Die zweite, die von Heinig angestrebt wird, wäre eine sorgfältige Darstellung der wirtschaftlichen Bedeutung der Goldbilanzierung gewesen. Voraussetzung dazu ist natürlich, wie Heinig selbst weiss, ein kurzer Umriss des Aktienwesens und seiner wirtschaftlichen Bedeutung.

Heinig's Auffassung von diesen fundamentalen Dingen ist jedoch nicht zureichend.

Aktien sind in erster Linie Anteile an Wirtschaftsunternehmen, und ihre Bewertung richtet sich nach der Bewertung dieser Unternehmen, und damit wird der auf eine Aktie aufgedruckte Nominalwert völlig gleichgültig. Eine Tausendmarkaktie war und ist beinahe nie 1000 Mk. wert. Die Bewertung der wirtschaftlichen Unternehmen hängt ihrerseits von der Rentabilität ab, die man von ihnen erwarten zu können glaubt. Die schwankende Meinung des Aktienhandels von den Rentabilitätschancen eines Wirtschaftsunternehmens reguliert den Preis der Anteile dieses Unternehmens. Zu dieser Regulierung durch die Auffassungen der Spekulation von den Rentabilitätschancen treten natürlich einige weitere preisbestimmende Momente; so wird der Kurs der Aktien zuzeit unrentabler Unternehmen dann relativ hoch bewertet, wenn diese Unternehmungen von starken Händen gestützt werden, die bereit sind, Neuaufwendungen für die Rentabilisierung dieser Unternehmen zu machen. Auch die Grösse des für eine Aktie bestehenden Marktes kann ihre Kursbildung beeinflussen u. a. m.

Von dieser Grundlage aus ist es letzten Endes gleichgültig, welchen Nominalwert die Aktie trägt. Insofern ist also auch die Goldbilanzierung nicht von der Bedeutung, die ihr vielfach beigelegt wird. Heinig betrachtet sie mit Recht als eine grosse Selbsteinschätzung der deutschen Wirtschaft. Mit Unrecht hält er diese Selbsteinschätzung für völlig misslungen. Tatsächlich war nämlich diese Aufgabe sehr viel komplizierter, als seinerzeit angenommen wurde. Es handelte sich damals wie auch noch heute darum, die Wertvorstellungen, die man sich in Jahrzehnten von den Produktionsmitteln gemacht hatte, zu revidieren. Das konnte mit den Mitteln des geltenden Aktienrechts überhaupt kaum erreicht werden; denn das nimmt die Tausendmarkaktie ernst und legt nicht den Nachdruck auf die Quotenhaftigkeit, die der Aktie innewohnt. So kam es bei der grossen

Inventuraufnahme des Jahres 1924 zu einer Berechnung der Aktienkapitalien auf Grund von Wertvorstellungen, die nicht der erhöhten Rentabilität gerecht wurden, die der höhere Landeszinssuss verlangt. Dementsprechend bestand die Tendenz, das stehende Kapital mit zu hohen Werten einzusetzen, so dass auf die zu hoch bemessenen Aktienkapitalien keine Dividende gezahlt werden konnte, die den Zeitverhältnissen angemessen wäre. Dabei ist zweifellos die Schätzung des naturalen Besitzes im allgemeinen zurückhaltend gewesen. Denn die neuen Aktienkapitalien liegen auf der Höhe der Vorkriegskapitalien. Da die deutsche Wirtschaft im Jahre 1925 die Vorkriegsproduktion erreicht, wenn nicht überschritten hat, war die Schätzung der Naturalwerte der Produktionsmittel also ungefähr zutreffend. Nur trug sie nicht dem gestiegenen Zins Rechnung, so dass heute die Aktienkurse bekanntlich mehr um 50 % als um 100 % herum liegen. Dieser Tiefstand der Aktienkurse ist kein Symptom für eine krisenhafte Wirtschaftslage, sondern nur Ausdruck der gestiegenen Rentabilitätsansprüche des Aktienhandels und -besitzes.

1924 war es zweifellos unmöglich, wirklich die künftige Lage des Geld- und Kapitalmarktes zu übersehen, die heute wesentlich klarer vor uns liegt. Da wir mit hohem Zinssuss zu rechnen haben, so liegen in der Tat die Aktienkapitalien zu hoch; die Folge sind reichliche Abschreibungen, um durch die Kapitalbildung innerhalb des Betriebes möglichst bald zu einer angemessenen Rentabilitätsquote auf das Nominalkapital zu gelangen; bis dahin werden vielfach keine oder sehr geringe Dividenden gezahlt werden. Dieser Vorgang der beschleunigten Kapitalakkumulation erscheint also als ein erfreuliches Ergebnis der Goldbilanzierung, mit dem vor allem die Arbeiterschaft verhältnismässig zufrieden sein kann.

Die vorliegende Schrift würdigt diese volkswirtschaftlichen Hintergründe leider nicht im erforderlichen Ausmass. K. B.